

In diesem Heft

Editorial

Essay 3

WOLFRAM ADOLPHI

Bestandene Reifeprüfung –
und nun erst recht ruft das Leben.

Acht Notizen zum Schweriner Parteitag der PDS 5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

WOLFGANG KÜTTLER

Perspektiven der Moderne im Werk Max Webers:
Geschichts- und Sozialwissenschaften am Scheideweg 11

ERNST WURL

Fritz Behrens und die politische Utopie 18

ALFRED KLEIN

Heimat auf Zeit.

Hans Mayer an der Universität Leipzig 29

MARIO KESSLER

Die trügerische Sicherheit der Assimilation.

Hans Mayers »Widerruf« –

ein Buch über Deutsche und Juden 46

Kulturforum

STEFAN SIKORA

Leben ohne Arbeit? 52

Das Interview

LIESEL MARKOWSKI

Heiner Goebbels:

Der Rückzug ins »Komponierhäuschen«

kommt für mich nicht in Frage 56

Linke im 20. Jahrhundert

ROY MEDWEDEW 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki	63
BORIS KAGARLITZKIJ Lehren der russischen Revolutionen und die Diskussionen in Rußland heute	76
SORJA SEREBRJAKOWA Stalins Fälschung von Dokumenten des Jahres 1917	82

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	86
---	----

Bücher & Zeitschriften

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH): Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft: Das Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert, Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bd. 15, Bonn 1995 Hans-Joachim Gießmann, Ursel Schlichting (Hrsg.): Handbuch Sicherheit. Militär und Sicherheit in Mittel- und Osteuropa. Daten – Fakten – Analysen, Schriftenreihe: Demokratie, Sicherheit, Frieden – hrsg. von Dieter S. Lutz. Bd. 91, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden 1995 (STEFAN BOLLINGER)	88
Christa Luft: Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand, Orell Füssli Verlag Zürich 1996 (ARNDT HOPFMANN)	90
Bertrand Schneider: Krieg den Hütten. Der Nord-Süd-Skandal: Wie die Industrienationen die armen Länder ausbeuten, C. Bertelsmann Verlag München 1995 (STEFFEN FLECHSIG)	92
Hans-Joachim Stadermann: Wie der EURO kommt. Das Green Paper der Europäischen Kommission und die Folgen, Metropolis-Verlag Marburg 1996 (ULRICH BUSCH)	93

Hinweise an unsere Autorinnen und Autoren

Editorial

»Offenbar war vieles andere jahrzehntelang nur Tünche, nun kommt es heraus. Wir müssen fürchten, daß sich Deutschland, um es mit Ernst Bloch zu sagen, jetzt zur Kenntlichkeit verändert.« Diese traurig-böse Prognose von Hans Mayer, 1993 in einem Interview mit dem »Spiegel« getroffen (und von Mario Keßler im vorliegenden Heft zitiert), scheint sich immer mehr zu bestätigen. Kaum noch übersehbar lehnt sich der Zeitgeist zunehmend wagemutiger in die Rechtskurve. Das »gehobene« Feuilleton jubelt, denn endlich emanzipiert er sich von '68; jüngstes Beispiel – sehr zu meinem Erschrecken – Hans Mommsen.

Ich habe Mommsen im Februar 1984 kennengelernt, in einem herunterkommenen Strandhotel in Sellin auf Rügen – als Olaf Groehler und Heinrich Scheel versuchten, Honeckers Politik zur Schaffung einer »Koalition der Vernunft« gegen den sowjetischen Rüstungswahnsinn für ihre ganz eigenen Interessen zu nutzen. Denn diese Wende Honeckers eröffnete eine, wenn auch so nicht beabsichtigte, Chance für die Zeitgeschichtsforschung der DDR, die bis dahin, wie kaum eine andere Disziplin, von einem streng beaufsichtigten Kommunikationsverbot gegenüber dem Westen betroffen gewesen war.

Da eine seit langem geplante Konferenz mit Historikern aus anderen Ostblock-Staaten bevorstand, entschieden sich Groehler und Scheel im Dezember 1983, zu diesem Treffen kurzfristig Kollegen aus der Bundesrepublik einzuladen. Unter denen, die sich getrauten zu kommen, war Hans Mommsen.

Für die weitere Diskussion der Historiker in der DDR gingen von dieser Konferenz irreversible Impulse aus: Erstmals konnte ein zentrales stalinistisches Dogma – jenes, das Antifaschismus auf kommunistischen Widerstand reduzierte – gebrochen werden. Die Gegenkräfte – stets bereit, gegenüber den ihnen ausgelieferten DDR-Kollegen die »Revisionismus-Keule« zu schwingen – waren paralysiert, denn vor Historikern aus dem Westen mit ihrer Demagogie aufzutreten, hatten sie nicht gewagt. Daß die Tagung mit solch einem Ergebnis zu Ende gehen konnte, verdanken wir auch Hans Mommsen und seinem Auftreten.

Der eigentliche Grund, warum er mir gefiel, war aber noch ein anderer: Er kritisierte uns von links.

Das ist lange her. »Einen Sonderfall stellt das Massensterben von Kleinkindern von Zwangsarbeiterinnen in dem eigens für sie eingerichteten Kinderlager in Rügen dar, das allerdings auch in

vergleichbaren Institutionen auftrat. Es kann zwar im Falle des Volkswagenwerkes ein gewisses Bemühen der Verantwortlichen, die sich abzeichnende Katastrophe zu verhindern, unterstellt werden, aber einwirkende rassistische Ressentiments verursachten Fehlurteile, die falsche medizinische Schlussfolgerungen nach sich zogen und zum Massenmord russischer und polnischer Säuglinge führten.«

Da steht wirklich: »Es kann ... ein gewisses Bemühen ... unterstellt werden«!

Nein, dieser Satz aus dem Arsenal der Weißwäscher stammt nicht aus einschlägiger rechtsradikaler Literatur zur Beschönigung der NS-Verbrechen – dieser Satz stammt von Hans Mommsen (Hans Mommsen, Manfred Grieger: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, ECON Verlag Düsseldorf 1996, S. 45f.). Und er steht nicht allein. Schon die Absätze zuvor veranlaßten mich, erneut auf den Umschlag zu schauen.

Man kann nicht wenigen Auftrags-Historikern der DDR, nicht nur solchen, die ihr Werk an den SEDeigenen Instituten betrieben, vieles nachsagen. Doch Morde, auch die stalinistischen, sind durch sie – sei es mit der »Begründung«, man hätte sie auf Grund von »Fehlurteilen« verübt, sei es mit anderem »wissenschaftlichen« Instrumentarium – nie »erklärt« worden; sie beschränkten sich auf das Verschweigen. Schlimm genug.

Der Hans Mommsen der neunziger Jahre hat trotzdem mit ihnen etwas gemein. Er verwendet die gleiche Sprache, diesen feigen, alles in das »richtige Licht« rückenden Duktus. – Engels hat das Schreiben in »Sklavensprache« für unwirtliche Zeiten gerechtfertigt. Viele, die in der DDR publizierten, benutzten diese Sprache – oft ist es ihnen peinlich, daran erinnert zu werden.

Liest man die Mommsensche Einleitung, kommt man nicht umhin zu meinen, die Zeiten heute seien noch unwirtlicher als in der DDR vor zehn Jahren. Das Wort »Vernichtung durch Arbeit«, die auch im »Werk des KdF-Wagens« betrieben wurde, kommt im ganzen Text nicht ein einziges Mal vor. Hingegen hält es Mommsen für erwähnenswert, daß es dort auch Orte gab, an denen etwas langsamer vernichtet wurde – ohne selbstverständlich dieses Wort zu benutzen: »Demgegenüber war die Behandlung der von Ingenieuren des Unternehmens direkt in Auschwitz ausgewählten jüdischen KZ-Häftlinge, die in den Verlagerungsbetrieben für Spezialarbeiten eingesetzt wurden, wesentlich besser.« (S. 42)

Aus dem Streit, daß vieles in diesem Buch nicht von ihm (oder Grieger), sondern von nicht genannten Wissenschaftlern stammen soll, will ich mich heraushalten. – Die hier zitierte Einleitung ist aber ausweislich von Mommsen. Schade.

In der, oft zu Recht, viel gescholtenen DDR hat es massenhaft Anpassung bis zur Unkenntlichkeit gegeben. Daneben waren da aber immer auch Wissenschaftler, die ihr eigenes Rückgrat nicht nur schätzten, sondern auch vor Verbiegungen zu schützen wußten. An zwei von ihnen wollen wir heute erinnern, an Fritz Behrens und an den eingangs zitierten Hans Mayer, der am 19. März seinen 90. Geburtstag feiert. Dazu unseren herzlichen Glückwunsch.

JÖRN SCHÜTRUMPF

WOLFRAM ADOLPHI

Bestandene Reifeprüfung – und nun erst recht ruft das Leben.

Acht Notizen zum Schweriner Parteitag der PDS

Erstens:

Mit ihrem 5. Parteitag – einberufen für den 17. bis 19. Januar 1997 nach Schwerin – beschloß die PDS fast auf den Tag genau das siebente Jahr ihrer Existenz. Denn es war nicht ein Parteitag, sondern die parteitagslose, überaus spannende Mitte des Monats Januar im Jahre 1990, in der sich entschied, ob aus der SED-PDS des Dezember-Sonderparteitages tatsächlich eine PDS entstehen würde: Hart prallten in genau diesen Tagen die Befürworter einer vollständigen Auflösung der SED einerseits und die Beförderer der Idee eines Übergangs in eine neue Partei aufeinander. Die einen, die die vollständige Auflösung wollten, sahen den radikalen Erneuerungsgestus des Sonderparteitages bereits wieder aufgegeben, verfochten den Standpunkt, erst die restlose Selbstauflösung werde den Boden für die Entstehung neuer sozialistischer – und vielleicht auch kommunistischer – Parteien bereiten. Die anderen wollten das Neue nicht ohne das Alte tun, mißtrauten der Verlockung des vollständigen Neuanfangs, glaubten an die Möglichkeit gemeinsamen Lernens, Streitens – und an das Gewicht ihres bisherigen Tuns in der SED für ihr künftiges politisches Engagement. In Berlin wurden plötzlich kleine Parteibüros, deren Betreiber sich so etwas nie hätten träumen lassen, zu Koordinationspunkten landesweiter Politik. Gleich an mehreren Stellen – so auch in der Kreisleitung der SED-PDS der Humboldt-Universität und im Büro der Mitarbeiterinnen des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft Helga Adler und Sylvia-Yvonne Kaufmann – entstanden (bezeichnenderweise gänzlich unabhängig voneinander) Initiativen für DDR-weite Basistreffen, die in der ersten Februarwoche dann auch in die Tat umgesetzt wurden – als wichtige Grundlage dafür, daß es noch im Februar zum ersten PDS-Parteitag kommen konnte.

Mir standen diese Januar-Februar-Tage des Jahres 1990 vor Augen, als jetzt in Schwerin die Acht-Jahres-Begrenzung des Statuts für Parteifunktionen zur Debatte stand. Damals war diese Acht-Jahres-Frist, die heute viele als zu kurz empfinden, von einer großen Mehrheit als viel zu lang angesehen worden. Um zwei Jahre kreisten die Debatten, vielleicht auch um vier. Das hing mit dem Rückblick zusammen – von 1990 acht Jahre zurück, da kam man bis 1982, und was hatten diese acht Jahre an Stagnation, Vergeisung, Verknöcherung mit sich gebracht! –, aber auch mit Vorausschau: Wie sollte man, da doch schon der nächste Tag so

Wolfram Adolphi – Jg. 1951, Dipl.-Staatswissenschaftler, Dr. sc. phil. mit Arbeiten zur Außenpolitik der VR China und zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen; freiberuflich tätiger Journalist; Mitarbeiter der Redaktion UTOPIE kreativ.

gänzlich unüberschaubar war, je ins Jahr 1998 hineindenken können?

Nun aber sind wir fast dort, am Ende dieser acht Jahre. (Wobei – um sich dessen richtig und in Ruhe bewußt zu werden – der Schweriner Parteitag sich geeinigt hat, den Beginn der Acht-Jahre-Regelung auf das Jahr 1993 zu setzen.) Und wie gut, daß man sich 1990 nicht wirklich auf zwei Jahre festlegte! Denn von denen, die das Gesicht der PDS auf Bundes-, Landes- und Kreisebene prägen, sind etliche von Anfang an dabei – und haben auch das verflixte siebente Jahr mit all seinen Bedrohlichkeiten gemeistert. Die Reifepfung der Partei ist auch ihre eigene.

Zweitens:

Von einem »Sieg der Reformen« ist nach dem Parteitag in der Öffentlichkeit oft die Rede. Tagespolitisch aufregend ist das vor allem deshalb, weil vor dem Parteitag etliche Stimmen aus SPD- und Grünen-Reihen gerade davon – vom »Sieg der Reformen« – jedes weitere Nachdenken über ein wie auch immer geartetes Zusammenwirken mit der PDS abhängig machen wollten. Die sind nun ein weiteres Mal in Erklärungsnot.

Wer aber sind »die Reformen«? In den neuen PDS-Bundesvorstand sind eine lange Reihe von Frauen und Männern gewählt worden, für die das Wort »Reform« vom Beginn auch ihres persönlichen Engagements im Dezember 1989 an bedeutete, die PDS aus der SED heraus entwickeln zu wollen: Lothar Bisky als wiedergewählter Bundesvorsitzender und Gregor Gysi als nicht wieder zur Wahl in den Vorstand angetretener Vorsitzender der Bundestagsgruppe stehen für diesen Weg ohnehin; nun sind stellvertretende Parteivorsitzende wie bisher Sylvia-Yvonne Kaufmann (siehe oben) und neu gewählt die seit 1990 im Amt befindliche Thüringer Landesvorsitzende Gabi Zimmer; neue Vorstandsmitglieder sind die Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung Christa Luft, die Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt Petra Sitte, die Thüringer Kulturpolitikerin Edda Seifert und der »gorbatschowsche« Theoretiker und Programmierer Dieter Klein; wiedergewählt in den Vorstand wurden die seit Jahr und Tag für die Verbindung zu Gewerkschaften, Betriebsräten und anderen außerparlamentarischen Gremien und Vereinen ringende Judith Dellheim, der den Reformbegriff provokant und schmerzhaft öffentlich auslotende André Brie, der Verfasser des Antistalinismus-Referats auf dem Sonderparteitag vom Dezember 1989 Michael Schumann und der Mitarbeiter der Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern Lutz Scherling. Auch Dietmar Bartsch als neuer Bundesgeschäftsführer und Uwe Hobler als neuer Bundesschatzmeister stehen mit ihren Biographien für diesen Reformweg: PDS aus der SED.

Ganz andere Reformansätze verkörpern die wiedergewählte, im vereinigten Deutschland groß gewordene Halina Wawzyniak und die neu gewählten Westdeutschen Pia Maier und Dorothee Menzner. Schon seit 1990 im produktiven Streit mit den aus der DDR gekommenen Reformern schließlich befinden sich die beiden westdeutschen Männer im Vorstand: der wiedergewählte stellvertre-

tende Bundesvorsitzende Wolfgang Gehrcke und der neugewählte, aber über vielfältiges öffentliches Auftreten seit langem die PDS-Politik mitbefördernde Joachim Bischoff.

Läßt man alle diese Namen Revue passieren, kommt man zu einem durchaus beachtlichen Resultat: Noch nie hat in einem Bundesvorstand der PDS die Gruppe der aus der SED gekommenen Reformer so eindeutig die Mehrheit gestellt wie jetzt.

Aber nicht nur dieser Fakt allein ist bemerkenswert. Bemerkenswert ist auch, daß diese Mehrheit in einem langen demokratischen Prozeß zustande gekommen ist. Es gab 1996 genügend Aufregung und Nachdenklichkeit erzeugende Medienvorstöße – von denen das Brie-Sommengewitter nur einer war –, um die Debatte über den Platz der PDS in der Gesellschaft, über Demokratiegewinne und -defizite, Emanzipationschancen und -unmöglichkeiten, parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, Regierungsbeteiligung und Radikalopposition zum Gegenstand jeder Delegiertenwahl an der Basis zu machen. Das Mandat für den Vorstand, untermauert durch die klaren Resultate bei der Abstimmung der Leittrträge, ist eindeutig: Die PDS soll eingreifen in die Reform der Gesellschaft, und sie soll sich dabei auch der Form der Regierungsbeteiligung bedienen.

Dieses Mandat folgt einer Grundstimmung, die die in den Jahren seit 1990 in der Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition gesammelten Erfahrungen gekoppelt sehen will mit der produktiv aufzuhebenden Erfahrung DDR und der ebenso produktiv aufzuhebenden Erfahrung des außerparlamentarischen oppositionellen Wirkens in der alten BRD. Die Wahl eben dieser Vorstandsmitglieder war ein Ja zu nachvollziehbar gewachsener Kompetenz, ein Ja zu einer unverwechselbar gewordenen PDS-PolitikerInnengeneration, ein Ja zur Hoffnung auf linke Regierungsbündnisse (und auf berechenbare PDS-Positionen dazu). Aber nicht nur das. Sie war auch ein Ja zum fortgesetzten »Linienstreit«. Denn auch die Ablehnung der Regierungsbeteiligung (z.B. Halina Wawzyniak im PDS-Pressedienst Nr. 46 vom 15.11.1996) hat im Vorstand ihren Platz.

Drittens:

War der Parteitag eine Niederlage der Kommunistischen Plattform? Schwer zu sagen. Eine Niederlage war er auf jeden Fall für den von der Plattform immer wieder unternommenen Versuch, Politikansätze aus rückschauenden Glaubenssätzen zu entwickeln. Es fehlen der Plattform neue Ideen, es fehlt eine Verarbeitung neuer Politikerfahrung. Nun läßt der Parteitag der Plattform keine Illusionen hinsichtlich ihres tatsächlichen Einflusses: Er ist zurückgegangen.

Viertens:

Dies ist Anlaß zu Nachdenklichkeit. Denn an Schärfe in der Beurteilung der Lage in Deutschland und in Europa hat's der Plattform nie gefehlt.

Aber sie reicht eben nicht aus, diese Schärfe allein, und dies ist Menetekel für die PDS insgesamt. Zu verlockend ist es ja auch

außerhalb allen Plattformdenkens und aller Plattformzugehörigkeit, sich auf den »Wir-haben's-ja-gleich-gewußt-und-immer-vorausgesagt«-Standpunkt zurückzuziehen, wenn der nächste – und in der Tat vorausgesagte! – Einschnitt in den Sozialstaat vollzogen wird.

Aber wieso bleibt diese Voraussage so ungehört? Und der Kampf gegen das Vorausgesagte so schwach? Da blieb auch dieser Parteitag viele Antworten schuldig.

Quälend und langandauernd ist der Lernprozeß, und nur ganz langsam – und über viele Schritte auch theoretischer Selbstverständigung wie etwa die »Crossover«-Konferenz vom Februar 1996 oder die Strategiekonferenz vom November 1996 hinweg – gewinnt die Partei die Fähigkeit, darüber wirklich in eine nachhaltige öffentliche Diskussion zu treten. Schwerin brachte in dieser Hinsicht ein wenig Erfahrungsbericht, aber – erneut – keine auf den Punkt gebrachte Debatte.

Bei »Crossover« im Februar 1996 war die Frage mal so gestellt worden: Wir sind von der Richtigkeit unserer Überlegungen zur Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative so sehr überzeugt, daß wir uns immer wieder wundern, wie wenig überzeugend sie letztendlich sind. Wir sagen, warum – wie wir denken – man links wählen muß. Aber fragen wir oft genug, warum wir für so übergroße Mehrheiten nach wie vor dennoch nicht wählbar sind?

Diese Frage ist vom Parteitag nicht aufgegriffen worden. Das ist problematisch für die Analyse nicht nur des Ist-Standes der Gesellschaft und die Beurteilung der aktuellen Wahlchancen der PDS, sondern auch für die Zukunft der Partei. Denn so übereinstimmend der Parteitag sich in den Leitanträgen und im Ja zu diesem Vorstand gab – zu selten gab es einen Hinweis darauf, daß auf dem jahrelangen Weg zu dieser Übereinstimmung viele Interessenlagen nicht durch Diskussion und Mehrheitsbeschlüsse, sondern ganz einfach durchs Leben auf der Strecke geblieben sind. Ganz knapp – aber vehement – wurde dieses Problem in der Diskussion zu den Daseinsbedingungen der PDS-Mitgliederkategorie »Kleinst- und Kleinunternehmer« deutlich. Die Widersprüche, unter denen ein solcher Kleinst- und Kleinunternehmer produziert, ein paar wenige Arbeitsplätze sichert, sich an Tarifvereinbarungen hält oder nicht und gleichzeitig in der PDS seinen Platz sieht, haben eine Dimension, die mit keinem Beschlußtext zu bewältigen ist. Die es in der PDS aufreißen, dieses Problem, sind noch dabei. Wieviele aber, die diesen Weg zum Kleinstunternehmer gezwungen waren zu gehen, haben weder Zeit noch Kraft, sich überhaupt mit Politik zu befassen? Und gehen linker Politik nicht nur in persona verloren, sondern auch mit ihrem alten und neuen Spezialwissen, ihren neuen, ganz außerhalb aller Parteienstrukturen gewonnen Einsichten in das widerspruchsvolle Funktionieren der in tiefen Umbrüchen befindlichen Produktionsweise?

Geht man weiter in solcher Überlegungsrichtung, stellt man – zum Beispiel – auch fest, daß die oft mit recht beklagte »Besitzstandswahrung« viele Gesichter hat. Und merkt, daß auf dem Parteitag nicht nur die eine oder andere Berufs- oder Beschäftigungsgruppe der Dreißig- bis Fünfzigjährigen, die in ihrer

»Besitzstandswahrung« – in diesem Falle einfach nur: Lebenssicherung – keinen Raum für Politik findet, fehlte. Auch die Jugend kam auf dem Parteitag – erneut – nur in kleiner Menge vor. Und in dieser kleinen Menge auch nur einen kleinen Teil an Meinungs- und Interessenspektrum repräsentierend. Ist es denkbar, daß ein junger Mensch, der den »Transrapid« befürwortet, auf einem PDS-Parteitag eine Chance hat? Und ein anderer, der – das für ihn weit- hin grenzenlose Europa zu unerhört bereichernden und Lebensmut verschaffenden Reisen, Begegnungen und Studien nutzend – kein Ohr haben will für die düsteren Prognosen, die ihm aus aller Richtung entgegenschlagen, und sich im Ur-Recht auf Optimismus auch einen Teufel um eine Vergangenheit schert, die nicht die seine ist?

Fünftens:

Das Beste am Schweriner Parteitag ist, daß seine Beschlüsse nicht einengen, sondern ein Weiterdenken und -handeln in vieler Richtung und Form ermöglichen. Genau deshalb war es ein Realismus-Parteitag – denn Offensein für Unbekanntes ist realismusadäquat in einer Zeit, da der Umbruch das Alltägliche, die Konstanz das Besondere geworden ist.

So werden also die PDS-Fraktionäre im Landtag von Sachsen-Anhalt in ihrer Tolerierungspolitik weiter – wie es Petra Sitte formulierte – »aus Scheiße Bonbon« machen; in Mecklenburg-Vorpommern wird die PDS noch direkter auf eine Regierungs- beteiligung steuern; in Sachsen und Thüringen wird dergleichen (noch) nicht auf der Tagesordnung stehen; in Brandenburg wird man weiter und neu mit dem Widerspruch zwischen der Bereit- schaft zu einem mit der SPD gemeinsamen Kurs für einen Wechsel in Bonn einerseits und den Praktiken einer selbstherrlichen SPD- Regierung im Lande andererseits leben müssen; in Berlin ist eine Große Koalition endlich aufzubrechen; und in den alten Bundes- ländern geht der Kampf um wenigstens ein Minimum an Akzep- tanz und Echo in die nächste Runde.

Hundert verschiedene Aufgabenstellungen, Lösungsansätze, Realisierungswege: Wie wird man sie in Ruhe und unumgänglicher Gelassenheit so debattieren können, daß aus der Offenheit nicht Beliebigkeit, aus Entschiedenheit nicht Sektierertum wird?

Sechstens:

Traum eines Zeitschriftenmachers: Ein Diskussionsredner verweist nur kurz auf seine jüngste Veröffentlichung zum Thema, wird von einer Mehrheit darin verstanden und kann nun direkt auf seinen Vorgänger eingehen. Dialog entsteht, der auf Interesse füreinander aufbaut.

Will sagen: Es wird wichtiger werden, daß die Politik-Erfahrungen aller Gliederungen der Partei nachlesbar (und erst dadurch für andere wirklich verarbeitbar) werden. Natürlich ist es sehr vorteilhaft, daß pünktlich zum Parteitag der Kommentar »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus« von André und Michael Brie, Judith Dellheim, Thomas Falkner, Dieter Klein, Michael Schumann und Dietmar Wittich erschienen ist. Das wird Debatte und Selbstverständnis erleichtern. Aber hoffent-

lich bleibt das Buch nicht ohne Widerspruch! Und Fortschreibung!

Die Standpunkte der Partei und ihrer PolitikerInnen werden Akzeptanz gewinnen in ihrer historischen Entwicklung und Begreifbarkeit. Das siebente Jahr ist zu Ende gegangen; eine eigenständige PDS-Geschichte ist entstanden. Mit Selbstverständlichkeit haben die Medien berichtet – und keiner der Kommentatoren hat seinen Beitrag mit den Worten begonnen: »Entschuldigen Sie, ich hatte der PDS bereits fünfmal den Untergang prophezeit.«

Siebtens:

Aber verhüte es die Vernunft, daß der Hilferuf und Aufschrei, der im Antrag der PDS-Bundesfrauenkonferenz auf Beibehaltung der Acht-Jahres-Klausel steckt, ungehört verhallt! Denn dieser Realismus-Konsens des Parteitages, widergespiegelt in den Leitartikeln wie in der Vorstandswahl, geht rasch zu Bruch, wenn er sich nicht ständig selbst in Frage stellt. Und woher sonst soll solche Infragestellung kommen als von neuen Gesichtern in den Vorständen und Parlamentsfraktionen?

Aber – und das wohl haben die Frauen gemeint – : Mit der solide gewachsenen Kompetenz der jetzt dreißig- bis fünfzigjährigen PolitikerInnen wird es für Neueinsteiger nicht leichter, sondern schwerer. Und es braucht die Aufmerksamkeit der »Etablierten«, solchen Neueinstieg bewußt und qualitätsfordernd zu ermutigen. Gewiß: Formale Regelungen verstecken das Problem. Sie verstopfen den kritischen Dialog, blockieren das kritische Wahlverhalten, anstatt beides zu befördern. Aber nachzufragen, wo heraus sie geboren ist, diese Zuflucht in eine Formalregelung, bleibt wohl wichtig.

Achtens:

Es muß der Linken – so einer der Konsenspunkte bei der »Crossover«-Debatte vom Februar 1996 – um die Wiedergewinnung der Politik zu tun sein. Wiedergewinnung der Politik heißt: Bereitschaft zu übergreifender, nicht nur gruppenbezogener Verantwortung.

Der Schweriner Parteitag hat auf dem Weg dahin ein solides Stück Arbeit geleistet. Das ist viel – und wenig. Wenn die Hoffnung darauf, daß die PDS jene Partei sein könnte, die die Arbeitslosigkeit wirklich abzubauen, den Sozialstaat wirklich wieder zu stärken in der Lage ist, übermächtig wird, wird sich das im Wahlergebnis zeigen. Aber wehe dann, die Hoffnungen bleiben unerfüllt!

So müssen die Hoffnungen also wirklich materiell untermauert werden: solide, nüchtern, luftblasenfrei. Es wird Veränderungen nur geben können, wenn Mehrheiten sie wollen – und zwar auch um den Preis des einen oder anderen Einschnitts in persönliche Besitzstände. Die Bereitschaft zu solcher Veränderung setzt Mithdenken, bewußtes Einbezogenessein und emanzipierte Interessenabwägung voraus. Die Umverteilung von oben nach unten – Christa Luft hat's in ihrem Referat deutlich gemacht – muß, will sie mehrheitsfähig werden, nachvollziehbar durchgerechnet sein.

Und so ist für die PDS abzusehen: Das achte Jahr wird schwerer als das siebente, aber wohl leichter als das neunte. Daß sie's jedoch erlebt, hat sie sich selber eingebrockt. Schwerin wirft Erwartungsschatten voraus.

WOLFGANG KÜTTLER

Perspektiven der Moderne im Werk Max Webers: Geschichts- und Sozialwissenschaften am Scheideweg

Der Kontext der Perspektivendebatten am Ausgang des 20. Jahrhunderts, zunächst die Auseinandersetzungen um Moderne und Postmoderne, nach 1989/90 um die Folgen des Zusammenbruchs des »realen Sozialismus«, hat auch die Rezeption Max Webers wesentlich verändert. Die Konjunktur allgemeiner Kulturdiagnosen verdrängte das Interesse an gesellschaftstheoretischen Entwürfen, die Beziehung zu Nietzsche den Vergleich mit Marx.¹ Damit ist auch verbunden, daß Weber weniger als eingreifender Theoretiker mit eigenen alternativen Entwürfen von Politik und Gesellschaft denn als Kulturdiagnostiker mit pessimistischen Grundzügen gesehen wird. Im folgenden soll entgegen diesem Trend gezeigt werden, daß Weber mit einem Entweder-Oder von Kulturanthropologie versus Sozialwissenschaft nicht kontextgerecht interpretiert werden kann. Soll sein Werk im Gegenteil für aktuelle Probleme produktiv gemacht werden, so ist es gerade erforderlich, den realen Zusammenhang von Lebenswelt, Wissenschaft und praktischen Intentionen zu rekonstruieren. Meine These ist, daß die hier zweifellos bei Weber selbst vorhandenen Antinomien ebenso wie der alte Rezeptionsstreit um sein »Thema«² eine innere Ambivalenz der konzeptionellen Perspektiven und der wissenschaftlichen Perspektivität Webers zum Ausdruck bringt, die für die Geistes- und Sozialwissenschaften im 20. Jahrhundert und deren prekär gewordene gesellschaftliche Funktion gleichermaßen charakteristisch ist. In Webers Werk wird der Gegensatz von gesellschaftstheoretischem Entwurf und erkenntnistheoretischem Kulturkrisenbewußtsein rigoros problematisiert, bleibt aber letztlich ungelöst. Der Versuch einer gesellschaftskritisch eingreifenden Synthese der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft wird gebrochen durch eine Zeitdiagnose, in der diese als allgemeiner Sinn- und Freiheitsverlust menschlicher Kultur erscheint. Ich konzentriere mich im folgenden darauf, welche Konsequenzen diese Dichotomie für die Inhalte seiner Modernekonzeption hatte – im historischen Kontext von Leben, Werk und wissenschaftlicher Perspektive, im Verhältnis von historischer Synthese und Krisendiagnose sowie in den Antinomien von Wissenschaftstheorie und Realperspektiven.

Weber lebte in einer Periode rascher Entwicklung und Ausbreitung wie auch der ersten großen Krise der europäischen bürgerlichen Gesellschaft und in einem Lande, wo schneller kapitalistischer Fortschritt noch mit der Bewahrung traditionaler

Wolfgang Küttler – Jg. 1936, Historiker, Professor am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin.

1 Vgl. D. J. K. Peukert: Max Webers Diagnose der Moderne, Göttingen 1989, bes. S. 11ff.

2 Vgl. u.a. F. Tenbruck: Das Werk Max Webers, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 27, 1975, S. 663ff.; Wilhelm Hennis: Max Webers Fragestellung. Studien zur Biographie des Werks, Tübingen 1987, bes. S. 59; W. Schluchter: Religion und Lebensführung, Bd. I-II, Frankfurt/Main 1988.

Sozial- und Herrschaftsverhältnisse verbunden war. Daraus ergaben sich unterschiedliche Interessen und Sichtweisen, deren forschungspraktische Umsetzung jeweils auch unterschiedliche Strategien komparativer Kultur- und Sozialforschung bzw. Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte bedingt.

Erstens teilte Weber als »Mitglied der bürgerlichen Klassen« in Deutschland deren nationalistische und machtsstaatliche Bestrebungen, allerdings aus seiner von Hause aus liberalen Sicht eines konsequent durchgesetzten modernen Kapitalismus und bürgerlich-parlamentarischen Staatswesens in zunehmend kritischem Abstand zu den inneren Verhältnissen des Deutschen Reichs. Insofern zeigt sein Schaffen eine weitgehende Kontinuität bürgerlich-kapitalistischer, liberaler Entwicklungsoption, die von Anfang an mit starkem Engagement für soziale Reformen verbunden war, um die Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat zu integrieren. Der für diese Problemlage charakteristische Forschungsweg führt von sozialökonomischen Bedingtheiten über soziale Interessen zu Gesellschafts- und Kulturprägungen bzw. -veränderungen. Im Frühwerk dominieren dabei zunächst noch später kritisch reflektierte objektorientierte Ansätze, um Zusammenhänge von Entwicklung des Kapitalismus, Verfall der preußischen Gutsherrschaft, Abnahme des Einflusses der Junker und Abwanderung der deutschen Unterschichten aus den Ostprovinzen³ bzw. von Versiegen des Sklavenzustroms, Niedergang der Stadtkultur, Vordringen großer Grundherrschaften und Untergang des Römischen Reiches zu erhellen.⁴

In diesem Zusammenhang hatten Klassenstruktur und soziale Bewegungen für Weber besondere Bedeutung, die im späteren Konzept der Geschichte der Moderne erhalten bleibt. Das betrifft u.a. die Hervorhebung der Bedeutung, die die kommunale Bewegung des Städtebürgertums im 11. und 12. Jahrhundert für die »besonders starke Prädisposition der ökonomisch entwickeltesten Gebiete für eine kirchliche Revolution«⁵, d.h. für die Vorbereitung des Umbruchs zur Moderne in der Reformation hatte, und die Bildung der sozialen Klassen des Bürgertums und der Lohnarbeiter als konstitutives Element der Systembildung des modernen Kapitalismus.⁶ Grundsätzlich bleibt der sozialökonomische Aspekt der Erklärung bürgerlich-kapitalistischen Fortschritts ein wesentliches Anliegen auch in den späteren Arbeiten, wieder verstärkt in den soziologischen Hauptwerken und politischen Schriften in der Kriegs- und Nachkriegszeit, zumal die Revolution von 1918 die Problematik der inneren Gesellschaftsstruktur Deutschlands erneut mit aller Schärfe aufwirft.

Eng damit verbunden ist die zweite Leitperspektive der Normen und Werte moderner bürgerlich-kapitalistischer Lebensführung, der sich Weber als »Sohn der europäischen Kulturwelt« verpflichtet fühlte und deren universale Bedeutung er besonders in den USA beobachtete. Seine Modernekonzeption war daher primär am gesamten Okzident und erst nach den Maßstäben, die dessen allgemeine Entwicklung setzte, an nationalen Werten orientiert. Beeinflusst auch durch religiöse Familientraditionen mütterlicherseits und aktuelle Debatten um Zusammenhänge von Konfession

3 Vgl. u.a. Max Weber: Die ländliche Arbeitsverfassung, in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (GASWG), hrsg. v. Marianne Weber, Tübingen 1924, S. 444ff. u. ders.: Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, in: Max-Weber-Gesamtausgabe (MWG), Abt. I, Bd. 3, 1-2, hrsg. v. Martin Riesebrodt, Tübingen 1984.

4 Max Weber: Die sozialen Gründe des Untergangs der antiken Kultur, in: GASWG, S. 289ff.

5 Max Weber: Die protestantische Ethik. Eine Aufsatzsammlung, hrsg. v. Johannes Winkelmann, 6. durchges. Aufl., Gütersloh 1981, (PE) Bd. 1, S. 30.

6 Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie (GARS), Tübingen 1920, Bd. I, S. 12f.

und Wirtschaftsverhalten in Deutschland, suchte Weber die Wertimpulse des modernen rationalen Berufsethos in der protestantischen Ethik der Reformationszeit. Theoriegeschichtlich ist diese Perspektive das Resultat der ersten methodologischen Wende von 1902-04 mit dem Übergang zur Kulturwertkonzeption idealtypischer Theoriebildung, die hauptsächlich mit dem Objektivitätsaufsatz und den Protestantismus-Kapitalismus-Studien verbunden ist. Der entsprechende Forschungsansatz zielte inhaltlich auf die inneren seelischen, vor allem religiösen Motive für die Entstehung von Normen praktischer Lebensführung und von da aus von sozialen Ordnungen und Herrschaftsformen. Typisch dafür ist die Aspektverbindung der Genesis des »Geistes des Kapitalismus« mit der rationalen innerweltlichen Askese der Reformatoren insbesondere in den puritanischen Sekten. Sozialer Wandel entsteht hier aus besonderen Spannungen innerer und äußerer Impulse des Handelns.⁷

In der von Weber konstatierten besonderen, einmaligen Verbindung innerer und äußerer Aspekte der Kulturveränderung im Europa der Reformationszeit⁸ steckt zugleich ein doppelter Perspektivenbruch seines Konzepts: Die religiös-rationale Revolution, aus der die Wirtschaftsethik des Kapitalismus, das Prinzip praktischer Lebensführung mit Berufsethos, hervorgeht, das die Rationalisierung kulturbestimmend werden läßt, und nach dieser inneren Wandlung die äußere Systembildung seit Ende des 18. Jahrhunderts, durch die der ursprüngliche ethische Impetus in die Tendenz zum »stahlharten Gehäuse der Hörigkeit« umschlägt. Große Industrie, Markt und Zweckrationalität gewinnen damit »unentrinnbare Macht über die Menschen wie niemals zuvor in der Geschichte.«⁹

Die Entstehung des eisernen, des industriellen Zeitalters, der sozialen Frage und der modernen revolutionären Massenbewegung des Proletariats markiert diesen zweiten Bruch¹⁰, der für Weber auch die Umkehr bzw. grundsätzliche Ambivalenz der Wertbeziehungen bedeutet, unter denen die weiteren Schritte des Rationalisierungsprozesses betrachtet werden.

Grundsätzlich aber vermittelt die Perspektive der Ursprünge eine positive Wertbeziehung auf die Emanzipation des Bürgertums, wie die berühmte Skizze der »Vorbemerkung« zu den »Gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie« von 1920 zeigt, auch wenn Weber schon eingangs offenläßt, ob die zugrundegelegte Annahme der Universalität europäischer Kulturerscheinungen nicht bloß eingebildet sein könnte, und später ausdrücklich davor warnt, seine Beschreibung als Wertung zu lesen.¹¹ »Moderne Kultur« erscheint hier eindeutig als ein mit Sympathie beschriebener Vergleichsfall rationaler Kulturentwicklung gegenüber Antike und Mittelalter wie auch im Kontrast zu den außereuropäischen Hochkulturen in Indien und China. Rationalität, Kapitalismus und Bürgerlichkeit konstituieren in einem spezifischen komplexen Zusammenhang die Qualität der Moderne. Wie in der Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik, so unterscheidet Weber auch hinsichtlich der anderen von ihm beschriebenen Elemente der Rationalisierung – in Religion, Herrschaft und Staat, Recht, Ständen und Klassen (Städtebürgertum), Kunst und Wissenschaft – die »besondere Eigenart des okzidentalen, und innerhalb dessen, des modernen

7 Weber: PE I, S. 39ff.

8 Ders.: Antikritisches zum »Geist des Kapitalismus«, in: PE II, S. 167.

9 Weber: PE I, S. 188f.

10 Vgl. Max Weber: Wirtschaftsgeschichte. Abriß der universalen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Aus den nachgelassenen Vorlesungen hrsg. v. S. Hellmann u. M. Palyj, München/Leipzig 1923, S. 300f.

11 Weber, PE I, S. 23.

12 Weber: PE I, S. 20f.

13 Vgl. Max Weber:
Der Streit über den Charakter der altgermanischen Sozialverfassung in der deutschen Literatur des letzten Jahrzehnts, in: GASWG, S. 508ff.

14 Vgl. Max Weber:
Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5. revid. Ausg., besorgt v. Johannes Winckelmann, (WuG), Tübingen 1980, bes. Teil I: Soziologische Kategorienlehre, darin: Kap. 1: Soziologische Grundbegriffe, S. 1-3, im folgenden zitiert nach WL, S. 541-581; ders.: Vorbemerkung; Einleitung; Zwischenbetrachtung, (alles) in: ders., GARS S. 1-16, 237-275, 536-573.

15 Vgl. W. J. Mommsen:
Max Webers Begriff der Universalgeschichte, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): Max Weber, der Historiker, Göttingen 1986, S. 51ff.

16 Max Weber: Wissenschaft als Beruf, in: ders.: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre (WL), hrsg. v. Johannes Winckelmann, 5. Aufl. Tübingen 1982, bes. S. 600ff.

okzidental Rationalismus«¹². Diese Synthese hat in der Sachausage entgegen Webers dezidiert Ablehnung objektiver Entwicklungsrichtungen und Kulturstufen¹³ progressiv-evolutionistischen Charakter.

Drittens zeigte Weber schon früh eine hohe Sensibilität für Krisensymptome der bürgerlichen Kultur, die durch Familienprägungen und Besonderheiten seines Charakters bedingt war, vom kulturkritischen Zeitgeist gefördert und später durch Weltkrieg und Revolution bestätigt wurde. Daraus resultierte eine immer mehr zum Pessimismus tendierende kritische Sicht auf die Risiken und Verluste der Moderne. Forschungsstrategisch verbindet sich diese Kulturkritik mit den beiden erstgenannten Hinsichten und Ansätzen einerseits zu der umfassenden vergleichenden Kasuistik möglicher gesellschaftlicher und kultureller Verhaltensweisen und Handlungszusammenhänge in allen Lebensbereichen, die Gegenstand von »Wirtschaft und Gesellschaft« ist. Andererseits werden sie auch in den Studien über die »Wirtschaftsethik der Weltreligionen« im universalen Kulturvergleich erneut zusammengeführt durch die wechselseitige Untersuchung religiöser Impulse von Lebenswelten und umgekehrt von deren Bedingtheit durch geographische, ökonomische und soziale Voraussetzungen.¹⁴ Methodologische Grundlage dafür ist Webers zweite, eigentlich soziologische Wende ab etwa 1909/10, die den wertheoretisch-idealtypischen Ansatz durch eine systematische soziologische Handlungstheorie ergänzt und inhaltlich modifiziert¹⁵.

In der synthetischen Substanz erscheint mit Webers Krisendiagnose eine Verlust- und Verfallsgeschichte als Gegenbild zur universalen Rationalisierung. Die Elemente dafür sind bekannt und viel beschrieben: die Überzeugung, alles durch Technik und Wissenschaft beherrschen zu können, die Abhängigkeit von der Bürokratie als rationaler Verwaltung, beruflich spezialisiertes »Fachmenschentum« in der modernen Arbeitswelt, Atomisierung ideeller Gemeinschaften im Interessenkampf und Interessenausgleich vergesellschafteter Individuen und Gruppen, damit verbunden die Verdrängung der Religion zur reinen Privatsache und ein chaotischer Pluralismus der Lebensnormen, worin Weber den antiken Polytheismus in durch äußere Rationalisierung nur noch gesteigerter Form zurückkehren sieht.¹⁶ Der zunächst nicht analytische Wertbegriff »Entzauberung« wird in Webers späten Werken, vor allem in den Studien zur »Wirtschaftsethik der Weltreligionen« und in »Wirtschaft und Gesellschaft«, zu einem komplementären Bestandteil seines Rationalisierungskonzepts, das nun zugleich eine kritische Theorie der Rationalisierungsfolgen umfaßt.

Die Funktion der Wissenschaft erscheint jetzt selbst kritisch eingebunden in den Verfall jener Werte, als deren integraler Bestandteil ihr Rationalismus höchste Wertpriorität erhalten hatte. Positive Wertzuweisungen und verzweifelte Ohnmacht im Verhältnis von Wissenschaft und Leben stecken die Pole ab, zwischen denen sich Webers Wissenschaftskonzept bewegt. Wissenschaft kann zwar technischen Fortschritt hervorbringen und soziokulturelle Kenntnisse vermehren, aber den Menschen damit keine bessere Lebensbeherrschung durch »zunehmende allgemeine Kenntnis der

Lebensbedingungen« bringen. Keinesfalls ist sie gleich der Religion in früheren Epochen in der Lage, Wertentscheidungen und Wertbildungen zu begründen.¹⁷

Werttheorie, individualisierende Handlungstheorie, Subjektivierung der Theoriebildung und Ablehnung objektiver Geltung von generalisierenden Konzepten der Sozialwissenschaften sind die wichtigsten Elemente der Antinomie von Objekt- und Subjektbereich in den historischen Wissenschaften und der Soziologie. Aber die metatheoretisch explizierte Widersprüchlichkeit des Normativen und Kognitiven hindert Weber keineswegs an konsistenten Befunden möglicher Entwicklungen mit praktischen Zukunftsentwürfen, die nicht »objektiv« legitimiert, wohl aber empirisch gestützt werden sollen. Die darin begründeten Vorstellungen für das nach Kriegsniederlage und Revolution neuzuordnende Deutschland lassen sich als direkte Konsequenz seiner Gesellschafts- und Kulturtheorie der Moderne rekonstruieren¹⁸: Integration der Arbeiterbewegung, die er mit dem modernen Sozialismus verbunden sieht, solange der moderne Kapitalismus besteht, durch soziale und politische Reformen; konsequente Durchsetzung von Massendemokratie, Parteiensystem und Parlamentarismus, aber unter Leitung starker Führungspersönlichkeiten, die in Politik und Wirtschaft den spontan wirkenden Tendenzen bürokratischer und technischer Routine entgegengewirkt sollen. In dieser Richtung entwickelte er auch das Konzept der »plebiszitären Führerdemokratie« und wirkte am § 48 der Weimarer Verfassung über die Sondervollmachten des Reichspräsidenten mit. Die verantwortungsethische Begründung des Handelns der Politiker soll Zweck- und Wertrationalisierung wieder zusammenführen.

Damit werden Webers Idealtypen wertbezogener »objektiver Möglichkeiten«¹⁹ zu Realalternativen, die in der Praxis als durchsetzbar verfolgt werden. In der Tat lassen sich auch die Sachdarstellungen seiner wissenschaftlichen Werke so entziffern. Die Gegenläufigkeit und Wertumkehrung von »Rationalisierung« und »Entzauberung«, »Geist« und »Gehäuse« gerät zu Aussagen über alternativen Möglichkeiten im Gesamtprozeß der Moderne: Rationaler Betriebskapitalismus (Verwertung friedlicher Marktchancen) versus Konzentration der Kriegswirtschaft und Imperialismus (als zeitgemäße Form des uralten Staats-, Raub- und Beutekapitalismus); rationaler moderner Sozialismus der Arbeiterbewegung (mit der Chance sozialreformerischer Integration) versus zentralbürokratische Despotie im Falle der revolutionären Durchsetzung als neue Gesellschaftsordnung; rationale funktionsfähige Verwaltung unter unabhängiger eigenverantwortlicher Kontrolle durch die politische Führung oder kulturelle Erstarrung durch bürokratische Routine in allen Lebensbereichen usw. Auf diese Weise sollte die neue Werte setzende und damit nach Webers Handlungstheorie auch soziokulturellen Wandel und neue Ordnungen stiftende Innovationsleistung führender Politiker, Unternehmer und Geistes-schaffender in Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur jene Rolle übernehmen, die in traditionellen Gesellschaften charismatische Persönlichkeiten wie die jüdischen Propheten in der Antike und die protestantischen Prediger der Reformationsbewegung zu Beginn

17 Max Weber: Wissenschaft als Beruf, in: WL, S. 594 (Zitat) und passim.

18 Insbesondere in den politischen Schriften nach 1914, vgl. MWG I, 15: Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918, hrsg. v. W. J. Mommsen im Zusammenarbeit mit G. Hübing, Tübingen 1984; MWG I, 16: Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918-1920, hrsg. v. W. J. Mommsen u. W. Schwentker, Tübingen 1988.

19 Vgl. Max Weber: Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik, in: WL, S. 215ff., 266ff.

der Neuzeit ausgeübt hatten: Das Charisma Einzelner und die Veralltäglichere der von ihnen gesetzten neuen Werte durch Massenhandeln bewirken Revolutionen, sozialen Wandel und die Ausprägung sozialer Ordnungen. Auch hier wird mit der leitenden Hinsicht der individuellen Freiheit und Kreativität der führenden Eliten von Wirtschaft, Politik und geistig-kulturellem Leben der Kulturwertbezug Webers deutlich. Andererseits treten jedoch ebenso klar die sozialen und politischen Inhalte hervor, die das Erkenntnisinteresse und politische Engagement leiten.

Resümieren wir abschließend die vielschichtigen Zusammenhänge von Zeitkontext, Leben und Forschungsperspektiven, so wird sehr deutlich, daß sich Weber nur schwer bestimmten Traditionen zuordnen läßt. Trotz der zweifellos großen Bedeutung des Neukantianismus ist sein Gesamtwerk das Ergebnis von unterschiedlichen Schüben kritischer Auseinandersetzung gleichermaßen mit Historismus, Positivismus und Marxismus. Schon die ausgeprägte Inter- und Transdisziplinarität seiner Forschungsrichtungen an den Grenzen herkömmlicher Fächer wie Nationalökonomie, Rechtswissenschaft, Geschichte und Religionswissenschaft und besonders seiner »verstehenden Soziologie« verweist auf den komplexen Zusammenhang sozialökonomischer, politischer und kultureller Sichtweisen. Einen bestimmenden Grund- und Primärbereich gibt es bei Weber ebensowenig wie eine Grundlagenwissenschaft von der Geschichte (Psychologie, Ökonomie, Biologie u.a.). Aspekte, Ansätze und Theorieannahmen sind für ihn multidimensional und niemals unter der Prämisse anzuwenden, daß einer von ihnen dominieren könnte.²⁰ Wenn sich Weber gleich weit entfernt von idealistischen und materialistischen Lösungen²¹ sieht, so drückt das die Offenheit seines Konzepts für beide Seiten, auch die von ihm hochgeschätzten Theorien von Marx aus, wenn sie als plurale Methoden und Idealtypen und nicht als Deduktion aus der »Sache selbst« angesehen werden, die er grundsätzlich als »Naturalismus« verwirft.²² Webers Konzept kann insgesamt als Ansatz einer komplexen historisch-soziokulturellen Wissenschaft vom Menschen charakterisiert werden, die keineswegs in einer Überdisziplin Kulturanthropologie aufgeht, aber die Antinomien von Kulturwerten und Gesellschaftserkenntnis in der »bürgerlichen Modernisierungskrise«²³ um 1900 in ihrer Ambivalenz zeigt.

Weber war sich dieser Antinomien in aller Schärfe bewußt. Seine wissenschaftstheoretische und methodologische Position ist m.E. dadurch so rezeptionsmächtig, daß sie vordergründige Auswege zu neuen säkularen Gewißheiten rigoros ablehnt und den Widerspruch von Werten und Wissen, Norm und Erkenntnis unauflöslich stehen läßt – ganz analog zu seinen Realperspektiven, die offen lassen, ob die innovative Erneuerung der bürgerlichen Gesellschaft gelingt oder ganz neue Götter in das Gehäuse, d.h. die einmal gewordene moderne Zivilisation, einziehen, oder ob diese zu einem endzeitlichen Zustand der Geschichtslosigkeit bürokratisierter Fachmenschen erstarrt.²⁴

Was nun den Zusammenhang von Wissenschaft, Politik und realer Gesellschaftsgestaltung betrifft, so sind Webers konkrete Vorschläge zwar inzwischen durch die Entwicklungen des

20 Vgl. Weber: Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, WL, bes. S. 161ff.

21 Max Weber: PE I, S. 190.

22 Max Weber: Objektivität, in: WL, S. 186.

23 Vgl. F. Jäger: Bürgerliche Modernisierungskrise und historische Sinnbildung, Göttingen 1994, S. 192ff., 231ff. (allerdings mit ausschließlicher Konzentration auf das »kulturwissenschaftliche Paradigma«).

24 Max Weber: PE I, S. 189ff.

20. Jahrhunderts überholt. Das betrifft besonders die Aus- und Rückwirkungen jener globalen Ausdehnung des okzidentalen Kapitalismus und Rationalismus, deren Ursachen er in seinem groß angelegten Religions- und Kulturvergleich mit dem Blick von Europa und Nordamerika aus zu ergründen suchte, aber auch die Umstrukturierungen des Kapitalismus in seinen Zentren, die gerade auf dem Wege weiterer Konzentration erfolgten.

Aktuell aber bleibt sein Ansatz alternativen Denkens in drei Hinsichten seiner Diagnose und Prognose der modernen rational-kapitalistischen Entwicklung: *Erstens* als Wege der Innovation und des Wandels durch Belebung ursprünglicher (liberaler) Werte des »rationalen Betriebskapitalismus«; *Zweitens* als Möglichkeiten von Gegenentwicklungen des Sozialismus oder der zentralisierten Staatswirtschaft mit dem Risiko der unkontrollierten Steigerung von Bürokratie und technisierter Verfremdung menschlicher Individualität; *Drittens* als offene Varianten des Einzugs ganz neuer Normen- und Wertsysteme in das von der Moderne geschaffene »Gehäuse«, teilweise mit kulturpessimistischen Diagnosen, die an die Thesen der Posthistoire und des Ende der Geschichte erinnern und außerdem durch das Aufkommen fundamentalistischer Gegenbewegungen zur westlichen Kultur- und Gesellschaftsentwicklung aktualisiert werden.

Auch Webers Perspektiven praktischer Entwicklung sind somit von der gleichen Ambivalenz gekennzeichnet wie seine wissenschaftstheoretischen und -methodologischen Auffassungen. Auch hierin verbindet er die unaufgelösten Widersprüche der klassischen Moderne mit Problemen, die der Postmoderne-Diskussion eigen sind.

ERNST WURL

Die politische Utopie bei Fritz Behrens

Der Zugriff auf die utopische Dimension des Marxismus in »Abschied von der sozialen Utopie« bot Fritz Behrens den bestimmenden theoretischen Ansatz für die Kritik des Staatssozialismus als eines Nichtsozialismus, als einer neben der kapitalistischen zweiten Variante des Staatsmonopolismus. Er verband dies mit einer Kritik an geschichtstheoretischen »ambivalenten« Basisthesen von Karl Marx und Friedrich Engels und dem Bemühen um eine erneuerte Hinwendung zum Marxismus. Sie setzte für ihn freilich voraus, mit dem Leninismus zu brechen und den Stalinismus als »imperialistische Ideologie« und Rückfall noch hinter die Barbarei zu ächten. Von da aus formulierte er Leitgedanken eines alternativen Gesellschaftsmodells und eines Sozialismus, der demokratisch oder eben keiner wäre.¹

In die korrigierende Rekonstruktion des originären Marxismus, wissenschaftlich wie politisch in abweichender Exegese der »Klassiker des Marxismus-Leninismus« und konträr zu dem in der DDR und anderen staatssozialistischen Ländern gültigen Kanon, griff er mit Mut und in wissenschaftlicher Redlichkeit auf die sozialistische Utopie zurück, weil sie ein Kontrastmodell zum »realen Sozialismus« präsentierte und ihre marxistische Revitalisierung den Blick über diesen hinaus auf die Kernwerte der sozialistischen Idee lenken konnte. Wie bekannt, galt die Utopie in der Orthodoxie der SED – ebenso in der politischen Führung der DKP² – als durch den Marxismus historisch erledigt für den Sozialismus und obsolet bourgeois vergeben; allenfalls mochte sie noch ein nützliches Instrument im »antiimperialistischen Kampf« nichtmarxistischer Kräfte sein oder in ihren klassischen Gestalten dem individuellen literarischen Ergötzen dienen. Fritz Behrens hingegen sprach in unbekümmerter »Ketzerei« dem Marxismus das Merkmal »Utopie« schlicht zu, ja warf die Frage auf, ob man ihm denn überhaupt das Attribut einer »konkreten«, nicht einmal nur einer »abstrakten« zuerkennen könne, sondern schlicht von »Illusion« sprechen müsse. Ein schärferer Kontrast zur amtlichen Sichtweise war zu jener Zeit kaum vorstellbar. Aus diesem Problemfeld sollen, in verengter und teils verkürzender Sicht, zwei Aspekte problematisiert werden, die Umfeld, Implikationen und Nutzen seiner Haltung zum Utopieproblem umreißen, wie er sie als ein Fazit seines Denkens hinterlassen hat: Quellen und Begriff der Utopieauffassung Fritz Behrens³ sowie seine demgemäße Interpretation der Anschauungen von Karl Marx und Friedrich Engels mit einigen Ableitungen daraus.

Ernst Wurl – Jg. 1933,
Historiker und Politikwissen-
schaftler, Dr. sc. phil.,
Leipzig.

Dieser Beitrag wurde auf
dem Fritz-Behrens-Kolloqui-
um am 9. November 1996
in Leipzig gehalten. Siehe
dazu auch UTOPIE kreativ
Heft 76 (Februar) 1997.

Als Fritz Behrens in den siebziger Jahren in seinen »geheimen« Aufzeichnungen das Thema Utopie und Marxismus gründlich überdachte, hatte er sich bereits im zweiten Band seines »Grundrisses der Geschichte der Politischen Ökonomie« fast zeitgleich »öffentlich« relativ eingehend mit dem Utopieproblem befaßt.³ Schon in diesem Werk fiel auf, daß er sich bei der Skizzierung seines Utopiebegriffes auf den verfeimten Ernst Bloch berief, die mit den utopischen Sozialisten gemeinsamen Grundziele – wie herrschaftsfreie Gesellschaft – und die Spanne des Sozialismus zwischen Anarchokommunismus und »staatlichem Sozialismus« als »Ertrag utopischer Vorwegnahme« aus dem 19. Jahrhundert ins Feld führte: Elemente, die dem zeitüblichen Bild in der DDR nicht kongruent waren. Insgesamt überwog allerdings für eine Publikation jener Zeit begrifflicherweise noch die Einpassung in die vorgegebenen Sichtweisen. Fritz Behrens war mit wichtigen, in einem engeren Zusammenhang mit der strikt sozialistischen Utopie stehenden Quellen, namentlich den utopischen Sozialisten, wohlvertraut, doch die Utopieforschung seiner Zeit zog er nicht zu Rate. Das mag man in diesem Falle, wo es um die Geschichte der Politischen Ökonomie ging, auch nicht anfordern, zumal es ihm in der Öffentlichkeit unnütze Komplikationen einbringen konnte, denn er hätte sich weit hervorwagen müssen, wollte er sie nicht ausschließlich als Objekt der »Auseinandersetzung« abtun und so seinem eigenen Anliegen untreu werden. Doch in seinen internen Aufzeichnungen, wo solche Reservate sich erübrigten, wies er sich ebenfalls nicht als expliziter Kenner der Utopieforschung aus, und er schrieb selbstredend nicht zu ihrem Zwecke – er überdachte das Problem der sozialistischen Utopie begrifflicherweise instrumental, sein Blick richtete sich darauf, sein Gegenkonzept zum als sozialistisch deklarierten Gesellschaftsmodell theoretisch zu fundieren. Doch da er darauf verzichtete, den Stand der Utopieforschung in den siebziger Jahren einzuarbeiten, entgingen ihm natürlich beträchtliche Möglichkeiten einer Anreicherung und Vergewisserung seiner Erwägungen namentlich aus der sozialwissenschaftlichen Disziplin heraus. Denn viele Aspekte, denen Fritz Behrens sich zuwandte, waren dort diskutiert worden: der vielschichtige Begriff der Utopie, ihr Platz wie ihre soziale und politische Rolle, ihre Typologie, die Beziehung zwischen Utopie und Marxismus und Sozialismus usw. usf.

Im engeren Sinne stützt sich Fritz Behrens aus der zeitgenössischen Literatur zur Utopieforschung nur auf drei Autoren: Ernst Bloch, Leszek Kolakowski und Robert Spaemann – also auf zwei Kritiker des »Realsozialismus« als Zeugen und einen nichtmarxistischen Sozialphilosophen, der als Kritiker der Utopie einen Namen hat.⁴ Was sich auf den ersten Blick als Defizit darstellt, offenbart auf einen zweiten, daß Fritz Behrens von einem unorthodoxen, kritisch-marxistischen, nicht von einem marxistisch-leninistischen Theorieboden ausging. Interpretationen und (Ab-)Wertungen der Utopie im Sinne des letzteren erwähnte er nicht einmal, und so entzog er sich der Tortur, das Geknäuel im marxistisch-leninistischen Lager um die Utopie zu entwirren. Sicher war dies für ihn auch deshalb praktikabel, um nicht schwierigen generellen

1 Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Hg. v. Hannamaria Loschinski, Friedrich Behrens, Uwe Behrens und Kristin Wanke. Berlin 1992. Dieser Band gilt für die folgenden Ausführungen als maßgebende Quelle, da es sich um die letzten Überlegungen des Autors handelt. Allerdings besteht er aus einer Reihe von Aufsätzen, die mit einander zwar verflochten sind und verbindenden Grundgedanken folgen, aber nicht abschließend noch auf einander abgestimmt werden konnten. Da sie vermutlich im Laufe etwa eines Jahrzehnts entstanden, weisen sie Wiederholungen sowie widersprüchliche Aussagen auf. Im letzteren Falle halte ich mich an die »konsequentesten«, die zudem auch die späteren zu sein scheinen.

2 Vgl. die »Gesprächsrunde« beim Parteivorstand der DKP 1984, in: Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 23(1985)1. S. 85ff.

3 Fritz Behrens: Grundriß der Geschichte der Politischen Ökonomie, Bd. 2: Die Marxsche Politische Ökonomie, Berlin 1976. – Er selbst notierte in einem fiktiven Selbstinterview im Frühjahr 1980 als »Angelpunkt meines Grundrisses [...] im Band II die Abschnitte 2.4 und 7.7« – ausdrücklich also diejenigen, die sich auf die Grundgedanken der Marxschen Sozialismusauffassung bezogen, und diese ist für ihn auch das Zentrum seiner Utopieanalyse. – Zitiert nach Helmut Steiner: Notizen zu einer »Gesellschaftsbiographie« des Fritz Behrens (1909-1980), Leipzig 1996, S. 28.

4 Spuren des Einflusses Karl Wittfogels, wie von Helmut Steiner in anderem Zusammenhang angemerkt, treten ebenfalls in der Bearbeitung des Utopiethemas bei F. Behrens auf, ohne daß er sich in diesem Kontext direkt darauf bezieht. – Vgl. Helmut Steiner: Fritz Behrens. Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus. In: Deutschland Archiv, Köln, 25(1992)11, S. 1167.

5 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, Bd. 2, Frankfurt am Main 1990, S. 558; Ernst Bloch: Abschied von der Utopie? Vorträge. Herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hanna Gekle, Frankfurt am Main 1980, S. 61. – Die sorgfältigste Untersuchung in der DDR zu Ernst Bloch legte zuletzt Marion Kunze vor: Der Utopismus der Blochschen Philosophie. Beitrag zur Auseinandersetzung unter besonderer Berücksichtigung der Wirkung Ernst Blochs auf das radikal-demokratische Alternativen denken in der BRD, Dissertation, Berlin 1987.

6 Leszek Kolakowski: Der Mensch ohne Alternative. Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein. München 1961 [und andere Aufl.], S. 145.

7 Vgl. dazu F. Behrens (Anm. 1). S. 31 und S. 236; Robert Spaemann: Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politischer Philosophie, Stuttgart 1977, S. VII–XI.

Theoriefragen in der Utopieforschung nachgehen zu müssen, wodurch er von seinem Anliegen abgelenkt worden wäre.

Die Berufung auf seinen Freund, den in der DDR exkommunizierten Ernst Bloch, lag insofern nahe, als dieser versucht hatte, die Utopie für den Marxismus zu retten und letzteren für die Kreativität utopischen Nachsinnens wieder aufzusprengen. Der Philosoph bot seine Interpretation des Marxismus-Leninismus bekanntlich als »konkrete Utopie« an, die eben den durch Karl Marx »konkret berichtigten« Zukunftsentwurf und den »wirklich begriffenen Fahrplan einer fälligen Tendenz« darstelle. Die »konkrete« Utopie bedeutete für Bloch nicht mehr und nicht weniger als das Projekt eines gesetzmäßigen Geschichtsverlaufs. Jede Form der aus der Not einer Gegenwart geborenen Sehnsucht nach einer gerechteren Welt, der »Marsch der menschlichen Sehnsucht« mit freiem Raum für Phantastik, gilt als Utopie – der Tagtraum, Mythen, Märchen, Visionen, Leitbilder und Gesellschaftsentwürfe. Der Raum der Utopie, schrieb Ernst Bloch, »besteht sozusagen leer und läßt Platz für Göttervorstellungen.«⁵ Fritz Behrens griff den Blochschen Utopiebegriff auf, eignete sich dessen – umstrittene – Weite an, verlieh ihm aber letztlich einen anderen Sinn.

Der Anschluß an Leszek Kolakowskis Utopiebegriff ergab sich folgerichtig, weil auch dieser dem Denken Blochs nahe stand, doch ebenfalls, weil er die soziale Komponente des Utopischen favorisierte. Utopie galt Kolakowski als das »mystifizierte Bewußtsein der tatsächlichen geschichtlichen Tendenz«, das einer sozialen Bewegung entspricht, die auf radikale Veränderungen der menschlichen Gesellschaft« hinzielt und ihr »den Sinn einer Realisierung eines Ideals verleiht, das in der reinen Sphäre des Geistes entsteht und nicht aus der gegenwärtigen geschichtlichen Erfahrung.«⁶

Besonders interessant ist der Bezug auf Robert Spaemann, der gerade erst mit einer entschiedenen Kritik an der Sozialutopie und an einem ungebremsten Fortschrittsglauben hervorgetreten war. Fritz Behrens erwähnt ihn nur am Rande, zum einen zustimmend zu den möglicherweise despotischen Konsequenzen aus der Konstituierung eines »gemeinsamen Interesses« in einer utopischen Gesellschaft, weil dies die Beseitigung des Antagonismus in der Gesellschaft voraussetze. Aus dessen Argumenten gegen die emanzipatorische Idee in der Utopie leitet er wichtige Impulse für die Skizzierung der eigenen kritischen Sicht auf utopische Elemente im Marxismus – wie Überflußgesellschaft und Herrschaftsfreiheit – ab. Zum anderen kritisierte er ihn, weil er ihm nicht entschieden genug Marxens vorrangig gesellschaftliche Determination des Menschen attackierte.⁷ Robert Spaemann zu erwähnen diente somit nicht einmal der expliziten Abgrenzung zu erklärten Nichtmarxisten.

Der aus solchen Quellen gespeiste Hintergrund des Behrenschen Utopiebegriffes präsentiert sich vorerst mit der Bejahung des Marxismus als Utopie in einer Fusion von Weite und Enge, von Allgemein-Utopischem – Idealen, Werten, Sehnsüchten, Zukunftsträumen – und utopischem Gesellschaftsmodell. Aus den genannten Wurzeln lassen sich für Fritz Behrens' Blickweise auf das Utopische fünf allgemeine Ansatzpunkte ableiten:

Zum einen bekennt er sich zur Permanenz des Utopismus im Menschen – Marx und Engels wären eben nicht die »letzten« Utopisten gewesen. Fritz Behrens benutzt »Utopie« zunächst vorwiegend universell, nicht näher ausdifferenziert, als allgemeines anthropologisches Phänomen, und insoweit hebt er sich von jedem Zweifler an ihrer fundamentalen Daseinsberechtigung ab. In solcher Bestimmung folgt er den Worten Leszek Kolakowskis – die auch in der Denklinie Ernst Blochs stehen: Utopie sei alles »das, was jetzt unmöglich ist, [und] nur dann überhaupt möglich werden kann, wenn es zu einer Zeit verkündet wird, da es noch als unmöglich gilt«⁸. Ein gesellschaftsstrategischer Ansatz für gegenwartsüberwindende kritische Projektionen ohne Anspruch auf unverzügliche Praktikabilität deutet sich damit an, eher sperrangelweit als eng begrenzt. Doch die Bedingung des zitierten Leszek Kolakowski, Grundlage für die Formulierung einer Utopie sei die Kenntnis der historischen Tendenz, ist zugleich doppelt fragwürdig: in einer schier unbegreiflichen Reduktion des »wahren« Begriffs der Utopie, die ihn mit einem Geschichtsdeterminismus verschmelzen will, und in seiner Unvereinbarkeit mit der Geschichte der Utopie: Kannte Platon die »Tendenz«? Und wurde historisch nicht allzu oft das nie »Verkündete« wahr? Ihm wird Fritz Behrens letztlich mit seiner Geschichtsauffassung widersprechen.

Zum zweiten deklariert Fritz Behrens die Utopie als »Ideologie politisch unterdrückter und ökonomisch ausgebeuteter Klassen«.⁹ Unbestreitbar ist dies eine Funktion im Utopischen, aber in dem genannten weit gefaßten Sinne und im Geiste Blochs, der die Utopie in allen Feldern menschlicher Daseinsweise wahrnahm, ist sie nicht nur dies, sondern ebenso individuelles und abseits eines Klassenkampfes schwebendes (wenngleich soziales) Phänomen. Ein Terminus wie Klassenideologie wird aus der Begrenzung heraus in seiner Doppelgesichtigkeit als spontan entstehendes Bewußtsein sozialer Gruppen von ihren Bedürfnissen und Zielen und als Außenerzeugnis der »Spezialisten«, der »Ideologen«, möglich. Von solcher »Möglichkeit« zu sprechen folgt bei Fritz Behrens daraus, daß er Utopie auch als Erinnerung an Gewesenes ansieht und so zu Recht die Romantik als eine Quelle utopischen Fühlens im 19. Jahrhundert anführen und auf den potentiell reaktionären Charakter von Utopien verweisen kann. Die Verknüpfung mit der Ideologie ergibt freilich nur dann einen Sinn, wenn man Utopie ausschließlich als »sozial« bzw. »politisch« bewertet, alle anderen, seien es künstlerische, architektonische oder technische ausschließt – so also wird der Begriff an dieser Stelle wieder eng und verleitet Fritz Behrens zur Widersprüchlichkeit in seinen Aussagen.

Die Konsequenz aus diesem Ansatz schließt sich drittens logisch an: die Zentrierung der Utopiegeschichte auf die sozialistische Utopie. Fritz Behrens läßt sie mit Platon beginnen und bezieht sich insbesondere auf das 19. Jahrhundert. In dieser Sicht wird die Utopie von Grund auf an die Idee eines Idealstaates mit Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit gebunden und werden diese Werte für Sozialismus beansprucht.¹⁰ Für Behrens avanciert das Ideal der individuellen Freiheit zum Nonplusultra eines humanistischen Gesellschaftsmodells, es ist ihm ein absoluter Wert.

8 F. Behrens (Anm. 1), S. 39f.

9 Man meint, in den folgenden Worten Ernst Bloch zu hören: »Sie ist ein Traum, ein Wachtraum, der mögliche, wenn auch nicht notwendige gesellschaftliche Zustände vorwegnimmt.« Ebenda. S.15.

10 Vgl. seine Darstellung in dem Aufsatz »Zur Geschichte des sozialistischen Gedankens und der politischen Ökonomie« in: F. Behrens (Anm. 1), S. 18-23. An dieser Stelle stützt er sich auf seinen »Grundriß ...« (Anm. 8, Kap. 1. S. 19ff.).

Schließlich ist viertens die von Fritz Behrens gewählte Systematik der Utopien nach politischem Typus bemerkenswert. Er unterscheidet »staatssozialistische« (Typ Platon), »demokratische sozialistische« (Thomas Morus) und »obrigkeitlich bürokratische« (Campanella) Utopien. Hier findet sich vielleicht der Anflug einer »neuen Sichtweise auf die klassischen Utopieentwürfe«¹¹, obschon ein Blick auf die Literatur nicht erlaubt, ihr Originalität zuzusprechen. Bedeutsam bleibt diese Differenzierung dennoch, insbesondere ermöglicht sie Fritz Behrens, nicht nur einer Glorifizierung der Utopie in toto, sondern vorzugsweise der pauschalen Totalitarismusverdächtigung der Utopie durch konservative Vereinfacher in der Utopieforschung entgegenzuwirken.¹² Die beiden letztgenannten Typen der Utopie gelten Fritz Behrens als die »Quelle kommunistischer Vorstellungen und Gedanken«, in denen die Möglichkeit sowohl eines despotischen wie eines demokratischen Sozialismus angelegt sei.¹³

Es ist zum letzten diese von ihm prononcierte Polarität von Despotismus und Anarchie, die seine Sicht auf die beschworene sozialistische Utopie prägt, in der er das bestimmende Spannungsfeld und im besonderen die potentielle Praxis nunmehr ansiedelt. Hier schlummern für ihn die Möglichkeiten wie Gefahren, all die Ungewißheiten des Ausgangs des utopischen Unternehmens, die komplizierteste Materie der möglichen sozialistischen Gesellschaft. Ihre jeweilige Ausprägung sieht er als eine »Bewegung zwischen zwei Extremen, wie sie Immanuel Kant bereits [...] formulierte [...] um die »zwei Angeln« von »Freiheit und Gesetz« [...]«¹⁴

Alle diese Aspekte verbindet Fritz Behrens mit einer eher strukturell-formalen praxisbezogenen Differenzierung im Utopiebegriff, die sich für seine Gesamtsicht allerdings als folgenreich herausstellt: Er hebt voneinander die »konkrete« und die »abstrakte« Utopie ab – von Ernst Bloch entlehnt – und beide von der »Illusion«. Doch scheint fragwürdig, die Illusion als Wunschdenken von der Utopie in dem weiten Sinne, wie sie Fritz Behrens handhabt, abzusondern, denn ein gravierendes Kriterium ist nicht zu erkennen – vom alltagssprachlichen Gebrauch ganz abgesehen. Mit seinem Verständnis von abstrakter Utopie – nach Bloch das gedankliche Überschreiten des Horizonts des real Möglichen, also ein wirklichkeitsfremder Traum ohne Voraussetzungen, überlappt sich »Illusion« jedenfalls. Mit der »konkreten Utopie« greift er andererseits den von Ernst Bloch formulierten Begriff in einem Verständnis auf, das dem seines Schöpfers nicht völlig identisch ist: Er löst ihn von der Blochschen Bindung an die erkannte Gesetzmäßigkeit des Geschichtsverlaufs. Von einer solchen Geschichtsauffassung trennt sich Fritz Behrens letztlich, trotz mancher vager anderen Wendungen: »[...] es gibt kein historisches Gesetz, das den Ablauf der Geschichte bestimmt, und was sie bestimmte, waren Zufälligkeiten und Irrtümer [...]«,¹⁵ verwirft eine solche Auffassung Marxens; auch der Sozialismus stelle nur eine Möglichkeit, nicht eine historische Notwendigkeit als Nachfolger des Kapitalismus dar. Fritz Behrens sieht die konkrete Utopie in den historisch gegebenen Voraussetzungen und einer daraus ableitbaren Möglichkeit, ein bestimmtes, den Kapitalismus ersetzendes Gesellschaftsmodell zu

11 So H. Steiner (Anm. 10), S. 1167.

12 Im Gefolge Joachim Fests (Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991) steht dafür heute insbesondere Helmut Jenkis: Sozialutopien – barbarische Glücksverheißungen? Zur Geistesgeschichte der Idee von der vollkommenen Gesellschaft, Berlin 1992. – Namentlich Richard Saage hat sich wiederholt gegen Versuche ausgesprochen, die Geschichte der Utopien ausschließlich als die geschlossener Systeme, von Vorbildern totalitärer Herrschaft zu mißdeuten und die demokratischen oder herrschaftsfreien Utopien zu ignorieren. – Vgl. exemplarisch dessen instruktive Analyse: Utopieforschung. Eine Bilanz, Darmstadt 1997. Es handelt sich um die erweiterte Fassung einer Aufsatzreihe »Zum Stand der sozialwissenschaftlichen Utopieforschung in der Bundesrepublik« in der Zeitschrift Neue Politische Literatur in den Jahren 1993–1995.

13 Vgl. dazu F. Behrens (Anm. 1), S. 18ff.

14 Ebenda. S. 14.

15 F. Behrens (Anm. 1), S. 243. Nur an einer Stelle, als er die bekannte Passage aus dem Kommunistischen Manifest über die Einsicht in den Gang der Geschichte zitiert und dies auf den

etablieren – ohne die Gewißheit auf Erfolg. So stellt er sie als Leitidee in einem bestimmten Handlungsrahmen vor – und auch dies war nicht zwingend die Blochsche Intention, denn dieser sah seine konkrete Utopie eben nicht als das heute Machbare, sondern als das auf dem Boden der erkannten Tendenz phantasievoll zu erfindende, in der Ferne liegende neue Totum an.¹⁶

Der seit der mit Ernst Blochs »Geist der Utopie« (1919/1923) und Karl Mannheims »Ideologie und Utopie« (1927/28) neu genährte Streit um den Utopiebegriff lebt in solchen Mißstimmigkeiten fort und schürt auch in diesem Falle immer aufs neue Komplikationen im Umgang mit der Kategorie. Zwischen utopischem Bewußtsein als einer Intention und daraus eventuell entsprossenen Modellen einer anderen Gesellschaft, die denkbar, schon weniger zum gegebenen Zeitpunkt vorstellbar, gar nicht aber in der Gegenwart realisierbar sind, bestehen eben theoretisch und politisch-praktisch erhebliche Unterschiede, und nicht minder darin, ob man »konkrete Utopie« als das heute Machbare oder gegenwärtig nicht Ausführbare ansieht. Kurzum: Mit dem Begriff der »konkreten Utopie« waren unvermeidlich Inkonsistenzen in der Sichtweise unseres Autors gesetzt.

Fritz Behrens ortet den Marxismus in der Kontinuität der sozialistische Utopie, die für ihn ja die Geschichte des utopischen Denkens schlechthin ist, als deren wahren Erben. Die Vision Marxens und Engels' von der Assoziation freier Menschen bestimmt er als Ausgangspunkt, aber ebenso erkennt er darin, daß sie so auch alle Probleme der Utopie übernommen hätten. Und so wirft er auch die ihm am stärksten bewegende Frage auf, ob sie denn überhaupt »noch Utopie – konkrete, nicht nur abstrakte Utopie« sei, wenn darin Herrschaftsfreiheit ohne Herrschaft als Ziel erstrebt werde.¹⁷

Worin also sieht Fritz Behrens den Utopismus bei Karl Marx und Friedrich Engels?

Er nimmt ihn in Zügen wahr, die in der gängigen Literatur in dieser oder jenen Variante seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts anzutreffen sind, sei es in der Wertung als wissenschaftlich verbrämte Utopie oder in Kategorien wie säkularisierte Religion, Heils- und Erlösungslehre, Messianismus oder Chiliasmus.¹⁸ In der rationalen, dem Marxismus verbundenen Analyse Fritz Behrens' sind solche pejorativ gewollten Aspekte jedoch zunächst positiv besetzt. Für ihn ist der Marxismus »weltliche Theodizee und Eschatologie«, »Essenz europäischer Tradition griechischer Mythologie, christlicher Theologie und idealistischer Philosophie«.¹⁹ Die primären utopischen Intentionen von Karl Marx und Friedrich Engels erkennt er, gedrängt zusammengefaßt, in drei Leitmotiven eines dauerhaften Menschheitsdiskurses aus diesen Wurzeln:

übergreifend in der Vision der klassenlosen Gesellschaft, in der Verheißung, daß »eine perfekte Gesellschaft möglich ist, in der jeder aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsender Antagonismus überwunden werden kann«; in der Zentrierung auf das Ideal der realen menschlichen Emanzipation jenseits der banalen Wendung von Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit, indem die Entfremdung des Menschen überwunden und seine völlige Identität mit der für ihn transparent

Marxismus bezieht, könnte man ein Bekenntnis zur Gesetzmäßigkeit herauslesen, ansonsten dominiert die Sicht von Zufälligkeit und Möglichkeit des Geschichtsverlaufs. – Vgl. zu seiner Sicht u. a. ebenda. S. 214, dagegen aber S. 192ff., 225 und 257.

16 Charakteristisch für die nicht völlig konsistente Sichtweise ist die Zusammenfassung im letzten Aufsatz: »Marxismus ist wie, wie Bloch [...] schrieb, nicht eine Utopie, sondern ›konkrete Utopie‹. Konkrete Utopie aber ist eine Möglichkeit, weil die Bedingungen vorhanden sind, sie zu verwirklichen. Fehlen diese, dann ist die Utopie eine abstrakte.« – Ebenda, S. 234, S. 257, ferner S. 107. – Vgl. Ernst Bloch: Abschied von der Utopie? Vorträge, Frankfurt am Main 1980, S. 110–112.

17 Vgl. F. Behrens (Anm. 1). S. 11 und 39f.

18 Ich verweise unter den seriösen Darstellungen neben der Melvin Laskys exemplarisch auf Richard Kilminster: Zur Utopie-diskussion aus soziologischer Sicht, in: Wilhelm Voßkamp (Hg.): Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien, Bd. 1, Frankfurt am Main 1985, S. 77ff.; vgl. auch Ildefons Vanderheyden: Ist der »wissenschaftliche Sozialismus« eine Utopie? In: Franziskanische Studien, Werl, 67(1985)1-2, S. 145-165.

19 Vgl. dazu und zum folgenden F. Behrens (Anm. 1), S. 27f., 30f., 40, 43ff., 45, 53.

gewordenen Gesellschaft hergestellt, das Wesen des Menschen konstituiert wird; im »herrschaftslosen Anarchokommunismus« von Marx und Engels als »Endziel der revolutionären Bewegung«, als »Quintessenz des sozialistischen Gedankens, wie er im Marxismus weiterlebt«, die Erwartung einer Gesellschaft, »die keiner Gesetze als eines Zwangs- und Kontrollsystems« bedürfe. Beschwörend fügt er hinzu: »Marx und Engels waren keine Staatssozialisten. Ihr Endziel deckte sich mit dem Anarchismus.« Insbesondere diese Revitalisierung des »anarchistischen Diskurses« setzte Fritz Behrens in einen offenen Gegensatz zur seinerzeit gängigen Staatstheorie des Marxismus-Leninismus und zur Herrschaftsrealität staatssozialistischer Gesellschaften.

Doch aus der Einbettung der Auffassungen von Marx und Engels in den breiten Strom der Tradition, namentlich aus dem säkularisierten Anschluß an die Hegelsche Theodizee, leitet Fritz Behrens seine Kritik an der Vision der herrschaftsfreien Gesellschaft bei Marx und Engels her. Der Glaube an den stufenweise sich vollziehenden notwendigen historischen Prozeß erzeuge die Zuversicht einer zukünftigen perfekten Gesellschaft der Konfliktlosigkeit. Fritz Behrens erwartet realistisch keine Konfliktfreiheit: Marx begehe den Fehler, den Menschen nur ein als ein gesellschaftlich determiniertes Wesen anzusehen, aber er sei ebenso ein biologisches. Und wie solle denn, fragt er, der von Friedrich Engels beschworene »Gesamtwille und Gesamtplan« ohne Herrschaft auskommen? Bei Marx werde ja schließlich aus Herrschaft und Unterordnung die sachliche Verwaltung der Produktionsmittel – die doch durch Menschen mit Amt ausgeübt werden müsse. Fritz Behrens hält es für unmöglich, das Reich der Notwendigkeit, der Knappheit und Arbeit, ohne Herrschaft »relativieren« zu wollen – Herrschaftslosigkeit sei nicht Utopie, sondern Illusion, die Überflußgesellschaft schließt er ohnehin als blanke Illusion aus.²⁰

Es müssen wohl weniger die großen Ideen europäischer Geistesgeschichte, die im Marxismus fortwirkten, gewesen sein, die Fritz Behrens zu dem Ausruf bewogen, Karl Marx und Friedrich Engels wären Utopisten »von Rang« gewesen. Denn seine Kritik richtet sich gegen utopische Intentionen, die in der Tat als reale Möglichkeiten nicht beweisbar sind – was nach meiner Ansicht allerdings ein »normales«, konstitutives Element des Utopismus ist. Fritz Behrens liegt am Gestaltbaren, an einer Gesellschaft, die den Staatssozialismus überwindet. Hier vollzieht sich innerhalb der Behrensschen Argumentation der Übergang von der Utopie als Intention, der ungeformten Sehnsucht nach einer besseren Welt, zu einem utopischen Gesellschaftsmodell, für dessen Verwirklichung die Voraussetzungen existierten (man muß freilich hinzufügen, daß auch dies ein Denkresultat ist, dessen Richtigkeit sich erst nachträglich bestätigen kann). Er sieht dieses – und wiederum »zunächst« – bei Karl Marx und Friedrich Engels für gegeben, denn: Sie hätten »eine konkrete Vorstellung« vom Sozialismus gehabt, auch wenn sie diese nicht detailliert ausführten, sondern (nur) »einige Prinzipien« formulierten.²¹

Fritz Behrens weiß natürlich, daß beide es als Evolutionisten

20 Vgl. zu diesen Einwänden ebenda, S. 40, 103, 234, 255 passim.

21 Ebenda, S. 27.

stets abgelehnt haben, »Rezepte für die Garküche der Zukunft«, konkrete Formen künftiger Gesellschaftsorganisation, zu entwerfen.²² Wie problematisch das Erbe von »Prinzipien« ist, bekamen die Bolschewiki dann zu spüren. W. I. Lenin strich die Einstellung der Begründer des Marxismus in diesem Punkte zwar wiederholt gegen jeden Utopismus heraus, beklagte genau diese Erbschaft aber dann, als die Bolschewiki die Macht erobert hatten. Er hielt die Sozialismusvorstellung von Marx und Engels, im Unterschied zu Fritz Behrens an dieser Stelle, ganz und gar nicht für »konkret«, sondern meinte, sie hätten eben nur die »große Linie« des historischen Prozesses, nicht aber Tempo und konkrete Wege der Umgestaltung hinterlassen.²³ Doch Fritz Behrens' liegt nichts an unmittelbar praktischen Lösungen, wie sie die Bolschewiki schnellstens finden mußten, sondern eben doch nur an »utopischen« Ausgangspunkten neuer sozialistischer Gesellschaftsmodellierung und -strategie im Großen. Er findet sie bei Marx und Engels in den Schlüsselwörtern »Wiederherstellung einer ursprünglichen Einheit zwischen Produzenten und ihren Produktionsbedingungen«, Produzentenselbstverwaltung, reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel in genossenschaftlicher Form, überwölbt von der Kommune mit Räteverfassung und direkter Demokratie bis hin zu einer globalen »Föderation freier Kommunen«. Mit Bezug auf seine Kritik an Karl Marx' »Illusionen« meinte er, daß von den sozialistischen Intentionen dies als allein möglicher Kompromiß zwischen Freiheit und Gleichheit übrig bleibe.²⁴ Den historischen Platz einer solchen »pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft« relativierte Fritz Behrens: Sie sei noch keine sozialistische Gesellschaft, denn individuelle Freiheit werde beschränkt und Gleichheit abgestuft sein, aber – Leszek Kolakowski zitierend – sie würde zu einer lebensfähigen und den Menschen ein Leben ermöglichen Form sozialistischer Organisation werden. Von diesen Ansätzen her stellte Fritz Behrens letztlich »Grundzüge« eines Programms des Übergangs zu einem Sozialismus vor, der auf Demokratie in allen ihren Aspekten beruhe.²⁵

»Unbekümmert« ist es, wie eingangs gesagt, den Marxismus als »konkrete Utopie« einzuordnen und noch dazu zu deklarieren, man könne nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein,²⁶ vorrangig unter drei Gesichtspunkten.

Zum ersten schließt sich Fritz Behrens – ohne Bezug auf sie – der in wesentlichen Aspekten identischen Sichtweise der internationalen Utopieforschung und teils in der sozialistischen Bewegung seit dem Jahrhundertbeginn an, ohne die Argumentation der Engelschen Schrift von 1880/82 nachzuvollziehen. Das ist schon deshalb überraschend, als er sich die »konkrete« Utopie Ernst Blochs aneignet,²⁷ die Friedrich Engels' Konzept von der Kenntnis der Gesetzmäßigkeit der Geschichte als Grundlage folgt. Zum anderen ignoriert er faktisch Karl Marx' und Friedrich Engels' Selbstverständnis als Anti-Utopisten, nur am Rande und ohne argumentativen Belang scheint es auf.²⁸ Entschlüsselt für Fritz Behrens' Verfahren: Unser Autor beruft sich auf den Entwurf der Schrift, in dem Karl Marx die Übereinstimmung mit den Endzielen der utopischen Sozialisten akzentuiert, doch daß diese Sätze in der historisch gül-

22 So Friedrich Engels im Interview mit »Le Figaro« am 8. Mai 1893, in: MEW Bd. 22, Berlin 1963, S. 542.

23 Vgl. W. I. Lenin: Rede auf dem 1. Kongreß der Volkswirtschaftsräte. 26. Mai 1918, in: Ders.: Werke, Bd. 27, S. 406. – Vgl. F. Behrens (Anm. 1), S. 27.

24 Ders.: S. 15, 249, 54f., 29.

25 Ebenda, S. 248., 251f.

26 Ebenda, S. 243.

27 Vgl. ebenda, u. a. S. 17, 20, 27.

28 Vgl. dazu und zum folgenden Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation, in: MEW, Bd. 17, Berlin 1979, S. 313ff., 343, 491ff. (Entwürfe).

29 Vgl. F. Behrens (Anm. 1), S. 17, 100 und 108.

30 Karl Marx' Brief »An Friedrich Adolf Sorge. 19. Oktober 1877«, in: MEW Bd. 34. S. 303; W. I. Lenin: Zwei Utopien [1912], in: Ders.: Werke. Bd. 18. Berlin 1962. S. 347 und 151.

31 Für das Utopieproblem kann ein solcher Anwurf gewiß nicht gelten. Die Grundhaltung von Marx geht aus Äußerungen vom Februar 1848 ganz klar hervor: Der deutsche Kommunismus gründe sich auf die geschichtliche Entwicklung und sei daher der entschiedenste Gegner des Utopismus. – Vgl. Karl Marx: Der »Débat social« vom 6. Februar über die Association démocratique, in: MEW Bd. 4, S. 512. – Vgl. zu solchen Anwürfen etwa, Robert C. Tucker: Karl Marx. Die Entwicklung seines Denkens von der Philosophie zum Mythos, [1965] 2. überarb. Aufl. München 1973, S. 200; Bertram Wolfe: Marx und die Marxisten. 100 Jahre Theorie und Praxis einer Doktrin, [1965] 6. Teil: Probleme Utopias, Frankfurt am Main, Berlin 1968, S. 282.

32 F. Behrens (Anm. 1), S. 40.

33 Ebenda, S. 44.

34 Ebenda, S. 230.

tigen Endfassung fehlen, wird weder erklärt noch erwähnt. Zudem distanziert sich hier Marx ausdrücklich von der Ansicht, die Arbeiterklasse habe »Ideale« zu verwirklichen, und setzt an deren Stelle durchaus sinnreich die Freisetzung der bereits vorhandenen Elemente in der Gesellschaft. Erst in einem ganz anderen Zusammenhang erwähnt Fritz Behrens beiläufig, doch mit sofortiger Entgegensetzung und ohne nähere Erörterung, daß Karl Marx jede Utopie ablehnte. Den Unterschied zu den utopischen Sozialisten allein in den Mitteln zu sehen, läßt zudem den geschichtstheoretischen Boden Friedrich Engels' außer acht.²⁹ Auch, daß W. I. Lenin sich der Marxschen Auffassung anschloß, Utopien seien ein »reaktionäres Phantasiespiel über künftige Gesellschaften«, und deklarierte, »daß die Marxisten [...] allen Utopien feindlich gegenüberstehen«³⁰. Und schließlich diskutiert er das Verhältnis von Wissenschaft und Utopie in ihrem Schaffen nicht, obschon er beides mit einander verknüpft. So bleibt eine Lücke im eigenen Gedankengang, die um so spürbarer ist, als eine weit verbreitete nichtmarxistische These immerhin lautet: Das gesamte wissenschaftliche Werk Marxens hätte allein dem Zweck gedient, früh vorgefaßte politische Ziele nachträglich, »seriös verkleidet«, zu begründen, so daß es nichts anderes als post festum fabrizierte, theoretisch verbrämte Ideologie darstelle.³¹

Solche Einseitigkeiten und Leerstellen in der Bearbeitung des Problems deuten auf Brüche in Fritz Behrens' Utopiekonzept hin. Er nimmt sie in Kauf, um die utopischen Züge im Marxismus direkten Weges als Grundlage eines erneuerten sozialistischen Sozialismusmodells prononciert vorzubringen, und – überhöht sie gar zu »Utopisten [...] von Rang«³² oder spricht im übertragenen Sinne von Marx als dem »letzten Utopisten«, »wie Engels der erste Reformist war«³³. Später heißt es jedoch erheblich einschränkend, daß die »Marxsche Vision einer neuen Gesellschaft keine konkrete Utopie, wenn überhaupt Utopie, nur abstrakte und mit hoher Wahrscheinlichkeit nur eine Illusion war.«³⁴ Die Inkonsistenzen der eigenen Begrifflichkeit haben Fritz Behrens zu guter Letzt eingefangen!

Karl Marx und Friedrich Engels bewahrte ihre ökonomische und historische Theorie davor, »Utopisten von Rang« zu sein – und so entsprach es auch ihrem Wissenschafts- und Politikverständnis, das einen Geschichtsfatalismus und spekulative politische Strategie verbot – die wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Gesellschaft stand im Zentrum ihres Denkens. Die Prägung als Wissenschaftler hielt sie jedoch von utopischen Elementen in ihrem Denken nicht frei. In dem Maße, wie sie die Grenzen empirisch und theoretisch sicherer wissenschaftlicher Erkenntnis generalisierend überschritten und diese in einen unüberschaubaren Erwartungshorizont prolongierten, bildeten sich darin utopische Elemente heraus. Diese Intentionen waren jedoch weder durchgehend originär, noch in den Konkretionen den »klassischen« Utopien gleichwertig – sie blieben ungestaltete, relativ grob umrissene Leitgedanken. Das schließt die rare Wendung von der »Diktatur des Proletariates« nicht weniger ein als die etwas konkreteren Folgerungen aus der Pariser Kommune.

Fritz Behrens übersteigert also in seinem Urteil, wenn er nicht gar verwirrt. Ohnehin läßt sich fragen, ob er nicht besser in seine Klassifizierung des Utopiebegriffes Kategorien wie Futurologie und Prognose einbezogen hätte, da sie präzisere Möglichkeiten der Abgrenzung bieten würden.³⁵ Er selbst beschränkte sich darauf, aus dem originären Marxismus Elemente einer Sozialismusvariante herauszufiltern, die eine Alternative zu irreführenden theoretischen Ansätzen und politisch wie ideologisch verheerenden praktischen Fehlversuchen des von ihm erlebten staatssozialistischen Weges ergeben konnten. Utopisch blieben seine eigenen Überlegungen über die Konstitution einer Gesellschaft der Selbstverwaltung ebenfalls, insofern, als sie leitmotivisch formuliert waren und ihre Realisierbarkeit bestenfalls hypothetisch genannt werden könnte. Eine unmittelbare Operationalisierung der Utopie, eine handlungsorientierende Rolle in der politischen Praxis, nimmt er, zu Recht, faktisch nicht vor, wohl aber denkt er an eine Zielfunktion seiner ins Positive gewendeten Kritik am Staatssozialismus. Wenn er von »konkreter Utopie« als »Arbeitsaufgabe« spricht, meint er im Sinne Ernst Blochs³⁶ die stufenweise Verwirklichung der von ihm formulierten Leitgedanken als historischen Prozeß, dessen Ergebnisse im einzelnen offen bleiben, nicht deren direkte unentwegte »prinzipielle« Praktizierung. Als Tagespraxis hatte Bloch die konkrete Utopie eben nicht verstanden. Eine »Nah-Antizipation«, das heute Machbare, wäre keine »echte«, Zukunft, schreibt Ernst Bloch, weil es die Utopie »krauchend-evolutionistisch« mache. Die wahre sei die Fern-Antizipation, das »utopische Totum«, das »Himmelreich auf Erden.« Daß Fritz Behrens mit der Kategorie »konkrete Utopie« arbeitet, ist begreiflich und »verzeihlich«, in heutiger Erfahrung ist sie jedoch problematischer denn je: wegen der genannten unreflektierten Bindung an den »Fahrplan der Geschichte« und ihres seit langem von Ernst Bloch in wichtigen Aspekten abweichenden Gebrauchs im linken Spektrum, nämlich überwiegend als alternatives, durchaus machbares Projekt, wenn man es nur wolle.³⁷ Trotz seiner Kritik an der Geschichtstheorie Karl Marx' und Friedrich Engels' erkennt er darin die »Ambivalenz«, daß sie unbeschadet der »Gesetzmäßigkeit« dem subjektiven Handeln mit all seinen Zufallsergebnissen außerordentliche Tragweite beimaßen. In dieser Hinsicht deckte sich sein Verständnis der Geschichte als offener Resultante eines »unendlichen Kräfteparallelogramms«³⁸ alles in allem mit dem von Karl Marx und Friedrich Engels.³⁹ Beide akzeptierten G. W. F. Hegels Wort, daß in der Weltgeschichte aus dem Handeln der Menschen stets etwas anderes hervorgeht »als sie bezwecken und erreichen, als sie unmittelbar wissen und wollen; [... etwas,] das nicht in ihrem Bewußtsein und nicht in ihrer Absicht lag«⁴⁰. Dies vorausgesetzt, wird die Produktion von als solche deklarierten Gesellschaftsutopien in ihrer Deutung als realisierbare Projekte nicht nur begriffswidrig, sondern unübersehbar zum leichtfertigen Lotteriespiel – sei es im Kleinen als begrenzte lokale Vorhaben, wie im großen als »strategische« Ziele.

So modisch unter Linken der pauschale Utopiebegriff grassiert: Der »Rhodos« gesellschaftsverändernden Denkens befindet sich wahrhaftig nicht dort, wo aus abstrakten Prinzipien ein Sozialis-

35 Vgl. u. a. die Diskussion des Problems bei Georg Picht: *Prognose, Utopie, Planung*, 2. Aufl. Stuttgart 1967 (u.a. Aufl.).

36 Vgl. u. a. F. Behrens (Anm. 1), S. 39f., 107, 196ff, 227f.

37 E. Bloch (Anm. 13), S. 110-112. Vgl. dazu auch die anregende Diskussion der Vorstellungen Fritz Behrens' durch Gunther Kohlmey: *Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe*. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens, in: *Utopie kreativ*, Berlin (1992)21-22. S. 88-94.

38 Vgl. Friedrich Engels' bekannten Brief »An Joseph Bloch, 21. September 1890«, in: MEW, Bd. 37, S. 462ff.

39 Vgl. zur Geschichtsauffassung Fritz Behrens oben Anmerkung 15.

40 G. W. F. Hegel: *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, (Werke, Bd. 12), Frankfurt am Main 1992, S. 42f.

41 Vgl. Michael Benjamin: Ostdeutsche Identität und ihre sozialen Grundlagen. Gedanken über linke Politik, in: Marxistisches Forum, Berlin (1996), S. 22.

42 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 474.

43 Karl Marx: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons Philosophie des Elends, in: MEW, Bd. 4, S. 143.

44 Fritz Behrens (Anm. 1), S. 56f., 60.

45 Ebenda, S. 253.

46 Treffend beschreibt dies Harry Nick: »Sozialistische Politik ist für mich ohne Visionen nicht denkbar. Und sie haben durchaus praktische Bedeutung. Sie geben Kraft und sind eine der moralischen Stützen, Leitlinien für den Verhaltenskodex. Das muß m. E. nicht bedeuten, daß man den Fahrplan kennen muß, der zur praktischen Verwirklichung dieser Visionen führt. Der Satz von Ernst Bloch: ›Eine Vision ohne Fahrplan taugt nichts‹ gilt für mich nicht mehr. Ich habe eine kommunistische Vision, die so vage ist wie die Marxsche.«
Harry Nick: Sozialistisches Ziel und praktische Politik, in: Marxistisches Forum, Berlin (1996)10, S. 5.

musbild oder Gesellschaftsentwürfe konstruiert werden – man mag das selbstaufklärerisch ad infinitum betreiben. Ihm begegnen wir vielmehr an der Nahtstelle zu politischer Strategie und handelnder Politik – dort, wo die unvermittelte Übersetzung utopischer Intention oder gar eines erdachten Gesellschaftsmodells unverzüglich mit den »unpassenden« Realitäten in Disharmonie geriete und die von Rosa Luxemburg und Karl Kautsky prophezeite, gewissermaßen zwangsläufig entartende politische Praxis in Despotie enden könnte. Dies könnte die wohl schlagendste, wengleich nicht notwendig erst zu erleidende, »Erfahrung« aus dem Scheitern des europäischen Sozialismus in unserem Jahrhundert sein. Es mutet daher geschichtsfremd und theoretisch verdreht an, aus den »Erfahrungen« der untergegangenen DDR heraus ein neues »Gesellschaftsmodell« als »neue Utopie« einzuklagen, die das »positive Erbe des früheren Sozialismus«, dessen Scheitern und »die Anforderungen des heutigen Tages« verschmelzen soll.⁴¹ Denn so glatt diese Komposition sich liest: Hält man sich vor Augen, wie subjektiv die Interpretation eines jeden dieser Faktoren und wie ungewiß schon mittelfristige sozialwissenschaftliche Prognosen sind, meldet sich der Verdacht, hier könnten »utopische Sozialisten« neuer Spielart am Werke sein, die sich im Bewußtsein wähen, »die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus«⁴² zu haben. Für sie trüfe nämlich zu, was den utopischen Sozialisten vorgeworfen wurde: daß sie sich »Systeme ausdenken und nach einer regenerierenden Wissenschaft suchen«⁴³.

»Demokratischer Sozialismus« kann heute als Zielvorstellung über einen Katalog von Idealen, Werten und allgemeinen Leitsätzen schwerlich hinausgehen, und deren direkte Operationalisierung ließe ihn ein Schicksal erleiden, wie einem anderen widerfahren: als eine der jeweiligen Realität übergezwungene Korsage in einem Desaster zu enden. Was in seinem Geiste angestrebt und unternommen werden soll, kann nur situativ entschieden werden, ursächlich allein in dem Maße, wie die Menschen es wollen, für die man ihn gedacht haben will – sie sind ebenfalls der Bezugspunkt der sich an Rosa Luxemburg anlehnenen Konzeption Fritz Behrens⁴⁴, da er genau den Mißwuchs einer Sozialismusauffassung erkannte, die sich aus einem despotischen Machtkonzept ableitete.

Zweifelsfrei kann man Fritz Behrens zustimmen, daß die Utopie »ein notwendiger Bestandteil der revolutionären Linken« ist.⁴⁵ Utopien, Visionen und Gesellschaftsmodelle motivieren und stimulieren, sie können Leuchfeuer in einem unermeßbaren Panorama sein.⁴⁶ In dem »Kräfteparallelogramm« des realen historischen Prozesses, geschweige denn der Politik, bleiben sie dem Denken entsprungene Unwirklichkeiten, in deren Gefangenschaft sich niemand ohne Schaden und Makel an der eigenen Sache begeben kann. Dies scheint mir eine Mahnung, die Fritz Behrens' kreativer Impetus in der Rückbesinnung auf utopische Elemente eines demokratischen Sozialismus bei Karl Marx und Friedrich Engels hinterläßt: Sein Schaffen steht für ein theoretisches und politisches Neudenken ohne Ewigkeits- und Traditionsdogmen linker Provenienz.

ALFRED KLEIN

Heimat auf Zeit.

Hans Mayer an der
Universität Leipzig

Vor nunmehr über drei Jahrzehnten gewann die eine deutsche Republik, was die andere schon viel zu lange ihren Rechthabern und Besserwissern ausgeliefert hatte: einen kompetenten Anwalt für die Renaissance der Literatur und der Wissenschaft von ihr nach der faschistischen Gleichschaltung; einen Hochschullehrer, der es in seinen Vorlesungen, Vorträgen und Reden wie kein zweiter verstand, Ererbtes in aufregenden Gegenwartsbesitz zu verwandeln und Gegenwärtiges ins klärende Licht geschichtlicher Erfahrungen zu rücken; einen Denker, der die Aufklärung von Lessing bis Heine und von Kant und Hegel bis zu Marx und Engels nicht als abgelebte historische Gestalt begriff, sondern als anhaltende Herausforderung. Hans Mayer kehrte im Sommer 1963 nicht mehr auf seinen Leipziger Lehrstuhl zurück. Er suchte die Nähe Ernst Blochs in Tübingen und lehrte von 1965 an bis zu seiner Emeritierung an der hannoverschen Technischen Hochschule.

1948 war er zum ordentlichen Professor für Kultursoziologie ans Franz-Mehring-Institut der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät berufen worden. Auf Vorschlag des Romanisten Werner Krauss wurde er zugleich für die Philologisch-historische Abteilung der Philosophischen Fakultät verpflichtet. Hinter ihm lag ein zwölfjähriges Exil in Frankreich und der Schweiz, dem sich nach der Heimkehr ins fremd gewordene Land in Frankfurt am Main nur neue Interimzustände angeschlossen hatten. In Leipzig bot sich ihm endlich die Chance, in Deutschland und unter den Deutschen wieder heimisch zu werden. Er nutzte sie voller Zuversicht, Selbstvertrauen und Ehrgeiz. Schon bald waren seine Lehrveranstaltungen und Reden, seine wissenschaftlichen Studien und seine literarischen Essays aus dem geistigen Leben der DDR nicht mehr wegzudenken.¹

Hans Mayer begann mit Vorlesungen und Seminaren über die Jugendschriften von Karl Marx, die »Deutsche Ideologie« von Marx und Engels und die deutsche Kulturgeschichte des 19. Jahrhunderts. Als die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät wieder aufgelöst wurde, wechselte er ganz in die Philosophische hinüber: zuerst als Leiter einer Abteilung für Geschichte der Nationalliteraturen, von der Mitte der fünfziger Jahre an als Direktor eines Instituts für Deutsche Literaturgeschichte. Hier gab es die Aura der Gemeinsamkeit freilich nicht, die ihn am Franz-Mehring-Institut umgeben und ihm den Weg aus den Provisorien des Exils in die Verantwortlichkeit eines Universitätsamtes erleichtert hatte. In den

Alfred Klein – Jg. 1930, geboren in Dresden, Volksschule, Reichsbahnlehre. ABF, Germanistikstudium und Aspirantur an der Universität Leipzig. Promotion 1961 bei Hans Mayer, Promotion B 1971 bei Walter Dietze. 1961-1991 (Abwicklung) Abteilungsleiter bzw. Institutsdirektor an der Akademie der Künste der DDR. Untersuchungen zum Weg und zur Leistung deutscher Arbeiterschriftsteller, über Johannes R. Becher, Georg Lukács, Ernst Weiß, Erich Kästner u.a.; Mitherausgeber der Reihen »Beiträge zur Geschichte der deutschen sozialistischen Literatur im 20. Jahrhundert« (9 Bde.) und »edition aurora« (20 Bde). Im Frühjahr 1997 erscheint bei Faber & Faber das Buch »Unästhetische Feldzüge. Der siebenjährige Krieg gegen Hans Mayer (1953-1963)«.

1 Die Angaben zur Leipziger Zeit Hans Mayers folgen der von Günter Albus erarbeiteten Übersicht »Hans Mayer an der Universität Leipzig 1948-1963. Eine bio-bibliographische Chronik«, Leipzig 1996 (Manuskript).

2 Die Angaben zur Vorleipziger Zeit Hans Mayers folgen der Autobiographie »Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen I«, Frankfurt am Main 1982.

Augen der Altgermanisten Theodor Frings und Hermann August Korff erschien nicht allein der Emigrant und Marxist als Außen-seiter, sondern der Inhaber des extra für ihn geschaffenen Lehrstuhls überhaupt. Er war kein Germanist, er gehörte nicht zur Zunft. Und ließ noch dazu erkennen, daß er die bisher dominierenden Lehr- und Wissenschaftstraditionen keineswegs unbesehen weiterzuführen gedachte.

1907 in Köln am Rhein im Hause eines jüdischen Großkaufmanns nationalliberaler Prägung geboren, hatte Hans Mayer in den zwanziger Jahren ein Studium der Rechtswissenschaften absolviert und 1930 mit der Arbeit »Die Krisis der deutschen Staatslehre und die Staatsauffassung Rudolf Smends« bei Fritz Stier-Somlo den Doktorgrad erworben. Danach war der Kantianer Hans Kelsen sein Lehrer geworden, ein Experte für Völkerrecht und Rechtsphilosophie, mit dem auch das Thema einer Habilitationsschrift verabredet wurde. Indessen, der Lehrer wie der Schüler mußten vor dem Sozialisten- und Judenhaß der Hitlerhorden flüchten. Kaum daß er das Zweite Staatsexamen bestanden hatte, war die juristische Laufbahn des sechszwanzigjährigen Referendars und Doktors der Rechte auch schon zu Ende.²

Der spätere Vorsitzende des faschistischen Volksgerichtshofes Roland Freisler bestätigte seine sofortige Entlassung aus dem Staatsdienst, die Schläger des späteren Oberbefehlshabers der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley brachten ihm bei, was ihn und seinesgleichen in Zukunft erwartete. Hans Mayer verlor seine Angehörigen in Auschwitz. Nach seiner Rückkehr traf er aber auch viele der Freunde nicht mehr an, denen er im Endstadium der Weimarer Republik in linken Jugend- und Studentengruppen begegnet war. Den Weg zu ihnen ebneten das Buch »Geschichte und Klassenbewußtsein« von Georg Lukács, das ihm zu einer kritischen Sicht auf die Entfremdungs- und Verdinglichungsprozesse in der Bürgerwelt verhalf, und der Roman »Pelle der Eroberer« von Martin Andersen-Nexö, der ihm einen ersten Einblick in die Gegenwelt der Arbeiterschaft vermittelte. Er fand gleichsam über theoretische und literarische Erlebnisse zu den Arbeiterbewegungen.

Nach seiner Flucht vor der Rechtlosigkeit in Deutschland in die andere Rechtlosigkeit eines Exils suchte sich Hans Mayer sozusagen auf Verdacht neue Tätigkeits- und Wissensgebiete zu erschließen, bis er erkannte, daß einzig die Arbeit mit der Literatur seiner eigentlichen Befähigung und Berufung entsprach. In Straßburg studierte er als Zeitungsredakteur unter dem Einfluß der oppositionellen Kommunisten August Thalheimer und Heinrich Brandler zunächst so etwas wie Volksfronttaktik; in Paris und Genf unter der Obhut Max Horkheimers soziologische Methoden der Ideologiekritik und weiter unter dem Patronat des schweizer Historikers und Diplomaten Carl J. Burckhardt den Georg Büchner und seine Zeit; während einer mehrmonatigen Einzelhaft im Aargauer Zuchthaus Lenzburg schließlich viel Weltliteratur. Zugleich erprobte er nacheinander verschiedene Möglichkeiten des Schreibens, so als Leitartikler, als Rezensent staatsrechtlicher und rechtsgeschichtlicher Arbeiten, als Verfasser der Studie »Autorität und Familie in der Theorie des Anarchismus«, die 1936 in ei-

nem Sammelband des Genfer Instituts für Sozialforschung erschien.

Zum wichtigsten und folgenreichsten Testfall für die spätere Laufbahn wurde die Niederschrift seiner Forschungsergebnisse zum Thema Georg Büchner. Sie gedieh bis zu Druckreife eines umfangreichen Manuskripts, dessen Publikation nur der Kriegsausbruch verhinderte. Dem Verfasser mußte vorerst die Gewißheit genügen, daß er eigentlich ein Schriftsteller sei, wenngleich einer mit ungewöhnlicher Thematik. »Also kein Jurist, kein Politiker, kein Historiker, der sich für Metternich interessiert, es kann aber auch Trotzki sein, auch kein Germanist im üblichen, immer noch üblichen Fachsinne: sondern ein Schriftsteller.«³ Hans Mayer fand zu sich selbst, als er eine der kreativsten und tragischsten Gegen gestalten zum deutschen Untertanengeist für sich entdeckte; einen Revolutionär, dem die hessischen Zustände im Vormärz die Losung »Friede den Hütten, Krieg den Palästen!« diktierten; einen Dichter, Philosophen und Mediziner, der sich mit den Gegensätzen zwischen Idealität und Realität, Armut und Reichtum, Menschennatur und Gesellschaftsverfassung abmühte, ohne am Ende eine andere Alternative als Mitleid mit der gequälten Kreatur zu erblicken.

Ähnlich detaillierte Zeit- und Dichterporträts hat Hans Mayer erst in Leipzig wieder entwerfen können. Bis dahin dauerten seine Wanderjahre an, ohne eigentlich noch Lehrjahre für seine künftige Wissenschaftsarbeit sein zu können. Einen Großteil der Kriegszeit mußte er in eidgenössischen Internierungslagern für Emigranten und Flüchtlinge zubringen. Er geriet nach Davesco und von dort nach Vouvry, Witzwyl, Sierre und Zürichhorn. Wenn man so will, gab es für ihn unter den mehr oder weniger schikanösen Umständen und Kollektivkonstellationen eines Lagerlebens nur noch zweierlei zu lernen: Geduld und Solidarität. Er erfuhr und übte beides in besonderem Maße, als er wieder »unter die Kommunisten« kam. Ohne sie und schon gar nicht ohne ihren Vordenker und Organisator Michael Tschesno-Hell wäre er kaum oder jedenfalls nicht so entschieden zu dem Entschluß gelangt, »die Einsamkeit zu sprengen; mit anderen für etwas zu wirken, auf etwas hinzuleben«.⁴ Ohne sie und den neu gewonnenen Freund hätte sich auch die Wendung »nach Leipzig, zur Universität, zur Deutschen Demokratischen Republik, zur Literaturwissenschaft« kaum oder jedenfalls nicht so folgerichtig vollzogen, um nochmals aus den Erinnerungen »Ein Deutscher auf Widerruf« zu zitieren.⁵

Bis zur Berufung an die Alma mater lipsiensis vergingen noch drei Jahre. Die wissenschaftliche Mitgift und die politische Bereitschaft für den Orts- und Fachrichtungswechsel brauchten aber nur noch abgefordert zu werden. Die Option für den Kapitalismus- und Ideologiekritiker Karl Marx hatte sich am Ende des Exils eindeutig mit der Option für eine radikale Emanzipation der deutschen Gesellschaft von den Ursachen ihrer Dauermisere verknüpft. Zu den Erfahrungen mit der Agonie der Weimarer Republik waren die mit der Instabilität Frankreichs und den opportunistischen Stimmungsumschwüngen der neutralen Schweiz gekommen. In Frankfurt am Main fehlte es abermals an einer sinnvollen Lebens- und Berufsperspektive. Die Arbeit für eine deutsch-amerikanische Nachrichtenagentur, als politischer Chefredakteur bei Radio

3 Ebenda, S. 207.

4 Ebenda, S. 293.

5 Ebenda, S. 288.

Frankfurt und als Dozent an der »Akademie der Arbeit« blieb auf die Dauer unbefriedigend.

Immerhin konnten jetzt erste Erfahrungen mit den Siegern gewonnen und erste Kontakte mit den Besiegten geknüpft werden. 1946 erschien im Verlag von Max Niedermayer in Wiesbaden und ein Jahr später im Ostberliner Verlag Volk und Welt endlich das Büchner-Buch. Es wies Hans Mayer als profunden Kenner der deutschen Literatur- und Restaurationsgeschichte seit der Klassik und zudem des französischen Revolutions- und Geistesgeschehens seit 1789 aus. Noch in der Schweiz hatten sich seine Phantasie und seine Kritikfähigkeit auch an Paul Verlaine und Arthur Rimbaud, dem glücklichen Dichter Jean Giraudoux, der Welt und der Wirkung Henri Bergsons und dem Zorn und dem Zweifel des Georges Bernanos entzündet. Zwischen 1945 und 1948 setzte sich sein inniges Interesse an den Schicksalen seines ersten Exillandes in hochaktuellen Breviers über geistige Strömungen im Frankreich der Zwischenkriegsjahre und des Übergangs von der dritten zur vierten Republik fort.

Parallel dazu erschienen »Studien zur neuen deutschen Ideologie«, die Hans Mayer 1948 unter dem Titel »Karl Marx und das Elend des Geistes« publizierte, und eine von ihm zu verantwortende Neufassung des Buches »Die Lessing-Legende« von Franz Mehring, die er schon 1946 vorlegen konnte. Noch direkter weisen die alternierend mit Stephan Hermlin für Radio Frankfurt verfaßten Funktexte über Gestalten, Werke und Richtungen der antifaschistischen deutschen Literatur auf Späteres.⁶ Die Selbstverständigung und -vergewisserung durch Literatur, Philosophie und Geschichte verband sich mit der pädagogischen Aufgabe, in Deutschland unter Deutschen aufklärend zu wirken. Es galt, die Ursachen und die Folgen für den unter Hitler und Goebbels ins Grenzenlose gesteigerten nationalen Größenwahn bloßzulegen; das 1933 Verbotene, Verbrannte und Verbannte wiederzuentdecken und die Literatur der äußeren und inneren Emigration bekannt zu machen; die machtgeschützte deutsche Innerlichkeit aus ihrem Tiefschlaf zu erwecken und sie mit bedeutenden Leistungen des Auslands zu konfrontieren. Kurzum: der unter dem Faschismus depravierten Literaturwissenschaft und -betrachtung einen neuen produktiven Sinn zu geben.

Bloß amtsbedingte Eskapaden übers beschränkt Deutsche und eng Germanistische hinaus waren es folglich durchaus nicht, wenn sich der Leiter der Abteilung Geschichte der Nationalliteraturen von Anfang an immer wieder auch auf Felder begab, die nach herkömmlicher Meinung allein von Romanisten, Anglisten und Slawisten beackert werden durften. Hans Mayer veröffentlichte in seiner Leipziger Zeit gründliche Studien über Denis Diderot, Honoré de Balzac und Gustave Flaubert. Er ehrte mit einer großen Rede Victor Hugo. Er übersetzte und kommentierte Louis Aragons »Die Reisenden der Oberklasse«, »Herrn Duvals Neffe« und »Die Karwoche«. Er schrieb über die englischen Erzähler Henry Fielding, Tobias Smollet und Laurence Sterne. Über die unheimlichen Geschichten des Edgar Allan Poe. Über den Dramatiker Bernard Shaw. Eine weitere große Rede war dem Thema »Adam

6 Siehe: Stephan Hermlin, Hans Mayer: Ansichten über einige Bücher und Schriftsteller, o. O. (Berlin), o. J. (1947).

Mickiewicz und die deutsche Klassik« gewidmet. Auch die russische und weiter die sowjetische Literatur war in seinem Blickfeld. Schon 1940 verfaßte er ein fulminantes »Nachwort zu Tolstois Romanen«. In den fünfziger Jahren problematisierte er das gewöhnlich viel zu einseitig und subaltern gesehene Verhältnis von deutscher Literatur und Sowjetliteratur. Er artikulierte seine gute Meinung zu Wsewolod Wischnewskis Stück »Optimistische Tragödie« ebenso sorgfältig wie seine kritische zu Alexej Arbuzows »Irkutsker Geschichte« oder seine skeptische gegenüber der extrem scharfen Verurteilung des »Doktor Schiwago« von Boris Pasternak.

Ein Homme de lettres also, dem nationale Borniertheit und dünkelfhafter Provinzialismus von vornherein fremd waren. Der schon in jungen Jahren an sich erfuhr, daß alle scheinbar sehr fremde Literatur, woher sie auch komme, etwas zur Entdeckung des Eigenen beitragen kann, ja daß die Entdeckung des Eigenen ganz wesentlich von der Bereitschaft für die Entdeckung des nur scheinbar ganz Fremden und Anderen abhängt. Mehr noch: einer, dem ein musikalisches Elternhaus ein ausgeprägtes Interesse auch für alle anderen Kunstgattungen mit auf den Weg gegeben hatte, für die Musik und das Musiktheater vor allem, für die Schauspielkunst und das Konzertgeschehen, für Malerei und Architektur. Und der aus seinem Verständnis für die Eigenart und Gleichberechtigung der Künste die Fähigkeit zu entwickeln verstand, über die Literatur hinauszublicken und -zudenken. Was die eine künstlerische Mitteilungsweise vermag und was sie einer anderen überlassen muß, wenn sie im Gesamtensemble das ihr Gemäße leisten will, hat Hans Mayer in dem »Gespräch über Otto Bachmanns Faustzeichnungen« zu skizzieren versucht, das 1944 unter dem Titel »Faust und die Huldigung der Künste« in der Züricher Zeitschrift »Neue Schweizer Rundschau« erschien: Ein Künstler und ein Kritiker streiten sich um die Möglichkeiten und Unmöglichkeiten eines produktiven Verhältnisses von Komponisten und Malern zu dem von einer großen literarischen Tradition okkupierten Thema. Der Kritiker muß gegen alle seine Vorbehalte einräumen, daß die Gestaltung durch Literatur eine souveräne Gestaltung mit den Mitteln einer anderen Kunstgattung keineswegs ausschließt. Er behält aber trotzdem das letzte Wort: »Weißt du denn nicht«, ruft er seinem nicht eben regelbegeisterten Freund am Schluß zu, »daß alle Kritik nur mit dem Nichtgelingen zu tun hat und das Gelungene selber Gesetze gibt?«⁷

Mit dem Bekenntnis zum Normativen, Gesetzgebenden in den Künsten hatte sich Hans Mayer eine Faustregel gegeben, die seine Grenzüberschreitungen übers Nationalliterarische und Fachspezifische hinweg an Herausragendes band und ihnen insofern und insoweit alles bloß Zufällige oder gar Launenhafte nahm. Die Meister und die Meisterwerke sind die Gesetzgeber, nicht die Produkte der Mitläufer und Epigonen. Auch die Durchsicht des internationalen Literaturfonds stand so von vornherein im Zeichen der Suche nach Mustergültigem und Lehrreichem. Mit einer Abwertung der deutschen Literaturentwicklung und ihrer Ergebnisse (etwa zugunsten der Hervorbringungen in den Ländern der

7 Faust und die Huldigung der Künste, Gespräch über Otto Bachmanns Faustzeichnungen, in: Hans Mayer: Deutsche Literatur und Weltliteratur, Berlin 1957, S. (617).

Siegermächte) hat sie nichts zu tun. Im Gegenteil. Sie war absichtsvoll mit dem Ziel gekoppelt, den jeweiligen weltliterarischen Ort der nationalliterarischen Phänomene genauer und gerechter bestimmen zu können; die Literatur Deutschlands und der Deutschen mit Werten zu konfrontieren und an Maßstäben zu messen, die ihre Stärken wie ihre Schwächen deutlich zu machen vermochten; die traditionelle Nabelschau zu überwinden, ohne in das andere Extrem nationalen Selbsthasses zu verfallen. »Deutsche Literatur und Weltliteratur« heißt denn auch die 1957 von Rütten & Loening zum 50. Geburtstag Hans Mayers vorgelegte Auswahl der seit 1940 verfaßten Reden und Aufsätze. Seit der Übersiedelung nach Leipzig hatte sich in erstaunlicher Folgerichtigkeit entfalten können, was in der Essaysammlung »Literatur der Übergangszeit« von 1949 zunächst nur im Ansatz und auf schmaler Basis vorhanden war: die Sicht auf deutsche Texte im Kontext internationaler Literaturprozesse.

Bereits im November 1948, kurz nach seinem Amtsantritt, hat Hans Mayer seine Vorstellungen vom künftigen Umgang mit der deutschen Literaturgeschichte öffentlich entwickelt und zur Diskussion gestellt. Er hatte den Auftrag der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung angenommen, vor den in Leipzig versammelten germanistischen Hochschullehrern der Sowjetischen Besatzungszone über die Umgestaltung der Literaturwissenschaft zu sprechen. Im Beisein von Theodor Frings, dem ungekrönten Königs des Fachs, Gerhard Scholz, einem aus dem schwedischen Exil heimgekehrten Anwärter auf wissenschaftsstrategische Führungspositionen, und Alexander Dymshitz von der Sowjetischen Militäradministration forderte er, daß vor allem die in Deutschland seit langem vorherrschende »Trennung des literarischen Lebens von den politischen und sozialen Prozessen« überwunden werden müsse. Dem sicherlich arg verkürzenden Tagungsbericht der Zeitung »Tägliche Rundschau« zufolge, ergab sich daraus als erste zentrale Aufgabe eine »Neubewertung und -deutung des klassischen Erbes«. Anders gesehen werden sollten fortan aber auch die Literaturepochen seit Grimmelshausen, die Romantik und speziell der Zeitraum von 1813 bis 1848 einschließlich der von Heinrich Heine und Ludwig Börne, Georg Herwegh und Ferdinand Freiligrath repräsentierten radikaldemokratischen Tendenzen.

Kulturpolitisch befand sich Hans Mayer in weitgehender Übereinstimmung mit dem deutsch-sowjetischen Kurs auf nationale Selbstbesinnung und -erneuerung, literaturhistorisch und in seinem ästhetischen Wertungssystem im Banne von Georg Lukács, auch wenn er eine viel stärkere Akzentuierung der Schriftsteller individualitäten in ihrer Zeit praktizierte. Wie der ungarische Marxist fragte er jedenfalls nach den Ursachen für das Fehlen sozialkritischer Romane im 19. Jahrhundert, für das Epigonentum in der Lyrik seit Hölderlin, für den Verfall des Dramas und den Mangel einer Lustspieltradition im Stil der Franzosen, Russen und Engländer, und wie sein Vorbild meinte er damit sicherlich auch die literarische Spiegelung des Aufstiegs, der Schwächen und schließlich des Niedergangs der bürgerlichen Schichten in Deutschland.

Als ausschlaggebende Urteilkriterien sollten in Zukunft der humanistische Gehalt und die realistische Gestaltungskraft gelten.⁸

Für die Umsetzung, die Erweiterung und nicht zuletzt die Korrektur seines Aufgaben- und Arbeitsentwurfes für die literaturwissenschaftliche Germanistik hat der Lehrer und der Forscher, der Literaturkritiker und der Essayist, der Redner und der Herausgeber Hans Mayer in seinen fünfzehn Leipziger Jahren mehr getan als jeder andere Teilnehmer jenes denkwürdigen Treffens vom November 1948. Allein schon die Buchpublikationen nötigen zu dieser Feststellung. Sie werden von den Goestudien »Unendliche Kette« und der Weimarer Rede vor Delegierten der Freien Deutschen Jugend »Goethe in unserer Zeit« eröffnet (beides Berlin 1949). Dem anderen Klassiker sind die seinerzeit schon vom Thema her packende Skizze »Schiller und die Nation« von 1953 und die 1955 in Leipzig mit großem Enthusiasmus gehaltene und aufgenommene Rede »Das Ideal und das Leben« gewidmet. Ihnen fügten sich in der Folge regelmäßig neue Aufschlüsse über die zeitübergreifenden Botschaften und den gesellschaftlichen Schaffensgrund der beiden überragenden Gestalten in der Geschichte der deutschen Nationalliteratur an.

Von Klassikzentrismus kann dennoch die Rede nicht sein. Am Beginn der fünfziger Jahre drängte zunächst einmal die schon länger anhaltende Beschäftigung mit dem Werk und der Entwicklung Thomas Manns zu einer Zusammenfassung. Ob der zeitgeschichtlichen Bedeutung, der biographischen Dimension und der gattungsspezifischen Komplexität ihres Gegenstandes erforderte sie nicht minder intensive Arbeitsanstrengungen als zuvor die Büchner-Monographie.⁹ Das Werk des Erzählers schien wie kein anderes neben ihm mit der Frage nach dem Weg Deutschlands und der Deutschen im 20. Jahrhundert verflochten, und seine Entwicklung schien zu bedeuten, daß eine Antwort nur noch jenseits der Welt gefunden werden konnte, die den Tonsetzer Adrian Leverkühn aus dem Faustusroman zur Zurücknahme der Neunten Sinfonie Ludwig van Beethovens bestimmt hatte. Schärfer hat Hans Mayer mit der Kunstfeindlichkeit der kapitalistischen Welt wohl nie abgerechnet, und wohl nie scharfsinniger begründet, zu wem er sich hingezogen fühlte und warum. Höchstens noch die Kritik Hermann Hesses am Ausverkauf der Kulturwerte im »feuilletonistischen Zeitalter« dürfte er seinerzeit als ähnlich starke Legitimation und Ermutigung für sein Sozialismusengagement empfunden haben. Glasperlenspiele wie im Reich des Spielmeisters Josef Knecht kamen für ihn ebensowenig in Frage wie bloßes Mitmachen im Kreislauf geschäftstüchtiger Betriebsamkeit.¹⁰ Um so anziehender mußte die Alternative wirken, die Bertolt Brecht mit der Umfunktionierung des bürgerlichen Erbes und der Wiedererweckung plebejischer Traditionen zur Veränderung der Gesellschaftszustände anbot. Auch und vor allem darüber war zu reden und zu schreiben.¹¹

Die Thomas-Mann-Monographie von 1950 zog eine intensive Mitarbeit an der zwölfbändigen Ausgabe des Aufbau-Verlages nach sich, die das Œuvre des Dichters so komplett und wohlgegliedert wie keine andere zuvor vor Augen stellte. Den beiden

8 R.: Neue Wege der Literaturforschung. Professor Mayer sprach auf der Leipziger Germanistentagung, in: Tägliche Rundschau, Nr. 277 vom 26.11.1948.

9 Hans Mayer: Thomas Mann, Werk und Entwicklung, Berlin 1950.

10 Hans Mayer: Hesses »Glasperlenspiel« oder die Wiederbegegnung, in: Das Glasperlenspiel, Versuch einer Lebensbeschreibung des Magister Ludi Josef Knecht samts Knechts hinterlassenen Schriften, herausgegeben von Hermann Hesse, Berlin 1961, S. 577ff.

11 Siehe dazu u.a.: Hans Mayer: Bertolt Brecht oder die plebejische Tradition, in: Sinn und Form, Sonderheft Bertolt Brecht, Berlin 1949, S. 42ff.

12 Hans Mayer: Studien zur deutschen Literaturgeschichte, Berlin 1953, 21955, S. 5.

13 Prof. Dr. Hans Mayer: Diderot und sein Roman »Jacques le Fataliste«, in: Grundpositionen der französischen Aufklärung, Berlin 1955, S. 55ff.

Reden zu Ehren Gerhart Hauptmanns folgten ebenfalls aufwendige editorische Projekte. Parallel dazu ging auch die Forschungstätigkeit zügig voran. 1953 wartete Hans Mayer mit »Studien zur deutschen Literaturgeschichte« auf. Sie spannen den Bogen »von dem oft unbehilflichen, zwischen höfischem und bürgerlichem Kunstgeschmack pendelnden Erzähltalet Johann Gottfried Schnabels bis zu den großen Meistern spätbürgerlicher Literatur: Gerhart Hauptmann, Hermann Hesse, Thomas Mann«. ¹² Mit alledem und außerdem wurden Grundfragen und Widersprüche der deutschen Literaturentwicklung von der Aufklärung an über Klassik und Romantik bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts und in Ansätzen auch schon darüber hinaus zur Sprache gebracht. Der Plan von 1948 wurde sozusagen Punkt für Punkt erfüllt und übererfüllt.

1955 gründeten Werner Krauss und Hans Mayer die Reihe »Neue Beiträge zur Literaturwissenschaft«, die sie bei Rütten & Loening in Berlin herausgaben. Damit wurde der vom dialektischen und historischen Materialismus inspirierten gesellschaftlichen Betrachtungsweise der Literatur ein Forum eröffnet, das ihre inzwischen erreichte Leistungsfähigkeit zugleich spiegelte und herausforderte. Der erste Band war programmatisch den »Grundpositionen der französischen Aufklärung« gewidmet, zu dem Hans Mayer den Aufsatz »Diderot und sein Roman Jacques le Fataliste« beisteuerte. ¹³ Der zweite Band stellte seine der deutschen Literaturgeschichte gewidmeten Studien von 1953 in einer erweiterten Auflage vor. Bis zu seinem Weggang hat er es dann seinen Schülern überlassen, den germanistischen Part in der Koproduktion mit den anderen Fachdisziplinen zu übernehmen.

Sie alle debütierten mit respektablen Leistungen: als erster Ernst Schumacher mit seiner kompakten Analyse »Die dramatischen Versuche Bertolt Brechts«; weiter Walter Dietze mit seinen Arbeiten »Junges Deutschland und deutsche Klassik« und »Quirinus Kuhlmann«; Siegfried Streller mit der Untersuchung »Grimmelshausens simplicianische Schriften«; Hans Dahlke mit seiner Monographie über die Lyrik Johann Christian Günthers; Helmut Richter mit der fundamentalen Unterscheidung zwischen Werk und Entwurf bei Franz Kafka. Der junge polnische Gelehrte Marian Szyrocki brachte die Resultate seiner Beschäftigung mit Andreas Gryphius und Martin Opitz ein, der noch jüngere Tscheche Pavel Petr seine Überblicksdarstellung »Haseks ›Schwejk‹ in Deutschland«. Die Zusammensetzung des Autorenkreises, die thematische Vielfalt und die historische Spannweite dieser Publikationen sprechen für sich, wenngleich sie natürlich nur einen Bruchteil der bei Hans Mayer entstandenen Doktorarbeiten ausmachen.

Als Hervorbringungen einer akademischen Schule im strengen Wortsinn können sie freilich nicht gelten. Mehr als die Tendenz zur Ergründung der Beziehungen zwischen Schriftstellerprofilen und Zeitumständen haben sie kaum gemeinsam. Das Fehlen eines fest umrissenen Forschungsprogramms und der Verzicht auf eine verbindliche Methodologie bedeutete jedoch keineswegs einen Freibrief für alles und jedes. Mit seltenem Spürsinn hat Hans Mayer die ganz persönlichen Interessen, Neigungen und Fähigkeiten seiner Schüler herauszufinden und sie mit der allgemeinen

Aufgabe zu verbinden gewußt, die theoretische Erbschaft von Marx und Engels für die Literaturwissenschaft fruchtbar zu machen. Was wiederum nicht hieß, Vulgärsoziologie und Geschichtsbildung zu betreiben, und schon gar nicht, kulturpolitische Doktrinen und ästhetische Dogmen aufs literaturgeschichtliche Material zu pressen. Die Geschichts- und Gesellschaftsferne der bisherigen Wissenschaftstradition wie natürlich auch die zeitweiligen Anleihen bei der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie ließen sich nicht durch Schematismus überwinden. Trotz aller Vorleistungen und Muster, auf die sie dank Franz Mehring und Georg Lukács schon zurückgreifen konnte, die dialektisch-materialistisch fundierte Wissenschaft von der Literatur steckte noch immer in ihren Kinderschuhen und vertrug alles andere als die Kanonisierung ihrer bisherigen Forschungsergebnisse und -instrumente.

Hans Mayer war überzeugt, daß nur die Erkundung der besonderen Zeitzeichen im literarischen Werk und der stets ganz individuell geprägten Schriftstellerreaktionen auf die Probleme und Fragen der jeweiligen Mitwelt erfolgversprechend sei, ja daß eine neue deutsche Literaturgeschichte überhaupt nur aus einer Fülle exakt erarbeiteter Monographien erwachsen könne. Der unverwechselbare Einzelfall und das Einmalige seines geschichtlichen Umfeldes durften nicht irgendwelchen nivellierenden Abstraktionen geopfert werden, waren aber so zu befragen, daß sich zugleich neue Einsichten ins Allgemeine und Gesetzmäßige ergaben.¹⁴ Literaturgeschichte hatte nicht die Magd von etwas zu sein, weder der Philosophie, noch der Politik, noch der Geschichtswissenschaft, sondern eben Geschichte der Literatur. Ein schönes und bleibendes Zeugnis von solcherlei Arbeit des Lehrers mit den Schülern sind die drei voluminösen Bände der zweiteiligen Anthologie »Meisterwerke deutscher Literaturkritik« geworden, die 1954 und 1956 bei Rütten & Loening erschienen. Aus Reflexionen bedeutender Schriftsteller und Gelehrter über die literarische Produktion ihrer Zeitgenossen zusammengefügt, vermitteln sie ein ebenso vielfältiges und widersprüchliches wie eben dadurch wiederum auch ganzheitliches Bild von den Literaturpositionen und -prozessen, die für Aufklärung, Klassik und Romantik und danach für den Zeitraum zwischen Heinrich Heine und Franz Mehring charakteristisch sind. Die an der Auswahl und vor allem an den Kommentaren beteiligten Mitarbeiter wurden in ein Gemeinschaftsunternehmen eingebunden, wie es sonst zwar dauernd gefordert, kaum aber wirklich bewerkstelligt wurde. Es erheischte Akribie und schärfte außerdem den Blick fürs Gesamtgeschehen.

Und wie die Forschungsarbeit, so auch der Unterricht, auf den sie sich gründete. Kein anderer Leipziger Germanist nach Hans Mayer hat es je wieder geschafft, Literaturgeschichte von den Tagen Erasmus von Rotterdams, Sebastian Brants und Ulrich von Hutten bis zu Thomas Mann, Johannes R. Becher und Bertolt Brecht fast zur Gänze vorzutragen, und vor ihm scheint nur Georg Witkowski den Ehrgeiz gehabt zu haben, das riesige Material vom Ausgang des Mittelalters bis zur neuesten Zeit für sich aufzuarbeiten und weiterzugeben.¹⁵ Zu einigen Stoffkomplexen äußerte er

14 Siehe dazu: Hans Mayer: Vorbemerkungen, in: Studien zur deutschen Literaturgeschichte, ebenda, S. 6.

15 Siehe dazu: Walter Dietze: Georg Witkowski (1863-1939), Leipzig 1973.

sich freilich nur ein Mal, so etwa zur Literatur des 16. Jahrhunderts. Andere wiederholten sich im Lauf der Jahre, so besonders die Vorlesung zur Literatur im wilhelminischen Kaiserreich. Doch nie wortwörtlich, wie es bei Hermann August Korff der Fall zu sein pflegte, der stets sorgsam den Text zelebrierte, den er schon vor vielen Jahren in die ihm endgültig erscheinende Form gebracht hatte. Hans Mayer las eigentlich nichts vor in seinen Vorlesungen, es sei denn ein Stück Literatur. Wie es der Zeitstunde gemäß und der Wissenschaftslage nach geboten war, hütete er sich vor intoleranten Alleinvertretungsansprüchen und dogmatischen Rezeptionsvorgaben, teilte aber immer die Urteile mit, die er beim Lesen und Überdenken seiner Gegenstände »hic et nunc« gewonnen hatte. Er sprach nach Stichworten und zitierte aus den Büchern, die er vor sich auf dem Katheder aufgestapelt hatte. Sein Vorlesungsstil ließ etlichen Spielraum für Exkurse hinüber zu Parallel- und Kontrasterscheinungen in anderen Literaturen, zum philosophisch-ästhetischen Denken, zu den Schwesterkünsten. Womit er sich durchaus nicht vom Kern der Sache entfernte, sondern ihn nur um so plastischer herauschälte.

So entstanden jene von Dichterbiographen und Werkannäherungen erfüllten Zeitbilder, die sich zu Jahrhundertdurchblicken steigerten, um es mit einem Wort Uwe Johnsons zu sagen.¹⁶ Fachkauerwelsch wurde genau so wenig gesprochen wie die Unsprache journalistischer Allgemeinplätze. Nicht Alles- und Nichtswisser noch verschworene Adepten irgendeiner Geheimlehre sollten herangebildet werden, sondern Kenner und Freunde der Literatur. Davon profitierten nicht allein die in- und ausländischen Germanistikstudenten. Im Auditorium fanden sich oft auch Kommilitonen aus anderen Fakultäten ein und nicht selten sogar gestandene Künstler und Wissenschaftler, die abseits ihrer Tagesgeschäfte und jenseits offizieller Verlautbarungen neue Impulse für ihre Arbeit oder auch nur Anregungen für die Aufstockung ihres geistigen Haushalts mitzunehmen hofften. Besonders gern kamen sie in den Hörsaal 40 des von Bombenschäden gezeichneten alten Universitätsgebäudes vor dem Leibnitz-Denkmal, wenn Hans Mayer eine seiner zahlreichen und beliebten Sondervorlesungen hielt, über Thomas Mann etwa oder über Franz Kafka, über Bertolt Brecht oder über Johannes R. Becher, über Lenin und die Literatur. Es war jedesmal ein Ereignis und Erlebnis. Regelmäßig gab es zudem Gastvorlesungen mit prominenten Gästen aus Ost und West. Auch als die bekannte DDR-Losung »Deutsche an einen Tisch!« schon aus dem Verkehr gezogen war, wurden weitere Kontakte geknüpft, so daß noch 1960 Peter Huchel und Hans Magnus Enzensberger, Inge und Walter Jens, Ingeborg Bachmann und Stephan Hermlin zu einer gemeinsamen Lyrik-Veranstaltung in Leipzig anreisten.

Indessen, die Hüter der reinen Lehren und richtigen Linien hatten diese Aktivitäten nicht besonders gern. Nach dem Hoffnungsparteitag der sowjetischen Kommunisten vom Februar 1956 ließen sie kaum mehr als ein Jahr vergehen, bevor sie wieder zu ihrer gewohnten Rigorosität zurückkehrten. Sie nahmen die Protestaktionen im Nachbarland Polen, den Oktoberaufstand in Ungarn und die sogenannte Suezkrise im Nahen Osten zum Anlaß, mit

16 Siehe dazu: Uwe Johnson: Einer meiner Lehrer, in: Über Hans Mayer. Herausgegeben von Inge Jens, Frankfurt am Main 1977, S. 75ff.

ihren innersozialistischen Kritikern unerbittlich ins Gericht zu gehen und sie entweder ganz auszuschalten oder aber wenigstens auf lange Sicht einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Was ihnen bekanntlich nur allzu gut gelang – zum Schaden für ihre Partei, für die Wirtschaft und die Wissenschaft, die Kultur und das Lebensgefühl in dem deutschen Staat, der eigentlich das ganze Gegenteil einer Herrschaft der Minderheit über die Mehrheit hatte werden sollen. Selbst nach dem 13. August 1961 ignorierten sie die Möglichkeit, bei geschlossenen Grenzen ohne die unerwünschte Dreinsprache von Draußen über alles in Ruhe zu reden und dem weiteren Aufbau des Sozialismus auf seinen eigenen Grundlagen eine demokratische Wendung zu geben.

Auch Hans Mayer geriet in ihr Visier. Nach einer Reise ins Ursprungsland des Tauwetters nach der stalinistischen Eiszeit hoffte er mehr denn je auf eine Fortsetzung des vom Kulturminister Johannes R. Becher seit 1954 angestrebten Kurses auf mehr Diskussion statt Repression, mehr Kunstverständnis statt Sprücheklopferei, mehr Zivilcourage statt Autoritätsgläubigkeit. Er sollte sich gründlich getäuscht haben. Der Deutschlandsender setzte seinen im November 1956 verfaßten und schon auf Tonband gesprochenen Diskussionsbeitrag »Zur Gegenwartsfrage unserer Literatur« kurzerhand vom Programm ab, weil keine kritischen Stimmen mehr zu Gehör gebracht werden sollten. Fast ist es ein Unglück zu nennen, daß es der Redaktion der Kulturbundzeitung »Sonntag« gelang, den Text Anfang Dezember doch noch zu drucken.¹⁷ Die eine Zeitungssseite machte auf eine geradezu unheimliche Weise Geschichte. Ihr wurde mehr obrigkeitliche Aufmerksamkeit zuteil, als allen Publikationen Hans Mayers seit 1948 zusammengenommen. Erst fungierte sie als Beweisstück für den Versuch einer ästhetischen Restauration, dann auf allen Ebenen der SED als Beweisstück für eine durch und durch revisionistische Abkehr vom Marxismus-Leninismus und schließlich sogar als Beweisstück für die Handlangerdienste, die der Leipziger Literaturprofessor mit seinen völlig idealistischen und reaktionären Theorien den imperialistischen Kriegstreibern des Nordatlantischen Paktes geleistet haben sollte. Ein Feind der DDR-Literatur, ein unverbesserlicher Dekadenzfreund wurde entlarvt, angeprangert und ausgegrenzt.¹⁸

Was aber hatte Hans Mayer so Ungeheuerliches geschrieben? Erstens, daß im Vergleich zur Fülle und Vielfalt der zwanziger Jahre in jüngster Zeit in Ost und West nur magere literarische Ernten eingefahren werden konnten; zweitens, daß der Mangel an Opulenz unter anderem auf die durch Film, Funk und Fernsehen erheblich veränderten schriftstellerischen Arbeitsweisen und -richtungen wie auch auf die epochenbedingten Wandlungen im literarischen Gattungsgefüge zurückzuführen sei; drittens aber, und das war nun vollends unerträglich, daß die neuen inner- und außerliterarischen Produktionsvoraussetzungen am wenigsten in den Ostländern und am allerwenigsten in der DDR reflektiert, akzeptiert und in selbstverständliche Schreibpraxis transformiert worden waren. Hier dominierten nach der Meinung des Kritikers noch immer schematische Darstellungen der Wirklichkeit, »rotangestrichene Garten-

17 Hans Mayer: Zur Gegenwartsfrage unserer Literatur, in: Sonntag, Nr. 49 vom 2.12.1956.

18 In der Kulturbundzeitung »Sonntag« erschienen von Dezember 1956 bis März 1957 Stellungnahmen von Alfred Kurella, Joachim G. Boeckh, Alfred Antkowiak, Wolfgang Joho, Joachim Müller, Günther Deicke und Jürgen Bonk. Schon Ende Februar urteilte Alexander Abusch auf einer Delegiertenkonferenz des Schriftstellerverbandes zusammenfassend, Hans Mayer habe die Prinzipien des Realismus preisgegeben und sei auf die Seite

der Dekadenzverherrlicher übergewechselt (Alexander Abusch: Zur Geschichte und Gegenwart unserer sozialistischen Literatur, in: Neue Deutsche Literatur, Heft 3 / 1957, S. 133ff.).

Die Verlagerung auf die SED-Ebene bewerkstelligten Kurt Hager, Alexander Abusch, Kuba (Kurt Barthel) und Paul Fröhlich auf der 32. Tagung des ZK der SED (10.-12. Juli 1957). In seinem Grundsatzreferat auf der Kulturkonferenz der SED vom 23./24. Oktober 1957 prangerte Alexander Abusch den Revisionismus und den dekadenten Geschmack Hans Mayers ein übriges Mal und noch schärfer als in seinen beiden Anklagereden zuvor heftig an (Siehe: Im ideologischen Kampf für eine sozialistische Kultur, in: Alexander Abusch, Kulturelle Probleme des sozialistischen Humanismus. Beiträge zur deutschen Kulturpolitik 1946-1961, Berlin 1962, S. 274ff.) Die fachliche Begründung für die Exkommunikation Hans Mayers aus der marxistischen Literaturwissenschaft lieferte Hans-Günther Thalheim, in: Die schöpferischen Volksmassen, Zur Dialektik der literarischen Entwicklung, Neues Deutschland Nr. 21 vom 24.05.1958, und in: Kritische Bemerkungen zu den Literaturauffassungen Georg Lukács' und Hans Mayers, Weimarer Beiträge, Zeitschrift für Deutsche Literaturgeschichte II/1958.

19 Hans Mayer: Zur Gegenwartsfrage unserer Literatur, ebenda.

lauben« und simple Illustrationen ohne einen Hauch jener Aufbruchsstimmung, die die Begründer der sozialistischen Revolutionsliteratur einst beseelt hatte. Hans Mayer wollte auf gemeinsame Bemühungen von Schriftstellern, Kritikern und Literaturwissenschaftlern zur Überwindung der Erkenntnis- und Gestaltungsbarrieren hinaus, die den Literaturprozeß bisher gehemmt, ja fehlgeleitet hatten. Er plädierte für ein Wirklichkeitsverständnis ohne die sektiererisch-dogmatischen Scheuklappen, die den Blick auf die veränderte Welt verstellten und eine andere Weise des Sozialismusaufbaus ausschlossen. Er wünschte eine Reaktivierung des schöpferischen Neuerertums, wie es von Majakowski, Becher und Brecht, von Nezval, Neruda und Guillén in ihrer Frühphase praktiziert worden war. Und er zeigte sich überzeugt, daß moderne Literatur nicht denkbar sei ohne die Kenntnis der modernen Literatur, also etwa ohne Georg Heym und Georg Trakl, Franz Kafka und James Joyce, Robert Musil und Ernest Hemingway, William Faulkner und Alfred Döblin.

Die Schlußsätze seines von nüchterner Rechenschaftslegung und ernsthaftem Veränderungswillen geprägten Lageberichts lauteten: »Es steht doch so, daß wir jahrelang mit scheinbar gesicherten Begriffen gearbeitet haben, die sich als wenig gesichert herausgestellt haben. Es wurde sehr viel von Wissenschaft geredet und es ging dabei nicht immer sehr wissenschaftlich zu. Die schöpferische Anstrengung des Begriffs ist heute vonnöten. Das Reich der Zitate und der Zitierer verdunkelt sich. Viele landläufige Axiome müssen in Frage gestellt werden. Man wird dabei vom einzelnen Kunstwerk auszugehen haben und nicht von Begriffen wie realistisch, typisch, positiv, optimistisch und dergleichen. Nur dann wird auch ein ersprießliches Gespräch zwischen Künstler und Kritiker zustandekommen. Alles hängt für die Zukunft davon ab, daß wir in unserem literarischen Leben einen Zustand schaffen, der in diesem Sinne fördernd und nicht hemmend wirkt.«¹⁹

Mit diesen Erwägungen und Vorschlägen konnte sich Hans Mayer als legitimer Sprecher aller jener fühlen, die sich wie er um die Zukunft der Literatur und der Literaturwissenschaft in der DDR Sorgen machten, und das waren wahrlich nicht wenige. Auch wenn seine Auflistung der Symptome, seine Ursachenbefunde und seine Therapievorschlage keinen Anspruch auf Vollständigkeit beziehungsweise Allgemeingültigkeit erheben konnten und sollten, so viel war doch sichtbar, daß sie zentrale Probleme betrafen und auf eine vorurteilslose Diskussion abzielten. Indessen, die Ideologiewächter sahen es ganz anders. Sie dachten nicht daran, ihre in sich geschlossene und für unumstößlich gehaltene Theorie den veränderten Realitäten des Zeitalters anzupassen. Es ging nach ihrer Meinung nicht an, die Schwierigkeiten der Schriftsteller in Ost und West miteinander zu vergleichen oder gar gleichzusetzen; es ging nicht an, das literarisch Neue auch außerhalb der (erstarrten) Realismuskonventionen zu suchen und die Führungsrolle der Sowjetliteratur nicht mehr als ein für allemal gegeben zu verstehen; es ging nicht an, die Anfänge der proletarisch-revolutionären, sozialistischen Literatur gegen ihre spätere Stagnation ins Feld zu führen und, schlimmer noch, die bewährte Quarantäne für die Todkrank-

heiten der Dekadenz auch nur teilweise zu lockern. Das offizielle Erbeverständnis machte an der Schwelle zum 20. Jahrhundert halt und erklärte die Anknüpfung an die moderne bürgerliche Literatur zur Ausnahme von der Regel.

Und so gaben Alfred Kurella, Alexander Abusch und einige Stufen tiefer SED-Bezirksfürst Paul Fröhlich keine Ruhe, bis Hans Mayer politisch disqualifiziert und mit seinem Diskussionsbeitrag auch der letzte Rest der Dialogpolitik Johannes R. Bechers begraben war. Die Hüter der reinen Lehren und richtigen Linien focht es nicht an, daß ihre fernab von den Zentren des Hochkapitalismus und der revolutionären Arbeiterbewegungen des Westens in Moskau entwickelten Theoreme zu weiteren Realitätsverlusten, Schreibverkrampfungen und Denkdefiziten führen mußten. Es gelang ihnen abermals, die antiquierte Ästhetik des sozialistischen Realismus zu restaurieren und auf dem Wege ideologischer Indoktrinationen vor ihrer längst überfälligen Modernisierung abzuschotten. Hans Mayer dagegen sah keinen Grund zur Zurücknahme seiner Thesen. Seine Kritik an den bisher gültigen Grenzmarkierungen und Verbotsschildern entsprang keiner vorübergehenden Aufwallung und war auch nicht etwa nur an andere adressiert. Sie bildete vielmehr die Quintessenz aus den krisenhaften Literatur- und Wissenschaftszuständen in der DDR und der kritischen Überprüfung der eigenen Arbeit.

Bei aller Eigenständigkeit und Originalität seines literaturhistorischen Denkens hatte auch er sich an die vergrößernden und verzerrenden Begriffspaare von Fortschritt und Reaktion, Aufstieg und Verfall, Realismus und Antirealismus gehalten; auch er hatte der Meinung angehangen, daß das Klassische das unanfechtbar Gesunde und das Romantische das unheilbar Kranke sei; und auch er hatte an den Ismen seit dem Naturalismus hauptsächlich Ohnmacht und Versagen wahrgenommen. Die Vorzüge seines monographischen Herangehens hatten die Nachteile nicht völlig ausgleichen können, die sich der Anlehnung an die von Georg Lukács in Umlauf gebrachten Grundrisse und Entwicklungskonstruktionen verdankten. (Sie waren willkommen und nötig gewesen, als die Literaturwissenschaft aus ihren geistes- und dichtungswissenschaftlichen Sackgassen herausgeführt und vom Ballast reaktionärer Ideologien befreit werden mußte.) Zu einer dramatischen Aufkündigung der Nähe zum Vorbild kam es freilich schon deshalb nicht, weil die Perspektiven der friedlichen Koexistenz auch bei Georg Lukács zu einem Neuansatz seines Philosophierens über die kulturgeschichtlichen und ästhetischen Konstellationen in der zweigeteilten und doch auch wieder einheitlichen Welt nach dem zweiten der Weltkriege führte.

Die Korrektur des Romantikbildes ist vielleicht das wichtigste und auffälligste Ergebnis der von Hans Mayer in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre angestrebten Veränderung seiner Positionen. Sie beginnt bezeichnenderweise wieder monographisch, nämlich mit dem Versuch »Die Wirklichkeit E.T.A. Hoffmanns«, mit dem die sechsbändige Ausgabe »Poetische Werke« des Aufbau-Verlages von 1958 eröffnet wurde. Ihm folgte 1961 die in Frankfurt an der Oder gehaltene Rede »Heinrich von Kleist. Der

geschichtliche Augenblick«, die auch eine Gegenrede zu den versimpelnden Arbeiten Franz Mehrings und Georg Lukács' war. Ein Jahr später lud Hans Mayer zu einer Romantik-Konferenz in sein Institut ein. Für sie erarbeitete er einen historisch-chronologisch aufgebauten Forschungsbericht, der in aller Sachlichkeit die unterschiedlich bedingten Einseitigkeiten der bisher auf diesem Felde eingesetzten Untersuchungsmethoden einschließlich der marxistischen vor Augen stellte. – In der letzten Zeit vor seinem Abschied erarbeitete er außerdem noch seine weithin bekannt gewordene Richard-Wagner-Biographie, die Abhandlung »Bertolt Brecht und die Tradition« und die vergleichende Studie »Dürrenmatt und Frisch«. Und die meisten der Essays, die seinem neuen Aufsatzband »Ansichten. Zur Literatur der Zeit« von 1962 das Profil gaben. Auch für die zweite Hälfte seiner DDR-Jahre trifft zu, was er in seinen Erinnerungen »Ein Deutscher auf Widerruf« so ausgedrückt hat: »Ich bin fleißig gewesen in Leipzig, das darf ich behaupten.«²⁰

20 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf, Erinnerungen II, Frankfurt am Main 1984, S. 110.

Die genannten Buchpublikationen sind alle noch am Schreibtisch in der Tschaikowskistraße 23 entstanden, aber schon nicht mehr den Lektoraten der Ostberliner Verlage Aufbau, Rütten & Loening oder Volk und Welt anvertraut worden. Ihre Verlagsorte heißen Hamburg und Pfullingen, was wohl als Antwort auf die Diskriminierungen und Demütigungen seit 1956/57 verstanden werden muß. Ob bewußt oder nicht, ob Zufall oder keiner, Hans Mayer lieferte seinen einheimischen Patentkritikern lange keinen neuen Stoff mehr. Mit dem 1957 geschriebenen und im Septemberheft der Zeitschrift »Neue Deutsche Literatur« publizierten Aufsatz »Weiskopf der Mittler« verwies er noch einmal auf die andere marxistische Tradition eines weitherzigen und verständnisvollen Umgangs mit Schriftstellern und Werken aus dem zeitgenössischen bürgerlichen Umfeld, dann nahm er zu diesem Thema nicht mehr öffentlich Stellung. In internen Aussprachen erklärte er sich im Interesse der Studenten und im Vertrauen auf die Redlichkeit seiner Schüler zu weiterer Zusammenarbeit mit der SED-Organisation am Institut für Deutsche Literaturgeschichte bereit, lehnte es zugleich aber auch mehrfach entschieden ab, an Kontroversen mit feststehenden Frontlinien und präjudizierten Abschlußurteilen über allgemeine literaturpolitische Prinzipien teilzunehmen, anstatt am Text über die Substanz und die Funktion einzelner Werke zu debattieren.

Die Scharfmacher um Paul Fröhlich und den karrierebewußten Sekretär der Universitätsparteiorganisation Hans-Joachim Böhme, den späteren Hochschulminister der DDR, suchten darum nur um so eifriger nach Konfrontationsanlässen. Sie glaubten sich am Ziel, als der kurz zuvor von Walter Ulbricht der Arbeiter- und Parteifeindlichkeit gezielte Peter Hacks im Dezember 1962 aus seinem Stück »Die Sorgen und die Macht« vorgelesen hatte. Der Auftritt wurde als organisierte Provokation gedeutet, die begeisterte Zustimmung als Indiz für die ideologische Verkommenheit und politische Dummheit der Studenten und des für sie verantwortlichen Lehrkörpers.²¹ Die »Universitätszeitung« erhielt sofort das Startsignal für eine innerhalb und außerhalb des Instituts für

21 Nach Berichten an die SED-Bezirksleitung Leipzig vom 15.12., 18.12., 20.12. und 28.12.1962, PDS-Archiv Leipzig, o. S. Das Material wurde von Dr. Michael Franzke, Leipzig, zusammengetragen.

Deutsche Literaturgeschichte schon seit einiger Zeit vorbereitete neue Verurteilungskampagne, die wie üblich als Meinungsstreit deklariert wurde. Sie drohte aber gleich wieder zu versanden, weil der für den Auftakt auserkorene und soeben von Hans Mayer mit einem Brecht-Thema zur Promotion geführte Klaus Schuhmann auch nichts anderes als die aus den fünfziger Jahren schon bekannten Anklagen vorzubringen mußte: die angeblich bloß formal-technischen und sprachlichen Maßstäbe, das Unverständnis für die historisch-politische Bedeutsamkeit der DDR-Literatur, die Geschmacksverirrung in die Gefilde der spätbürgerlichen Literatur. Damit war das Pulver aber auch schon verschossen.²² Prostimmen gab es nicht oder kamen nicht zu Wort, obgleich sich unter den Mitgenossen des Artikelschreibers durchaus auch Bedenken gegen die Legitimations- und Argumentationsschwäche des neuerlichen Angriffsversuches regten. Die Kraftprobe zwischen erzwungener Parteidisziplin und kritischer Wissenschaft ergab mehr Unsicherheit als gesicherte Positionen.

Es vergingen drei Monate, bevor weitere Streiter für die Schlacht gewonnen waren. Erst im April nahm der sogenannte Meinungsstreit die Form einer Kampagne an, die sich dann bis Oktober hinzog. An ihr beteiligten sich junge Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen in einer konzertierten interdisziplinären Aktion. Sie wurden in die Pflicht genommen, das bisher so magere Entlarvungsergebnis durch eine Auseinandersetzung mit der neuen Publikation »Ansichten. Zur Literatur der Zeit« umgehend aufzubessern, obwohl das Buch seiner ganzen Anlage und Intention nach fürs westdeutsche Publikum bestimmt und im Osten gar nicht im Umlauf war. Es wurde denn auch weder als Ganzes erörtert, noch nach seiner Funktion befragt, sondern nur auf anstößige Stellen hin durchgesehen. So ergab sich, daß die Äußerungen über Hugo von Hofmannsthal und Richard Strauß, Hermann Hesse, Franz Kafka und Karl Kraus, Anna Seghers und Bertolt Brecht gar nicht erst zur Sprache kamen und merkwürdigerweise auch nichts an denen über Bernard Shaw, Jean Giraudoux, Louis Aragon, Eugène Ionesco, Witold Gombrowicz und Lawrence Durrell etwas auszusetzen war.

Es blieben nur die Anmerkungen zu Jean-Paul Sartre und Boris Pasternak sowie der Aufsatz »Die Literatur und der Alltag«. Zu beweisen war, daß Hans Mayer trotz der massiven Verdikte gegen die Thesen seines Aufsatzes »Zur Gegenwartslage unserer Literatur« nichts hinzulernt hatte. Er zeigte sich nicht bereit, die Überlegenheit der Sowjetunion und ihrer Literatur einfach vorauszusetzen, sondern zog eine sachliche Analyse und Erörterung vor; er nahm philosophische und literarische Erscheinungen ernst, die längst und ein für allemal als dekadent und reaktionär zu gelten hatten; mithin, ihm gebrach es rundum an Parteilichkeit, was im Interesse der reinen Lehren und richtigen Linien in den Köpfen der Wissenschaftler und Studenten nicht geduldet werden durfte. Es war unmöglich, die Reflektion eines unheroisch gewordenen Alltags im postrevolutionären Kapitalismus und im poststalinistischen Sozialismus zum Gegenstand einer vergleichenden Studie zu machen. So kritisch die Verklärungen der ewigen Wiederkehr des Gleichen und ihre ethischen Prämissen im dramatischen Werk des

22 Dr. Klaus Schuhmann: Versäumnisse und Aufgaben unserer Germanisten, in: Universitätszeitung vom 10.1.1963.

Protestanten Thornton Wilder auch gesehen wurden, so wohlwollend das Urteil über die »Irkutsker Geschichte« des Atheisten Alexej Arbusow auch ausgefallen sein mochte: der Vergleich verbot sich, die Fragestellung war suspekt. Von den Repressionen und Lebenslügen in der Stalin-Berija-Shdanow-Ära sollte selbst dann die Rede nicht mehr sein, wenn ihre Überwindung im Schicksal der kleinen Leute ins Auge gefaßt wurde. Einen XX. Parteitag hatte es gleichsam nie gegeben.

Das Verständnis für die Intentionen des Romanschreibers Boris Pasternak und seinen Nicht-Helden Doktor Schiwago war erst recht indiskutabel. Die Kritiker Hans Meyers nahmen gar nicht erst zur Kenntnis, daß sich die Interpretation nicht zuletzt gegen den im Westen entfesselten Rummel um den sowjetischen Autor wandte. Sie stürzten sich allein auf den unerhörten Umstand, daß die Versachlichung auch ein Veto gegen die vollständige Verurteilung des Romans im Osten einschloß. Wo die für die Entwicklung von Wissenschaft und Kritik unerläßliche Objektivität der Betrachtung einzusetzen hatte, war für sie die Grenze zum sogenannten Objektivismus überschritten und die Preisgabe marxistisch-leninistischer Prinzipien vollzogen. Der Gipfel der konzertierten Aktion aller einschlägigen Fachdisziplinen war erreicht, als es die Redaktion der »Universitätszeitung« fertig brachte, die Mißfallensäußerungen eines Studenten über mehrere Vorlesungen und Seminare am Institut für Deutsche Literaturgeschichte durch die Überschrift »Eine Lehrmeinung zuviel« in eine eindeutig und ausschließlich auf Hans Mayer bezogene Kampfflosung umzumünzen.²³ Unmißverständlicher konnten die Partei- und Universitätsinstanzen gar nicht ausdrücken, worauf ihre Kampagne im Endeffekt hinauslaufen sollte, was sie später nicht hinderte, von Selbstentlarvung und Verrat zu schwafeln.

Dennoch erfüllte Hans Mayer seine Pflichten als Ordinarius und Institutsdirektor, Mitglied der Philosophischen Fakultät und Vorsitzender des Germanistischen Beirats beim Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR gewissenhaft bis zum Schluß. Wie immer unterbrach er seine Lehrtätigkeit nur, wenn er Gastvorträge in einer der ost- oder westeuropäischen Universitätsstädte zu halten hatte, was zum Leidwesen der Mitarbeiter- und Studentenschaft allerdings nur allzu häufig vorkam. Zur Freude seiner Freunde und Schüler, zum Erstaunen seiner Kritiker und zum Ärger seiner Erzfeinde war er selbst nach dem 13. August 1961 wieder nach Leipzig zurückgekommen. Sein letztes Kolleg im Hörsaal 40 fand am 2. Juli 1963 statt und handelte von dem Konflikt zwischen dem hochmütigen Staatsdiener Antonio Montecatino und dem zum Bewußtsein seiner selbst gelangenden Dichter Torquato Tasso auf dem Lustschloß des Herzogs von Ferrara in Goethes Schauspiel...

Nach einer Reise zum alljährlich stattfindenden Internationalen Theaterfestival der Studenten in Erlangen setzte Hans Mayer den Schlußpunkt hinter seinen langen Abschied von der DDR. Er wurde nicht brutal vertrieben wie dreißig Jahre zuvor von den gewalttätigen Machthabern des »Dritten Reiches«, er mußte nicht vor irgendwelchen Häschern fliehen, wie es eine gewisse Journaille

23 Gegen Hans Mayer richteten sich die folgenden Artikel:

Prof. Dr. Werner Bahner und Dr. Kurt Schnelle: Literatur muß auf der Höhe ihrer geschichtlichen Aufgaben stehen, in: *Universitätszeitung* vom 4.4.1963; Dr. Siegfried Streller: Richtige Maßstäbe für unsere sozialistische Gegenwartsliteratur, ebenda, 25.4.1963; Prof. Dr. Rödel, Dekan der Fakultät für Journalistik: Die Welt verändert sich, der Mensch auch, ebenda, 1.5.1963;

Dr. Roland Opitz: Christa Wolf oder Boris Pasternak? Ebenda, 1.5.1963;

Dr. habil. Walter Dietze und Wolfgang Neubert: Kunst ohne Parteilichkeit? Bemerkungen zu einem Aufsatz über Boris Pasternaks »Dr. Schiwago«, ebenda, 16.5.1963;

Volker Beyrich: Eine Lehrmeinung zuviel. Hat die Partei wirklich kein Recht, in der Kunst mitzureden? Ebenda, 30.5.1963;

Professor Harri Jünger: Direktor des Instituts für Slawistik der Friedrich-Schiller-Universität Jena: Das Erbe der Sowjetliteratur wahren, ebenda, 11.7.1963;

Dr. habil. Eberhard Brüning: Vom Antikommunismus Thornton Wilders, ebenda, 15.8.1963;

Dr. Erhard Hexelschneider: Vorbild Sowjetliteratur, ebenda, 17.10.1963.

von heute zu suggerieren beliebt. Er verließ Leipzig auch nicht allein wegen der Lokalereignisse und -termine der letzten Monate, die er noch zu ertragen hatte. Es mußte viel geschehen, bevor er sich entschloß, im Westen zu bleiben, war er doch einst mit der starken Hoffnung auf eine dauerhafte antifaschistisch-demokratische und antikapitalistisch-sozialistische Alternative nach dem Osten gegangen. Seine Entscheidung wurzelte in Enttäuschungen, die andere noch vor sich hatten: vor allem in dem zerstörten Vertrauen in die Entwicklung des Sozialismus zu einer demokratischen, wissenschafts- und kunstfreundlichen Solidargemeinschaft. Auch das Schicksal der nacheinander gemaßregelten Freunde Ernst Bloch, Peter Huchel und Wolfgang Langhoff spielte eine Rolle, die Verdammung marxistischer Literaturexperten vom Range eines Georg Lukács, Ernst Fischer und Roger Garaudy nicht minder. Es starben zur Unzeit die Freunde Johannes R. Becher und Bertolt Brecht. Der Freund Werner Krauss ging an die Akademie der Wissenschaften nach Berlin, die Vatergestalt Ernst Bloch blieb in Tübingen. Die Beziehungen zu den Mitgliedern des Schriftstellerverbandes der DDR waren systematisch untergraben worden und erkaltet, während sich zur Gruppe 47 Hans Werner Richters sehr freundschaftliche Kontakte hergestellt hatten. Und die Ausgrenzung seit 1956/57 zeitigte selbst im engsten Schülerkreis entsolidarisierende Wirkungen.

Mit anderen Worten: die Hüter der reinen Lehren und richtigen Linien konnten ihn nicht mehr brauchen, den Hans Mayer, der 1948 nach Leipzig gerufen worden war, um an der »Grundlegung einer veränderten Wissenschaft von der Gesellschaft und der Literatur« mitzuwirken.²⁴ Er kam als Außenseiter und wurde wieder zu einem gemacht, nachdem er lange Zeit das Gefühl haben durfte, in Deutschland und unter den Deutschen wieder ein festes Zuhause gefunden zu haben, vermittelt durch das Medium Literatur, die Gemeinschaft mit geistesverwandten Schriftstellern und Gelehrten, einen wachsenden Kreis hochmotivierter und engagierter Schüler. Es wurde nur eine Heimat auf Zeit. Unter dem Datum vom 17. August 1963 teilte Hans Mayer dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen der DDR von Hamburg aus mit, daß nach der jüngsten böswilligen und bösgläubigen Kampagne gegen ihn nahezu alle Voraussetzungen weggefallen seien, die ihn vor fünfzehn Jahren von Frankfurt am Main nach Leipzig hatten gehen lassen.

Seitdem war Hans Mayer aus der Sicht der Instanzen nur noch ein republikflüchtiger Verräter und Renegat. An die Unperson war nicht mehr zu erinnern, auf ihre Publikationen nicht mehr Bezug zu nehmen.²⁵ Wie die Nachwendehistoriker mit dem bekennden Marxisten, Ideologiekritiker und Sozialistenfreund künftig umgehen werden, bleibt abzuwarten. Auch sie haben die Wahl, die immense Leistung Hans Mayers als Hochschullehrer, Literaturhistoriker, Essayist und Redner in den fünfzehn Jahren zwischen 1948 und 1963 entweder wie gehabt aus ideologischen Gründen zu verschweigen – oder sie anders als zuvor unvoreingenommen als wertvolle Erbschaft aus der Frühzeit der Deutschen Demokratischen Republik zu nehmen.²⁶

24 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf, Erinnerungen II, ebenda, S. 256.

25 In dem Abriß »Karl-Marx-Universität 1945-1976« heißt es, auch der Nichtmarxist und parteilose Wissenschaftler Hans Mayer habe zu jenen gehört, »die unter dem Mantel marxistischer wissenschaftlicher Arbeit die marxistisch-leninistische Theorie angegriffen und sie zu unterminieren versucht hatten.« Trotz seiner progressiven Rolle in den ersten Jahren seines Wirkens habe er es nie vermocht, »die Fessel des Standpunktes eines kleinbürgerlichen Demokraten abzustreifen.« → Im Gegenteil, seine subjektiv-idealistischen und individuell-anarchistischen Tendenzen hatten sich im Verlaufe der Jahre weiter ausgeprägt und trieben ihn in die Arme der bürgerlichen, antisozialistischen Ideologie und Politik, deren Handlangerdienste er nach dem Verrat der Republik bereitwillig ausübte.«

Nach: Wissenschaftliche Zeitschrift, Karl-Marx-Universität Leipzig, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 27. Jahrgang (1978), Heft 1, S. 123.

26 Siehe dazu Hans Mayer: Leipzig oder die Alternative, in: Ein Deutscher auf Widerruf, Erinnerungen II, ebenda, S. 9ff.

MARIO KESSLER

Die trügerische Sicherheit der Assimilation.

Hans Mayers »Widerruf«, ein Buch über Deutsche und Juden

Die Emanzipation der Juden in Deutschland war nicht wie bei den westlichen Nationen durch eine siegreiche bürgerliche Revolution erkämpft, sondern von den traditionellen Eliten aus taktischen Gründen gnädig gewährt worden. Auch die Novemberrevolution 1918 vermochte es nicht, die antidemokratischen Kräfte dauerhaft zu entmachten. Diese konstruierten statt dessen die Legende von der Schuld der Juden an militärischer Niederlage und Revolutionswirren. Der Nazismus war schließlich die brutalste Form der Selbstverteidigung einer alten, krisengeschüttelten Ordnung und auch die willkommene Gelegenheit, die als lästig für die eigenen Weltherbschaftsambitionen empfundenen demokratischen Spielregeln der ersten deutschen Republik zu beseitigen. Die gespaltene Arbeiterbewegung erwies sich gegenüber dem Nazismus als wehrlos. Sie hatte auch dessen antisemitische Vernichtungsideologie unterschätzt. Den Feinden der Juden und des Sozialismus gelang es, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und Millionen von Juden zu ermorden.

Diese Ereignisse hat Hans Mayer, Jahrgang 1907, Jude und 1933 Mitglied der antistalinistischen Kommunistischen Partei-Opposition, bewußt erlebt und erlitten. In seiner Essay-Sammlung »Der Widerruf«¹ berichtet er darüber. »Allgemeiner Jubel«, so die Erinnerung Mayers an den 30. Januar 1933. »Erschreckend war die Wandlung nicht nur im Inhalt, sondern im Tonfall der Rundfunksprecher. Sie hatten bis dahin ruhig republikanische Informationen vermittelt. Nun schrien sie bereits genau so, wie es ihnen später der Reichsminister Dr. Goebbels befehlen sollte, noch auf eigenen Füßen und ohne Weisungen« (S. 15) – also in vorausweisendem Gehorsam, was bei jeder Diskussion über Hitlers willige Vollstrecker mitbedacht werden sollte.

Der Titel von Mayers Buch, das wird schnell klar, bezieht sich auf dem Widerruf der Bürgerrechte für die Juden durch das Nazi-Regime. Er steht aber auch im Zusammenhang mit Mayers großer zweibändiger Autobiographie »Ein Deutscher auf Widerruf«, 1982 und 1984 erschienen. Im zweiten Band dieses Erinnerungsbuches hatte Mayer resümiert: »Fühle ich mich, nach wie vor, oder wenigstens: von neuem als Deutscher? Ich glaube nicht, daß ich mit einem Ja antworten könnte. Überdies: von welcher Zugehörigkeit zu welchem Deutschland wäre dabei auszugehen? Ich kann die fünfzehn Jahre als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nicht wie einen peinlichen Zwischenfall von mir abtun.«²

Mario Kessler – Jg. 1955, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Studien, Potsdam und Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Veröff. u.a.: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus (1994, 2. Aufl.); Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933 (1994); Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz (1995).

1 Hans Mayer: Der Widerruf. Über Deutsche und Juden, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 1994, 467 S. Alle folgenden, in Klammern gesetzten Seitenzahlen nach der Taschenbuchausgabe 1996. Hervorhebungen im Text.

2 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen, Bd. 2, Frankfurt a. M. 1984, Taschenbuchausgabe 1988, S. 398.

Der Widerruf war vom offiziellen Deutschland 1933 ausgegangen. Als Mayer 1945 zurückkehrte, war ihm bewußt, daß es keinen Widerruf des Widerrufs geben würde. Gleichwohl war er nicht ohne Hoffnung zurückgekommen. »Allein ich bin als noch junger Emigrant im Oktober 1945, als die amerikanische Militärregierung mich dazu aufforderte, aus der Schweiz zurückgekehrt in das verwüstete, ratlose, hungernde und doch so hoffnungsvolle Deutschland« (S. 445). In der DDR und ab 1963 in der Bundesrepublik lebend, hatte er mehrere Generationen von Studenten in Literaturgeschichte und vergleichender Literaturwissenschaft ausgebildet und als politischer Essayist weit über die akademische Intelligenz hinaus wirken können. Doch die deutsche Vereinigung 1990, die für ihn zum Anschluß der DDR an die Bundesrepublik geraten war und dadurch den Keim neuer Konflikte in sich barg, habe, so Mayer, das politische Klima im Lande dramatisch verändert. »Vieles ist erschreckend«, sagte er in einem »Spiegel«-Interview 1993. »Offenbar war vieles andere jahrzehntelang nur Tünche, nun kommt es heraus. Wir müssen fürchten, daß sich Deutschland, um es mit Ernst Bloch zu sagen, jetzt zur Kenntlichkeit verändert.« Das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung und die konkurrenzbedingte Ausschaltung so vieler ostdeutscher Betriebe hätten einen ungeheuren »Bodensatz von Haß und Enttäuschung« entstehen lassen. Noch seien die Folgen nicht absehbar. »Aber wenn die Verelendung des Kleinbürgertums fortschreitet, dann werden wir bald keinen Grund mehr haben, uns über das Verschwinden der DDR zu freuen.«³

Die dramatische Verschlechterung des politischen Klimas äußere sich, schrieb Mayer in seinem jüngsten Buch zu diesem Thema, in einem virulenten neuen Phänomen: »Es gibt eine zahlenmäßig ernst zu nehmende ›Sehnsucht nach dem Dritten Reich‹. Diese Formulierung wird mißfallen, das versteht sich. Doch wie anders wäre er zu erklären, der allenthalben neu hervorbrechende Judenhaß in einem Land ohne Juden. Die neuen Hakenkreuzler, die jüdische Grabsteine beschmieren und den Gedenkstein geschändet haben, der im Berliner Grunewald an der Stelle steht, wo der deutsche Jude Walther Rathenau ermordet wurde, haben vermutlich niemals in aller Bewußtheit irgendeinen Juden getroffen, geschweige denn hassen können. Sie möchten jedoch dort wieder hassen dürfen, wo einstmal gehaßt wurde. Wobei der damalige Haß in den Völkermord führen sollte. Perfekt organisiert« (S. 451). Mayer sieht als »eine schreckliche Wahrheit von heute, daß es in breiten Schichten des deutschen Bewußtseins von heute offenbar positive Erinnerungen gibt an ein Drittes Reich, das mit Stolz als judenfrei deklariert werden konnte. Dergleichen sehnen viele auch heute noch abermals herbei. In keiner tiefen Schicht aber des heutigen deutschen Bewußtseins findet sich irgendeine traumatische Erinnerung an die von Deutschen begangenen Menschheitsverbrechen« (S. 445). Voller Sorge notiert Mayer immer wieder den allgegenwärtigen Terror gegen Ausländer in Deutschland, die publizistische Präsenz rechtsradikaler Meinungsführer übrigens auch auf Universitätskathedern, wie ergänzt werden muß. Ein Beispiel, leider nicht das einzige: Der Berliner Althistoriker

3 Hans Mayer, in: Der Spiegel, Nr. 28, 1993, S 166, 169.

4 Alexander Demandt:
Wenn Hitler gewonnen
hätte... dann sähe die Welt
ganz anders aus,
in: Tango, Nr. 18, 1995.

Alexander Demandt schwadronierte 1995 – verharmlosend – von einer Selbstreform des NS-Staates, an dessen Ende, »nach einer Ausschaltung der Roten Armee durch die Wehrmacht und die Verabschiedung von Hitlers Worldcup-Wahn eine Normalisierung im Verhältnis zu den Juden und den Amerikanern denkbar« gewesen wäre. »Zur Gefahr eines atomaren Overkills wäre es nicht gekommen, fünfzig Jahre Sozialismus hätten sich erübrigt«⁴ – wenn nämlich die Sowjetunion zerschlagen worden wäre. Demandt unterschlägt in seinen gefährlichen Phantasmagorien solche für ihn nebensächlichen Dinge wie die Realisierung des Generalplans Ost und ähnlicher »Lebensraum«-Ideen der Nazibestien.

All das bringt Mayer zu dem Schluß: »Ich bin ein deutscher Universitätsprofessor und ein deutscher Schriftsteller. Deutscher bin ich nicht mehr und kann es auch nie wieder sein« (S. 445). Die jahrhundertlang genährte jüdische Hoffnung, durch Assimilation, durch Angleichung an die deutsche Bevölkerung unter Preisgabe jüdisch-kultureller Traditionen die volle Integration und Gleichbehandlung zu erreichen, sei trügerisch gewesen und durch den Widerruf von 1933 gegenstandslos geworden. Diese Integrationsbemühungen und ihr Scheitern darzustellen, ist Anliegen von Hans Mayers Buch »Der Widerruf«.

Es versammelt Aufsätze, die zwischen 1957 und 1993 entstanden sind, und ist in sieben Teile gegliedert. Teil Eins und Zwei behandeln den Rückblick auf den »Tag des Widerrufs«, den 30. Januar 1933 und am Beispiel Felix Mendelssohns die »Hoffnung des Beginns«. Im dritten und vierten Teil werden exemplarische Lebensläufe aus Österreich-Ungarn, nämlich Karl Kraus, Hugo von Hoffmannsthal, Otto Weininger und Arnold Schönberg, mit solchen aus Deutschland, Walther Rathenau, Theodor Lessing, Ernst Bloch und die Germanistin Käte Hamburger, kontrastiert. Anna Seghers und Hanns Eisler werden im fünften Teil als »Deutsche, Juden, Kommunisten« porträtiert. Der sechste Teil untersucht »Jüdische Dialoge über Deutsche und Juden«, abschließend werden einige »Erfahrungen und Erkenntnisse« über Deutsche und Juden nach dem Widerruf behandelt.

War die Emanzipation der Juden in Deutschland von vornherein zum Scheitern verurteilt? Sie wäre im Rahmen eines allgemeinen Emanzipationsprozesses durchaus möglich gewesen. Doch, so schreibt Mayer mit Bezug auf Felix Mendessohn, »das deutsche Bürgertum des sogenannten Biedermeier war trübe und böseartig. Der Zwiespalt zwischen nationaler Befreiung und bürgerlicher Emanzipation trat immer wieder hervor. Deutsche Studenten hatten beim Wartburg-Fest 1817 nicht nur den Zopf und den Krückstock verbrannt, sondern auch das Bürgerliche Gesetzbuch der Franzosen und jüdische Schriften zur Judenemanzipation« (S. 39). Dies fand auch, manchmal gemildert, in den folgenden Jahrzehnten seine Fortsetzung: »Von deutscher Seite ist die deutsch-jüdische Assimilation niemals als eine Aufforderung zur völligen Gemeinsamkeit, gar Brüderlichkeit verstanden worden.« Man hat auch »in all dieser Zeit bis zum Widerruf von 1933 kaum jemals im öffentlichen Leben nachweisen können, daß die Deutschen den jüdischen Mitbürger als ihresgleichen empfunden und behandelt hätten.

Die Juden waren auch bei ihren Freunden doch immer die im Einzelfall vielleicht schätzenswerten – Anderen. Auch überzeugte liberale Bürger und plebejische Demokraten vermochten den inneren Vorbehalt nicht zu überwinden. Die Juden waren, auch nach der christlichen Taufe, nach wie vor ›getaufte Juden‹ (S. 436f.).

Das Problem verschärfte sich in der österreichisch-ungarischen Monarchie. Dort suchten sich viele Juden an die deutsche Kultur anzulehnen. Die Deutschen waren zwar das dominierende Staatsvolk, aber doch nur eine zahlenmäßige Minderheit der Bevölkerung. Unter ihnen entstand eine besonders rabiate und populistische, durch katholische Traditionsbestände noch verstärkte Spielart des modernen Antisemitismus. Mayer sieht die widersprüchlichen und problematischen Äußerungen von Karl Kraus, Hugo von Hoffmannsthal und besonders von Otto Weininger als jeweils individuelle Reaktion auf eine Identitätskrise, die nur im Rahmen der nie voll gelungenen Integration der Juden in die deutsch-österreichische Bevölkerung und vor dem Hintergrund des populistischen Antisemitismus der Doppelmonarchie denkbar waren. »Die jüdische Identitätskrise inmitten der aufklärerischen bürgerlichen Gesellschaft befällt den Einzelnen als Teil einer Gemeinsamkeit. Das Außenseitertum wird nicht individuell begründet, sondern generell: durch das Judesein. Es kann nicht ignoriert und auch nicht sublimiert werden. Der angebliche ›Selbsthaß‹ beweist bloß, daß Aufklärung gescheitert ist und daß man es erkannt hat« (S. 131).

Der von Theodor Lessing beschriebene Selbsthaß ist ein psychopathologisches Phänomen, zur Erklärung historischer Tatbestände wohl nicht geeignet. Dennoch ist es eine unleugbare Tatsache, daß es Menschen gab und gibt, die ihre Herkunft als Makel ansehen. Gerade im Falle Otto Weiningers ist dies sicher eher der Übernahme rassen-antisemitischer Stereotypen geschuldet als der Einsicht, daß die Aufklärung und mit ihr die jüdische Emanzipation gescheitert seien. Weiningers Buch »Geschlecht und Charakter« war Bestandteil der Gegenaufklärung, der Anti-Emanzipation.

Schwierigkeiten der Identitätsbestimmung beleuchten zwei der vier Beiträge des »Deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens« überschriebenen Teils, nämlich die Abhandlungen über Walther Rathenau und Theodor Lessing. Warum wird, neben Käte Hamburger, auch Ernst Bloch hier mitbehandelt? Er gehörte nicht dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens an, einer Interessenvertretung der um Assimilation bemühten Juden. Aber der Titel des Abschnitts verweist auf mehr: »Jüdischer Glaube« bedeutet hier einen Glauben an die Möglichkeit der Emanzipation. Juden sollten deutsche Staatsbürger wie alle anderen sein. – Es war eine Illusion. Bemerkenswert bleibt, wie Theodor Lessing sich vom philosophischen Pessimismus seiner Anfangsjahre zunehmend befreien konnte. Die Nazis, die ihn bereits im August 1933 ermordeten, sahen in Lessing zu Recht einen ihrer gefährlichsten und unbeugsamsten Gegner.

Die »jüdischen Dialoge über Deutsche und Juden« enthalten Reflexionen Mayers über Max Brod und Franz Kafka, die Beziehungen zwischen Albert Einstein und Walther Rathenau, zwischen Sigmund Freud und Arnold Zweig sowie zwischen Walter

Benjamin und Gershom Scholem. Wie alle Abhandlungen Mayers vermitteln auch diese zum Buch gefügten Essays wichtige Einsichten über die Wege und Möglichkeiten geistiger und moralischer Selbstbehauptung im Zeitalter der organisierten und hochtechnisierten Barbarei. In den Aufsätzen zu Anna Seghers und Hanns Eisler wären auch andere Überlegungen denkbar gewesen: Gedanken zum Verhältnis des organisierten Kommunismus zur jüdischen Emanzipation. Im Eisler-Essay wird das Thema immerhin berührt: »Der Vater der Völker, Generalissimus Stalin, lebte immer noch, offenbar wahnhaft befangen in seinem Haß gegen Juden und jüdische Ärzte, verräterische Kommunistenführer, die man an den Galgen bringen mußte, in nachträglichen Haßgefühlen gegen den Todfeind Leo Trotzki, der es mit der jungen Kunst und Literatur gehalten hatte, weshalb ein strenger Klassizismus zu verordnen war« (S. 338).

Zu den anregendsten Überlegungen Hans Mayers gehört seine vor mehr als zwanzig Jahren getroffene Unterscheidung zwischen intentionellen und existenziellen Außenseitern. Während erstere eine bewußte Grenzüberschreitung vornehmen, die Normen ihrer Umwelt kritisch prüfen und revidieren, sind letztere durch ihre Herkunft oder Veranlagung von der sie umgebenden Umwelt geschieden. Die Existenz wird selbst zur Grenzüberschreitung, sobald eine Integration in die Gesellschaft mitsamt ihren Normen versucht wird. Existentielle Außenseiter par excellence, was die Juden zweifellos sind, leben damit, so Mayer, immer im Zustand der Gefährdung. Die Sicherheit muß eine Illusion bleiben.⁵

Drei Jahrzehnte vor Hans Mayer mühte sich sein Altersgenosse Isaac Deutscher (1907-1967), der wie Mayer als verfolgter Jude und oppositioneller Kommunist exilieren mußte, mit diesem Problem ab. Er behandelte in seiner 1968 posthum erschienenen Aufsatzsammlung⁶ Menschen, die ihr Jude-Sein bewußt als zu eng und zu archaisch empfanden, die Grenzen des Judentums überschritten, zu neuen Horizonten aufbrachen und gerade damit das Beste der jüdischen Tradition in einem dialektischen Sinn »aufhoben«. Als solche »Nicht-jüdischen Juden« benannte Deutscher Spinoza, Heine, Marx, Freud, Rosa Luxemburg und Trotzki, gewiß keine leicht miteinander zu vereinbarenden Persönlichkeiten. Deutscher sah all diese Menschen, in einem sehr unkonventionellen Sinn, als Revolutionäre des Denkens und des Handelns.

Der nazistische Völkermord zwingt aber jeden, so Deutscher, seine Prämissen zu überprüfen. »Es ist eine unbezweifelbare Tatsache«, schrieb er, »daß das Massaker der Nazis an sechs Millionen europäischer Juden bei den europäischen Nationen keinerlei tiefen Eindruck hinterlassen hat. Es hat ihr Gewissen nicht wirklich aufgerüttelt. Es hat sie vielmehr fast kalt gelassen. Kann man nach alledem immer noch meinen, der von den großen jüdischen Revolutionären geäußerte optimistische Glaube an die Menschheit sei gerechtfertigt? Können wir immer noch ihren Glauben an die Zukunft der Zivilisation teilen? Ich gebe zu, es wäre schwierig, ja vielleicht unmöglich, diese Frage von einem ausschließlich jüdischen Standpunkt aus zu beantworten und dennoch eine positive Antwort zu formulieren. Ich selbst kann

5 Hans Mayer: Außen-seiter, Frankfurt a. M. 1975.

6 Isaac Deutscher: The Non-Jewish Jew and Other Essays, Oxford 1968. Deutsche Ausgabe: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin (West) 1977.

dieses Problem nicht unter einem besonderen jüdischen Blickwinkel angehen, und meine Antwort lautet deshalb: Ja, ihr Glaube war gerechtfertigt. Er war es in jedem Fall, denn der Glaube an die endgültige Solidarität aller Menschen ist selbst eine der notwendigen Bedingungen, um die Menschheit zu erhalten und um unsere Zivilisation vom Bodensatz der Barbarei zu befreien, der noch immer fortwirkt und sie noch immer vergiftet.«⁷

Mayer, obgleich im hohen Alter pessimistischer gestimmt als Deutscher, dürfte dem gewiß kaum widersprechen. Die Assimilationsbestrebungen erwiesen sich, so Mayers Fazit, als eine »gescheiterte Hoffnung« (S. 427). Dennoch: »Auch heute müssen wir vor allem eines bedenken: wir wollen nicht ohne Hoffnung leben. Jeder einzelne für sich und wir alle miteinander. Ein Leben in Hoffnung ist aber nur denkbar als ein Leben in der Wahrheit. Auch hier hat Theodor W. Adorno recht mit der These, daß es auf die Dauer auch im Einzeldasein kein wahres Leben geben kann in einem Allgemein-Falschen« (S. 445f.).

7 Ebenda, S. 17.

Die Idee entstand bei einem der regelmäßigen Treffen von PDS-Bundesvorstandsmitglied *Sabine Andert* mit Kulturpolitiker/innen der gleichen Partei aus den ostdeutschen Landesparlamenten. Es stellte sich bald heraus, daß, da Kulturpolitik von Verfassung wegen föderale Angelegenheit ist, die meisten von ihnen an den gleichen Problemen arbeiteten, aber jeweils unterschiedliche Lösungswege beschritten. Vorausgesetzt nun, ein beschrittener Weg sei der optimale, müßten die anderen Wege wenn schon nicht falsch, dann aber doch wesentlich ungünstiger sein: Umwege, die Zeit und Ressourcen kosten. So wurde beim PDS-Bundesvorstand eine kulturpolitische Dokumentationsstelle gegründet, in der einsehbar ist, was sich in den ostdeutschen Ländern kulturpolitisch getan hat und was sich, parallel dazu, kulturwissenschaftlich tut. Jetzt sind vergleichende Studien möglich. Der erste Schritt.

Ziemlich einig war man sich, daß zum Verständnis von Kultur ein weiter Kulturbegriff gehört: Nicht allein die klassischen Kunstgebiete, sondern auch die Lebensweise, die Sitten und Bräuche und die gesellschaftlichen Normen machen das Bild von der Kultur einer Gesellschaft aus. Und: die Fähigkeiten, mit dem Anders-Sein umgehen, im gesellschaftlichen Leben »Optionen auf Zukunft« offen halten und die von Marx diagnostizierte Entfremdung zwischen Individuum und Gesellschaft vermindern zu können (*Eckehard Binas*).

Bald zeigte sich aber, daß Kulturpolitik dazu verdammt ist, Ressortpolitik zu sein. Aus ganz praktischen Gründen: Sie ist mit ihren »klassischen« Feldern Musik, Theater, bildende Kunst und »Soziokultur« schon ein so komplexes Gebiet, daß es schlechterdings unmöglich ist, sie als ressortübergreifendes Politikfeld im Sinne des oben angedeuteten Kulturverständnisses zu betreiben. Der Gedanke entstand, ein Forum einzuberufen, auf dem, zu einem bestimmten Thema, Künstler/innen, Politiker/innen und Kulturwissenschaftler/innen sich austauschen, auch unkonventionelle (im Tagespolitischen unkonventionelle!) Fragen, Gedanken, Lösungsansätze diskutieren sollten. Ein Forum also, auf dem ein wirklich spartenübergreifendes,

integratives Kulturverständnis praktiziert wird. Der zweite Schritt.

Schwierig war die Suche nach einem Thema. Nicht, daß es an Stoff mangelte. Gerade in den neuen Bundesländern spielen sich wie inzwischen viel beschrieben – kulturelle Umbrüche ungeheuren Ausmaßes ab: Auf kulturpolitischem Gebiet verschwand die zentral gesteuerte, hoch subventionierte kulturelle Infrastruktur der DDR, und an ihre Stelle trat die dezentrale, oft nur durch Idealismus und improvisatorische Phantasie am Leben gehaltene der größer gewordenen Bundesrepublik. Auf dem Gebiet der Alltagskultur entwickelten sich ein neuer Sprachgebrauch und neue Verhaltensnormen. Und dann sind da vor allem die Umbrüche in der individuellen Lebensweise, die mit dem zum Alltag gewordenen Stichwort Massenarbeitslosigkeit überschrieben sind. Massenhaft – und eben nicht nur »hier und da« – fehlen Erwerbsarbeitsplätze, die zur Lebenssicherung dienen. Aber: »Was heißt hier Arbeit?« (*Dietrich Mühlberg*). Ist Arbeit nicht weit mehr als nur Erwerbsarbeit? Vergessen wir, daß jede schöpferische Tätigkeit in gut marxistischem Sinne Arbeit ist? Die Beziehung von Leben und Arbeit wurde schließlich zum Thema des Kulturforums.

Der dritte Schritt.

Unter diesem Frage-Zeichen »Leben ohne Arbeit?« wurde am 7. und 8. Dezember des vergangenen Jahres das Kulturforum der PDS einberufen.

Der vierte Schritt.

Den gedanklichen rote Faden des Forums markierte die These, daß die fordistische organisierte Industriegesellschaft am Ende ist. Die Arbeitsproduktivität ist inzwischen derart gestiegen, daß weltweit in Zukunft nur noch 40 Prozent der Erwerbsarbeitsfähigen genügen werden, um den gesellschaftlichen Reichtum produzieren zu können. Das fordistische Modell – Lohn und soziale Sicherheit gegen Arbeitsleistung – wird mehr und mehr untauglich, ein gesamtgesellschaftliches Regularium darzustellen. Die Massenarbeitslosigkeit hat nicht nur den Osten erfaßt. Auch im Westen ist der Traum von Vollbeschäfti-

gung vorerst ausgeträumt. Der potentiell arbeitsplatzintensive Dienstleistungssektor ist noch viel zu schwach entwickelt, um politische Lösungen wirkungsvoll unterstützen zu können. Das hat seinen Grund nicht zuletzt darin, daß die Bundesregierung lieber die Arbeitslosigkeit als eben diesen Dienstleistungssektor subventioniert.

Jedoch:

Selbst wenn es langfristig gelingen sollte, ein soziales Netz zu installieren, das die vielen Arbeitslosen auffangen kann – es bleibt die Frage, was die Menschen mit ihrer freien Zeit anfangen werden. Sicher ist, daß eines der kulturellen Grundmuster unserer Gesellschaft – ein Leben in und mit Erwerbsarbeit – sich ändern wird. Ein Grundmuster, das seit Menschengedenken existiert. Nur: Wie weit reicht dieses »Menschengedenken«? Dietrich Mühlberg in seiner Einleitungsrede (Foto S. 52 – die Red.): »Bei den frühen Griechen war es der Bauerdichter Hesiod, der Achtung einfordernd behauptete: Arbeit schändet nicht, sie ist keine Schande. Er muß offenbar schon jenen Dünkel erfahren haben, den Aristoteles später theoretisch formulierte: Arbeit macht gemein und deformiert den Menschen«. Erst im Vormittelalter wurde begonnen, Arbeit zum Grundwert, zum Lebensinhalt schlechthin, umzubewerten. Bis zur Reformationszeit dauerte es, daß jenes Arbeitsethos entstanden war, das Max Weber später als das »protestantische« bezeichnete. Mühlberg zitierte Luther: »Arbeite nicht aus Not, sondern aus Gottes Gebot«. In der Frühzeit des Industriekapitalismus betrug die Arbeitszeit nicht selten 80 Stunden pro Woche. Den Gedanken an freie, schöpferische, nichtentfremdete Arbeit verschwendeten höchstens noch ein paar versprengte utopische Sozialisten wie Fourier. Freilich, heutzutage ist man wieder zwischen 30 und 40 Stunden pro Woche angelangt (wie zu Zeiten des zünftigen Handwerks). Doch den Umgang mit Freizeit – und Müßiggang! – haben wir, so Mühlberg, noch nicht wieder gelernt. Dabei wäre dies ein erster Schritt in die richtige Richtung – schließlich brächte die Halbierung der jährlich in der Bundesrepublik abgeleisteten Überstunden 500.000 Arbeitsplätze, verkündete jüngst Finanzminister Theo Waigel. Heutzutage aber

leiden selbst sozial abgesicherte Menschen unter (Erwerbs-)Arbeitslosigkeit, sie leiden unter der Nichtakzeptanz des Nichtstuns durch die Gesellschaft, können ihre Freizeit nicht genießen. Sie erfahren – besser: erfuhr – ihren sozialen Wert durch und über die Arbeit. Gesamtgesellschaftliches Umdenken tut also Not.

War Mühlberg der Rufer in der Wüste? Denn geradezu kontrapunktisch zu ihm war das Fazit der Diskussionsrunde, die *Gerd-Rüdiger Hoffmann* moderierte, und in der unter anderen auch *Klaus Grehn*, Präsident des Arbeitslosenverbandes, saß: Geht es, hieß am Ende die Frage, heutzutage wirklich noch darum, gegen Ausbeutung zu kämpfen, oder ist die Entwicklung nicht inzwischen an einem Punkt angelangt, an dem es darum geht, ausgebeutet werden zu wollen? Wenigstens Knecht sein zu dürfen (und nicht Arbeitsloser sein zu müssen)?

Hans Mayer gab dem facettenreichen Kulturforum mit einstündiger Rede einen besonderen Glanz (Foto S. 55 – die Red.). Sein Thema war nicht das Verhältnis zwischen Kultur und Arbeit, sondern die Gefährdung unserer Kultur in diesem Jahrhundert. Eindringlich rief er, den kulturlose Engstirnigkeit 1963 von seinem Leipziger Professorenstuhl und aus der DDR vertrieben hatte, dazu auf, »Unverstand, Wichtigtuerei und ideologischer Rechthaberei« entgegenzutreten. Es müsse »alles getan werden, um zu zeigen: Hier wird mit Menschen gearbeitet und nicht mit Gesinnungs-trägern. Es soll gezeigt werden, daß Demokratischer Sozialismus darin besteht, daß man miteinander spricht – nicht aber terminologierend sich Schlagworte um die Ohren haut!«

Das Kulturforum soll weitergehen.

LIESEL MARKOWSKI

Heiner Goebbels: Der Rückzug ins »Komponierhäuschen« kommt für mich nicht in Frage

Liesel Markowski – studierte bis 1959 an der Deutschen Hochschule für Musik Gesang und an der Humboldt-Universität zu Berlin Musikwissenschaft. Promovierte über das Massenmedien-Konzept Hanns Eislers, war bis 1990 Chefredakteurin der Zeitschrift »Musik und Gesellschaft«.

Vorspann:

Heiner Goebbels, Jahrgang 1952, geboren in Neustadt an der Weinstraße, lebt als freischaffender Komponist in Frankfurt am Main. Sein Studium während der siebziger Jahre an der dortigen Universität beendet er mit einem Diplom über die »Fortschrittlichkeit des musikalischen Materials« unter anderem in Zusammenhang mit Hanns Eisler. Seine Musikausbildung schließt er 1978 mit dem Staatsexamen ab. Nicht zuletzt Eislers Konzept der »Angewandten Musik« motiviert ihn, sich politisch einzumischen. Mit von ihm selbst gegründeten Ensembles – dem »Sogenannten linksradikalen Blasorchester« und der experimentellen Rockgruppe »Cassiber« ist er in den 70ern und 80ern bei Protestdemonstrationen auf der Straße dabei oder durchreist auf Tourneen viele Länder der Welt. Arbeiten am Frankfurter Schauspiel, wo er von 1978-1980 während der Ära von Peter Palitzsch als musikalischer Leiter tätig ist, sowie für Film, Hörspiel und Ballett prägen sein künstlerisches Selbstverständnis weiter aus. Er findet seine schöpferischen Impulse in konkreten Vorgängen des realen Lebens: Ereignisse, Filme, Texte entzünden seine Phantasie. Künstlerische Konzepte entwirft, erprobt und erarbeitet Heiner Goebbels gern in Kooperation mit anderen Autoren, mit Künstlern, Interpreten, Technikern. Vor allem Arbeiten Heiner Müllers, mit dem ihn auch Partnerschaft verband, haben ihn zu unverwechselbaren Gestaltungen in ganz neuartigen Hörstücken inspiriert. Wie für viele seiner zahlreichen Platteneinspielungen wurde er dafür mit internationalen Preisen ausgezeichnet.

LIESEL MARKOWSKI: In den siebziger Jahren waren Sie mit dem »Sogenannten linksradikalen Blasorchester« bei vielen Demonstrationen im Raum Frankfurt (Main) auf der Straße. Sie sind damals beim Festival »Rock gegen Rechts« gegen die sich öffentlich formierenden Neofaschisten aufgetreten. Auch während der achtziger Jahre haben Sie sich mit der experimentellen Rockgruppe »Cassiber« politisch eingreifend artikuliert. Was bedeutet politische Musik heute für Sie?

HEINER GOEBBELS: Ich sehe da in meiner jetzigen Arbeit keinen Unterschied zu früher, weil ich schon damals politische Musik nicht vordergründig propagandistisch begriffen habe, sondern als Musik, die etwas für die Musik tut. Darum hat sich dieser Anspruch

auch gar nicht verändert. Verändert haben sich die objektiven gesellschaftlichen Zusammenhänge. Gewandelt hat sich die Spontaneität gewisser politischer Aktionen der siebziger Jahre zur Institutionalisierung in den 80ern mit den »Grünen« und anderen Parteien. Ich war nie ein offensiver Parteigänger, so ist für mich der Verlust dieser spontanen Organisationsformen schon spürbar als Verlust eines direkten Eingriffs. Aber ich glaube, daß ich mit den Projekten während der vergangenen zehn Jahre trotzdem nie aufgehört habe, im weitesten Sinne politische musikalische Arbeit zu machen. Zum Beispiel hatten die Hörstücke »Wolokolamsker Chaussee« (1989, mit Texten Heiner Müllers) oder das Musiktheaterstück »Glücklose Landung« (1993, mit Texten Joseph Conrads, Heiner Müllers und Francis Ponges) einen historisch und gesellschaftlich spezifischen Ansatzpunkt: die tragischen Widersprüche und Folgen während und nach dem zweiten Weltkrieg sowie Fremdheit und Kolonialisierung. Diese Stücke haben dort angeknüpft, nicht auf der Straße, sondern im Radio, im Theater oder im Konzert. Solchem Anspruch an politische Musik im weitesten Sinne versuche ich dadurch zu entsprechen, daß ich das Material politisiere, nämlich konkrete Klänge, Geräusche, Vokalstimmen in einen musikalischen Bezug zum Text setze. Dieses Ziel verfolge ich nach wie vor.

LIESEL MARKOWSKI: Wie sehen Sie sich in dem nun größeren Deutschland nach dem Untergang der DDR und dem Scheitern des Sozialismusversuchs? Sie haben einmal gesagt, es komme darauf an, daß Sie sich in der Zeit bewegen und Ihre Transparenz gegenüber der Zeit demonstrieren. Gibt es Veränderungen für Sie?

HEINER GOEBBELS: Für mich persönlich nicht. Ich habe nie, auch nicht in den siebziger Jahren, stellvertretend politische Musik gemacht für die Entrechteten und Geknechteten, weil ich jeglichem Stellvertreterdenken mißtraue. Ich habe immer versucht, relativ wahr und gerecht zu reagieren auf die Sorgen, in denen ich mich selber befand, und darin etwas zu entdecken, was nicht nur für mich gilt. Etwas, das erlaubt, Privates auch zu verallgemeinern. Das war bei den »Spontis« nicht anders als das, was ich jetzt mache. Ich lebe in Frankfurt am Main, in einer Stadt mit hohem Kunstpotential, einem kulturell vielsprachigen Zentrum, das sehr anregend ist, gerade in dieser Hinsicht. Von daher hat sich die Situation dort viel weniger verändert als etwa für Westdeutsche in Berlin oder vor allem für Ostdeutsche, für die ich nicht sprechen kann und nicht sprechen will. Ich habe schon bei der »Wolokolamsker Chaussee« versucht, auch diesen Text nicht nur als Text über die DDR zu lesen, sondern auch als einen, der mit erzählt über meinen Raum, in dem ich arbeite. Das war immer die Art und Weise, wie ich Heiner-Müller-Texte gelesen habe: nicht stellvertretend für die DDR oder sozusagen auf die Metapher der Zeit eingeeengt, in der sie entstanden sind, sondern als weitaus größer gespannte allgemeingültigere Aussagen zur politischen Kommunikation.

LIESEL MARKOWSKI: Was bedeutet in Ihrem Selbstverständnis als Komponist die Auseinandersetzung mit Hanns Eisler? Sie haben sich in Ihrer Diplomarbeit mit Eisler beschäftigt. Sie haben sich in gemeinsamen Platteneinspielungen mit dem Jazzmusiker Alfred Harth wie »Vier Fäuste für Hanns Eisler« (1976) gegen verbreitete Untugenden bei der Interpretation seiner Werke gewandt. Welchen Stellenwert hat Eisler heute für Sie?

HEINER GOEBBELS: Für meine Biographie ist er ungeheuer wichtig, zur Zeit zehre ich immer noch davon. Vielleicht in zwei Gesichtspunkten: Einmal in der Leichtigkeit, in dem Humor, die Eisler für mich ausmachen, in seiner ganzen Vitalität, die leider in vielen akademischen Musik-Produktionen verlorengeht. Andererseits darin, daß er kein Fundamentalist in seiner Haltung zum musikalischen Material gewesen ist. Eisler hat lustvolle Kompromisse geschlossen zwischen einer kommunizierbaren Form und einem Anlaß, seinem Anspruch, zeitgenössisch zu komponieren. Das ist ein Motiv, das mich immer noch beschäftigt und mit dem ich sicher identisch bin.

LIESEL MARKOWSKI: Wie arbeiten Sie? Spielen Ihre Jugenderfahrungen noch eine Rolle?

HEINER GOEBBELS: Ich möchte meine Projekte und Stücke nach wie vor kollektiv entwerfen und erarbeiten. Das war schon so mit dem »Sogenannten linksradikalen Blasorchester« und es war jetzt nicht anders mit dem »Ensemble Modern« bei meinem letzten Musiktheaterstück »Schwarz auf Weiß«.

LIESEL MARKOWSKI: Der Rückzug ins traditionelle »Komponierhäuschen«, wohin sich ein Komponist wie in ein Privatissimum begibt, kommt also für Sie nicht in Frage?

HEINER GOEBBELS: Keineswegs. Die Komponisten sind offenbar die letzten, die noch glauben, sie müßten alles allein erfinden. Das ist völlig unangemessen. Es gibt wunderbare Filme, die im Team entstehen, ebenso Theaterarbeiten. Ich habe durch gemeinsame Arbeit nur profitiert. Viele wertvolle Sachen sind in Kollektiven entstanden. Zum einen war es ein Korrektiv, wie damals mit dem Blasorchester. Komponiert wurde natürlich individuell, aber das Ergebnis wurde zerpfückt, es wurde verändert, weggeworfen und angeregt – jeden Sonntag wieder neu bei jeder Probe. Das ist ein Vorgang, bei dem man sehr schnell lernt, daß privates Eigentum dabei ein völlig überflüssiger Gedanke ist, weil es nicht nur darum geht, wie, wo und wann man auftritt. Andererseits haben wir später mit »Cassiber« auch kollektiv komponiert. Ich habe diese Arbeitsweise in verschiedenen Gruppen wieder aufgenommen. Bei der »Wolokolamsker Chaussee« habe ich mich weniger als Komponist betrachtet, sondern als Regisseur in der Arbeit mit den einzelnen Ensembles. Auch jetzt mit dem Ensemble »Schwarz auf Weiß«. Dieses Stück ist zwar zum großen Teil durchkomponiert, aber es ist entstanden auf Grund genauer Kenntnis der Fähigkeiten

jedes dieser Musiker, die ein größeres Spektrum haben als gewöhnliche Instrumentalisten.

LIESEL MARKOWSKI: Hat Ihre Arbeitsweise auch etwas zu tun mit Lebenslust, einer bestimmten Lebensart, eines spielerischen Miteinander? Bei den Platteneinspielungen mit dem »Sogenannten linksradikalen Blasorchester« ist das zu spüren.

HEINER GOEBBELS: Ja, das stimmt, wobei ich genauso Zeit brauche, um allein zu sein, mich zurückzuziehen.

LIESEL MARKOWSKI: Aber das heißt nicht »Komponierhäuschen«?

HEINER GOEBBELS: Nein, ich komponiere nicht im isolierten Zimmer. Meine Umgebung enthält viele Elemente, die mich sehr lebendig beeinflussen. Ich bin nicht im geschützten Zusammenhang. Ich halte auch nicht viel von diesem sogenannten Schutz, weil er gesellschaftliche Wirklichkeit wegnimmt. Und deswegen brauche ich auch die Auseinandersetzung mit dem Publikum, mit dem Markt von mir aus, mit der musikalischen Realität – von dieser Auseinandersetzung muß Musik für mich heutzutage gekennzeichnet sein.

LIESEL MARKOWSKI: Bisher sind Ihre Arbeitsfelder Theater, Film, Ballett, Hörstück – warum schreiben Sie keine Opern?

HEINER GOEBBELS: Ich habe in gewisser Weise schon fünf Opern geschrieben, Musiktheaterwerke mit Sängern, allerdings ohne den Opernapparat. Den Opernapparat habe ich abgelehnt – trotz vieler Angebote –, weil er mir zu träge ist. Ich erarbeite mir das Material der Musik gern mit den beteiligten Interpreten und das läßt der Opernapparat bisher kaum zu. In den Opernhäusern muß man die Partitur ein paar Jahre vorher abliefern. Ich entwickle meine Stücke aber bis zur Regie mit den Beteiligten selbst, die ich wiederum nach dem Stoff auswähle. Das geht in der Oper kaum.

LIESEL MARKOWSKI: Die Grenzen des traditionellen Musiktheaters werden von Ihnen gesprengt. Da ist dann viel Improvisation im Spiel, wie man kürzlich bei »Schwarz auf Weiß« erleben konnte.

HEINER GOEBBELS: Ja, das steht auch beim »Ensemble Modern« im Vordergrund: Die Abwesenheit des Stars, die Abwesenheit des Zentrums, die Abwesenheit der formulierten Handlung, die Abwesenheit dessen, was eigentlich sonst 99 Prozent vom Theater, von der Oper ausmachen.

LIESEL MARKOWSKI: Was hat Ihnen Heiner Müller bedeutet? Als Textautor, auch als Partner. Ihre Hörstücke wie »Die Befreiung des Prometheus«, »Verkommenes Ufer«, »Der Mann im Fahrstuhl« oder »Wolokolamsker Chaussee« sind ja eine Besonderheit, die Sie an seinen Texten entwickelt haben.

HEINER GOEBBELS: Die Aufführung des Musiktheaterstücks »Schwarz auf Weiß« im Frühjahr 96 war Gedenken an Heiner Müller. Es war für mich auch eine Art Abschied. Das kann ich nicht in ein paar Worte fassen. Die Partnerschaft zwischen uns habe ich nicht als ein Vereinnahmen verstanden, denn unser Einverständnis in vielem war sehr groß. Die Phasen unmittelbarer Zusammenarbeit dagegen eher punktuell: Alle paar Jahre gab es an irgendeinem Projekt zwischen uns ein Gespräch, eine Frage von mir. Es bestand jedoch zwischen uns ideelle Übereinstimmung, auch in der Skepsis gegenüber vielen gesellschaftspolitischen Vorgängen. Die Melodie, die Stimmung der Sprache Heiner Müllers hat mich stimuliert, immer wieder mit seinen Texten zu arbeiten. Da sind Voraussetzungen, musikalisch mit ihnen umzugehen. Meine Arbeiten entstanden nicht nur, weil Heiner Müllers Texte in einer kompletten Weise auf der Bühne funktionieren, sondern – die Art, wie er sie selbst liest (etwa den »Prometheus«), ist ein ganz deutliches Beispiel dafür – meine Arbeiten sind auch entstanden, weil sie immer ein Angebot an die eigene Erfahrung des Publikums in sich bergen. Seine Erzählungen haben viele Schichten, viele Wahrheiten.

LIESEL MARKOWSKI: Es sind darin aktuelle Grundfragen – so empfinde ich sie – aufregend gestaltet worden: »Verkommenes Ufer« drängt einen sofort auf die heutige Umweltverschmutzung, obwohl der Text bereits in den fünfziger Jahren geschrieben wurde. »Maelstrom Südpol« (von Müller nach Edgar Allan Poe gestaltet) läßt an den Untergang eines Menschen in einer gewaltigen Naturkatastrophe denken.

HEINER GOEBBELS: Ich würde gern erreichen, daß man diese verschiedenen, einander nicht widersprechenden, aber ergänzenden Wahrheiten nicht zuschüttet, sondern sie dem Publikum zeigt, ihm Raum läßt, sie aufzunehmen. Was Sie beim »Verkommenen Ufer« als Umweltverschmutzung hören, wo ein anderer das Nachkriegsdeutschland und ein Dritter Arbeitslosigkeit hört – all das ist im Text enthalten. Das macht seine politische Qualität aus. Darin besteht das Angebot ans Publikum. Und es stellt sich heraus, daß die Offenheit der vielen Wahrheiten zu einem präziseren Verständnis und Zuwachs an gesellschaftlicher Erfahrung führt. Denn Heiner Müllers Texte sind eine Summe von gesellschaftlichen, historischen, auch literarischen Erfahrungen und darum unglaublich wertvoll.

LIESEL MARKOWSKI: Im Zusammenhang mit der »Wolokolamsker Chaussee« haben Sie dies konkretisiert: Nicht nur eine »Straße der Panzer«, sondern auch eine »Straße der Erfahrungen« soll beim Hörer zurückgelassen werden. Dieses Stück wirft viele Fragen zur deutschen Geschichte auf, die das Selbstverständnis heute lebender Generationen betreffen. Das Zitat aus dem ersten Satz von Schostakowitschs »Leningrader Sinfonie« (das bekannte Marschthema) stellt sie gleichsam, immer wiederkehrend zwischen den Teilen: »Überfall der Faschisten«. Ich verstehe es in diesem Zusammenhang der »Wolokolamsker Chaussee«, daß gefragt wird: Die Rote

Armee hat die Faschisten besiegt, aber was ist daraus geworden, was haben die Befreiten damit gemacht? Mit den Geschichten vom »Findling«, vom »Duell« oder von den »Kentauren« werden Unmoral, Bürokratie und verschenkte Chancen bloßgestellt. Politisches äußert sich nahegehend, zum Nachdenken anregend.

HEINER GOEBBELS: Das ist das Beste, was ein neues Stück bewirken kann: anregen, über den Kontext nachdenken.

LIESEL MARKOWSKI: Und das Generationsproblem im Abschnitt »Der Findling« ist nicht auf die DDR beschränkt, obwohl darin DDR-Realität frappierend gestaltet wurde. Möglicherweise sind ebenso Väter und Mütter aus dem Westen gefragt. Sie schockieren mit ätzender Schärfe. Wollen Sie das?

HEINER GOEBBELS: Ja, das ist ein Wechselspiel.

LIESEL MARKOWSKI: Der wiederholte bitterböse Schrei »Vergessen und Vergessen und Vergessen« gräbt sich schmerzhaft ins Bewußtsein. Aufrührerische Kritik ist in Ihrem neuen Stück »Schwarz auf Weiß« so nicht mehr da.

HEINER GOEBBELS: Das ist eine Frage des Stückes. Ich war im letzten Herbst und Winter zum ersten Mal in meinem Leben mit dem Tod vieler Menschen konfrontiert, mit denen ich gearbeitet habe, mit denen ich zu tun hatte: Heiner Müller, Ruth Berghaus, Don Cherry, Axel Mantheim. Vor diesem Hintergrund ist »Schwarz auf Weiß« entstanden. Es ist im Grunde ein persönliches und trauriges Stück, obwohl auch viel darin gelacht wurde.

LIESEL MARKOWSKI: Ihre Art zu arbeiten hat spürbar mit der Medienrealität zu tun. Dazu gehört die elektronische Barbeitung akustischer, insbesondere musikalischer Ereignisse. Dazu gehören die Sound-Sampler, die Materialien abrufbereit sammeln. Dies ist nicht zu trennen von einem anderen Element, das bei Ihnen eine wichtige Rolle spielt: die Rockmusik.

HEINER GOEBBELS: Ja, ich komme aus diesem Bereich.

LIESEL MARKOWSKI: Es war in Ihrem neuen Stück wieder so ein Ground, eine Basis da, die gewissermaßen den vitalen Impuls gibt. Zielen Sie auf eine Öffentlichkeit junger Hörer?

HEINER GOEBBELS: Nein, das hat überhaupt keinen pädagogischen Sinn. Das ist einfach meine Biographie. Ich habe als Schüler oder als Student wenig Neue Musik gehört, dafür aber viel Pop- und Rockmusik und Jazz. Daher kommen auch meine musikalischen Impulse.

LIESEL MARKOWSKI: Es ist ein musikalischer Lebensausdruck, den viele mit Ihnen teilen, junge und ältere Leute, etwas, das auch in der Realität vorhanden ist.

HEINER GOEBBELS: Da gibt es auch einen Nachholbedarf, hab' ich den Eindruck, in der Szene der Neuen Musik. Dort ist Rock immer noch verpönt, da ist es verpönt, diese Grenze zu überschreiten. Was ja auch nicht einfach ist.

LIESEL MARKOWSKI: Der Gewinn vieler Ihrer Arbeiten sind die großen, man kann sagen globalen Themen. Das gilt beispielsweise auch für »Schliemanns Radio«, eine Art musikalische Reportage über die Entdeckung der Antike durch die reichen Länder des Westens, die bei aller kulturhistorischen Leistung unterentwickelte Länder ausgeplündert und sorgfältig darüber Buch geführt haben. Und das gilt für »Surrogate Cities«, ein Porträt heutiger Großstädte als aktiver Lebensgrundlage und zugleich Lebensbedrohung. Zu Ihren Gestaltungen verwenden Sie alle nur möglichen (und jeweils angebrachten) Mittel des heute grenzenlos und ohne Stilzwang, ohne Tabu zur Verfügung stehenden Materials. Hanns Eisler hat am Ende seines Lebens angesichts der sich entwickelnden Kybernetik und Computer die Vision einer durch die Technik veränderten Kunst gehabt. Mit der naiven Spontaneität des Komponisten und dem mühseligen Adagio-Satz werde dann immer weniger anzufangen sein. Würden Sie ihm Recht geben oder würden Sie sagen, er hat noch nicht gewußt, daß man angesichts existentieller Gefahren all dies nachdrücklich bewahren muß?

HEINER GOEBBELS: Man muß, glaube ich, die Gesellschaft, ihre Gesetze und diese Entwicklung kennen. Man muß sie nicht mögen, aber kennen und sich auseinandersetzen. Dann kann man auch weiter komponieren und Stücke schreiben.

LIESEL MARKOWSKI: Ich denke, wenn ich Ihre Stücke höre, öfter an solche Sätze Eislers, daran, daß Sie dort also über diese Spontaneität des Lyrikers hinausgegangen sind.

HEINER GOEBBELS: Ich meine, man muß sich verabschieden von dem Runden, dem nach Runden strebenden Entwicklungsdenken in der Musik. Da liegt häufig der Irrtum einer heute adäquaten Lyrik begraben. Diese muß sich entsprechend der veränderten Art der Wahrnehmung verhalten, muß dieser angemessen sein. Darin hatte Eisler schon Recht.

LIESEL MARKOWSKI: Und das Adagio, muß man es erhalten?

HEINER GOEBBELS: Ja, natürlich, aber man muß es nicht noch einmal komponieren.

ROY MEDWEDEW

80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki

Die Macht der Zaren, die in Rußland 340 Jahre währte, brach Ende Februar 1917 fast ohne jeden Widerstand und in einem Tempo zusammen, das alle in Erstaunen versetzte. Von einer Revolution war bereits 1916 oft die Rede, vor ihr fürchtete man sich sowohl in der Umgebung Nikolaus II. als auch in der Staatsduma; in der Schweizer Emigration wurde sie voller Hoffnung erwartet. Und dennoch kam sie für alle überraschend. »Ihr Tempo und die Leichtigkeit, mit der sie siegte, hatten etwas Phantastisches«, schrieb ein Augenzeuge. »Tagelange Straßenunruhen in Petersburg und die Weigerung der Petersburger Garnison, diese zu unterdrücken, genügten, das Ende des Zarismus herbeizuführen. Es fällt sogar schwer, von dessen Sturz zu sprechen, denn das Regime zerfiel nach dem ersten Schlag, es unternahm keinen ernstzunehmenden Versuch der Selbstverteidigung und konnte sich auf niemanden mehr stützen.«¹

Die politischen Parteien der russischen Bourgeoisie waren viel zu schwach und viel zu willenslos, um die Macht in dem riesigen Vielvölkerstaat und noch dazu unter Kriegsbedingungen, aufrecht zu erhalten. Einer der Führer des »Blockes der Progressisten« in der Duma, Wassili Witaljewitsch Schulgin, schrieb zehn Jahre später: »Wir waren dazu geboren und aufgezogen, unter den schützenden Flügeln der Regierung Lob und Tadel über sie zu fällen. Im äußersten Notfall wären wir fähig gewesen, uns von den Abgeordnetenstühlen ohne sonderliche Beschwerden auf die Ministerbänke zu setzen. Unter der Bedingung, daß die kaiserliche Wache uns schützte... Aber angesichts der Möglichkeit eines Regierungssturzes und des bodenlosen Abgrunds im Falle eines solchen Zusammenbruchs ergriff uns der Schwindel, und unsere Herzen wurden mutlos. Die Ohnmacht starrte mich aus den Säulen des Taurischen Palais an. Und dieser Blick war verachtungslös bis zum Entsetzen.«² Aber auch die Unterstützung durch die Sozialdemokraten (Menschewiki) und die Sozialrevolutionäre, die bald darauf die meisten Ministerposten besetzten, konnte die Amtszeit dieser buntscheckigen Koalition nicht verlängern. Im Oktober 1917 führte der von den Bolschewiki organisierte bewaffnete Aufstand das Ende der Provisorischen Regierung herbei. Im Land wurde die Sowjetmacht ausgerufen und die erste Sowjetregierung unter Führung Lenins gebildet. Auch dieser revolutionäre Umsturz war zielstrebig und fast unblutig. Viele Bürger Petrograds haben den Machtwechsel nicht einmal bemerkt. In der Hauptstadt hatten Theater und

Roy Medwedew – Jg. 1925, Studium der Pädagogik und Philosophie; danach Leiter des Pädagogischen Verlages und in der Lehrerbildung tätig; seit 1972 freier Schriftsteller. Vater verstarb 1941 im Arbeitslager; 1956 Eintritt in die KPdSU, 1969 Ausschluß aus der KPdSU, von 1964-71 gab er mit seinem Bruder Zhores im Samisdat eine Untergrundzeitung heraus, nach Ausweisung seines Bruders ab 1975 erneute Herausgabe; 1988 Aufhebung des Parteiausschlusses, 1989-1991 Mitglied des ZK der KPdSU, gegenwärtig Co-Vorsitzender der Sozialistischen Partei der Werktätigen Rußlands.

1 M. Karpovic: Fevral'skaja revoljucija, in: Russkaja mysl (Paris) vom 9. 2.1984.

2 W. W. Schulgin: »Tage...«. Memoiren aus der russischen Revolution (1905-1917) (Quellen und

Aufsätze zur russischen Geschichte. Hrsg. v. Karl Stählin. Achter Band), Berlin-Königsberg 1928, S. 132 (Auslassungen im Original).

3 W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare 11. (24.) Januar 1918, in: LW, Bd. 26, S. 455.

4 »Die Partei stellt die Aufgabe, unser Land innerhalb des nächsten Jahrzehnts zur ersten Industriemacht der Welt zu machen, das Übergewicht über die USA sowohl in bezug auf den absoluten Umfang der Industrieproduktion als auch in der industriellen Pro-Kopf-Produktion zu sichern.«
N. S. Chruschtschow: Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. 18. Oktober 1961, in: N. S. Chruschtschow: Der Triumph des Kommunismus ist gewiß, Berlin 1961, S. 263.

5 »In dem neuen Programm der KPdSU, dessen Entwurf in den Tagen der Vorbereitung zum Parteitag leidenschaftliche Zustimmung der Partei und des gesamten Sowjetvolkes gefunden hat, wird der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft als hauptsächliche und unmittelbare praktische Aufgabe gestellt.«
N. S. Chruschtschow: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXII. Parteitag der KPdSU. 17. Oktober 1961, in: N. S. Chruschtschow: Der Triumph des Kommunismus ist gewiß, Berlin 1961, S. 118.

Kinos geöffnet, die Verkehrsmittel waren in Betrieb, Lenin fuhr mit der Straßenbahn zum Sowjetkongreß in den Smolny. Sehr bald schon bekam nicht nur Europa, sondern die ganze Welt den Einfluß der Revolution in Rußland zu spüren.

Als Lenin die Bolschewiki auf den Aufstand orientierte, rechnete er stets auch mit der Möglichkeit einer Niederlage seiner Partei. Von überallher drohten der neuen Macht Gefahren. Die Befehle der Volkskommissare wurden nicht befolgt, die Beamten aller Institutionen erklärten der neuen Macht den Boykott. Die 10 Millionen Mann starke Armee murrte. Die Brotration in der Hauptstadt betrug 200 Gramm Brot pro Person. Nur unter großen Anstrengungen gelang es, den Vormarsch von Kosakenkorps auf Petrograd zu stoppen. Völlig unklar war, wie sich die militärischen Verbündeten und Gegner Rußlands verhalten würden. Im Januar 1918 sagte Lenin voller Stolz: »2 Monate und 15 Tage – das sind [...] fünf Tage mehr als die Zeitspanne, in der schon einmal die Macht der Arbeiter über ein ganzes Land, über die Ausbeuter und Kapitalisten bestanden hat: die Macht der Pariser Arbeiter in der Zeit der Pariser Kommune.«³

Die Bolschewiki behaupteten unter großen Anstrengungen im Februar 1918 ihre Macht und waren im Sommer und Herbst einer Niederlage sehr nahe. Viel schwieriger war es, Denikins Armee im Herbst 1919 zu stoppen. Die schwerste Krise brach im Winter 1920/21 herein.

Der Bauernaufstand im Gebiet Tambow und der Kronstädter Aufstand zeigten, daß sich nunmehr auch jene aufzulehnen begannen, die die Stütze der Bolschewiki waren. Erst die Neue Ökonomische Politik brachte eine Ruhepause in diesem Krieg, der jedes Jahr Millionen Menschenopfer forderte. Die Möglichkeit der Restauration des Kapitalismus stellte noch jahrelang eine reale Gefahr dar. Diese reale bzw. scheinbare Gefahr diente Stalin in den dreißiger Jahren als Begründung für die schrecklichen Repressalien.

Der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg bewirkte eine Veränderung in der Situation des Landes und im Denken der Führer der KPdSU(B). Mitte der fünfziger Jahre dachte in der Sowjetunion kaum noch jemand an eine Restauration des Kapitalismus. Der erfolgreiche Start des ersten Sputnik am Vorabend des 40. Jahrestages der Oktoberrevolution rief bei vielen Menschen im Westen einen Schock hervor. In der Presse war damals davon die Rede, daß die USA und Europa auf dem Gebiet der Volksbildung hinter der UdSSR zurückgeblieben seien. »Wir werden den Kapitalismus beerdigen«, prophezeite Nikita Sergejewitsch Chruschtschow während einer Begegnung mit amerikanischen Industriellen und Bankiers in New York. Der XXII. Parteitag nannte die dafür vorgesehene Frist. 1970 wollte man die USA auf wirtschaftlichem Gebiet überholt haben,⁴ und 1980 bereits im Kommunismus leben.⁵

Dreißig Jahre nach der Annahme des neuen Programms lebte unser Land nicht im Kommunismus, sondern erlebte den Zusammenbruch der Kommunistischen Partei. Die mächtigste Partei der Welt verlor am 21./22. August 1991 in einem die internationale Öffentlichkeit überraschenden Tempo und fast widerstandslos die

Macht, sie konnte sich offensichtlich auf nichts und niemanden mehr stützen, nicht einmal mehr auf ihre 17 Millionen Mitglieder. Einige Monate später brach auch die Sowjetunion auseinander. Es gab keine Unruhen. Die Entscheidung, der sich alle fügten und die viele begrüßten, fiel im Jagdsitz Wiskuli im Wald von Beloweshsk. Eine buntscheckige Koalition aus liberalen und demokratischen Gruppen, die den Bruch mit dem Erbe der Bolschewiki propagierte, war in Rußland an die Macht gelangt. Im Oktober wurde das Gebäude des Obersten Sowjets der Russischen Föderation unter dem Donner von Panzergeschützen der Luftlandtruppen und Sondereinheiten der Miliz im Sturm genommen. Die Sowjetmacht war liquidiert.

In den im Westen erschienenen Nachschlagewerken ist nicht von zwei, sondern von einer »Russischen Revolution 1917« die Rede. Das hat nichts mit Feindseligkeit gegenüber dem Terminus »sozialistische« zu tun. Obwohl sich die Februar- und die Oktoberrevolution in ihren Zielen, Triebkräften und Folgen wesentlich unterschieden, wiesen sie doch auch viele gemeinsame Ursachen auf. Im retrospektiven Bewußtsein der Menschheit erscheinen sie heute als zwei Etappen eines einheitlichen revolutionären Prozesses, den das Jahr 1917 in Rußland bestimmte. Es überrascht nicht, daß auch in der sowjetischen Geschichtsschreibung jede größere Abhandlung über die Oktoberrevolution mit der Darstellung der Februarereignisse begann.

Historiker und Politiker aller Richtungen verhielten sich auf unterschiedliche Weise zu den Ereignissen von 1917. Ungeachtet der mannigfaltigen Einschätzungen und Konzeptionen haben sogar die Antikommunisten im Grunde anerkannt, daß es sich bei der Revolution in Rußland um ein außerordentlich wichtiges Ereignis des 20. Jahrhunderts handelt. Auch Dimitri Wolkogonow, der den Begriff »Oktoberrevolution« vermied, mußte zugeben, daß Lenin »die Narbe des Oktober« hinterließ.⁶

Die Niederlage der KPdSU und das Auseinanderbrechen der Sowjetunion können den Einfluß, den die Revolution in Rußland auf das Denken und die Politik in dem zu Ende gehenden Jahrhundert hatte, nicht aus der Welt schaffen. Der unerwartete Zusammenbruch des sowjetischen kommunistischen Regimes verstärkt und vertieft in gewissem Maße sogar das Interesse an den Ereignissen und Akteuren jener zurückliegenden Tage und belebt die auf den ersten Blick nachlassende Diskussion. Wenn wir die Frage nach den wichtigsten Ereignissen des 20. Jahrhunderts beantworten, nennen wir die Revolution in Rußland nach wie vor an erster Stelle, obwohl wir sodann auch unsere Antwort modifizieren. Die Aussagen über die Entstehung Sowjetrußlands 1917 ergänzen wir durch die Feststellung vom »Zusammenbruch dieses Staates Ende des 20. Jahrhunderts«.

Politiker und Publizisten der radikalen Opposition werfen Michail Gorbatschow und Boris Jelzin vor, den Zusammenbruch der KPdSU und der UdSSR herbeigeführt zu haben. Ihre Opponenten erinnern in diesem Zusammenhang an das Erbe aus den Jahren der Stagnation und des »Kalten Krieges«, an die Verbrechen Stalins, den Totalitarismus und Chauvinismus. Diese Aufzählung

6 Dimitri Wolkogonow: Lenin. Utopie und Terror, Düsseldorf 1994, S. 101.

von Namen, Personen und Ereignissen ließe sich erweitern. Aber auch die Liste der Errungenschaften des Sowjetstaates ist beeindruckend. Viele Personen und Ereignisse aus der jüngeren und fernerer Vergangenheit könnten den für den tödlichen Ausgang »Verantwortlichen« hinzugerechnet werden. Die Schlußfolgerung, daß die Risse in der tragenden Konstruktion des Sowjetstaates ein Ergebnis der Mängel des Entwurfs der anzustrebenden Gesellschaft waren, eines Entwurfes, den die Erbauer des Sozialismus noch während der Revolution, in seinen Grundzügen jedoch lange zuvor, fertiggestellt hatten – diese Schlußfolgerung scheint vernünftig. Die Mängel in der Konstruktion hätte man aufdecken und dann beheben können. Aber jene schreckliche Kraft, das System der bis zum äußersten zentralisierten Macht, die unsere Partei und unseren Staat von Anfang an kennzeichneten, verdeckte und kompensierte ihre Schwächen und ihre Sünden, die schon bald darauf zu Schwächen und Sünden der neuen Gesellschaft wurden. Unsere Gesellschaft erhielt sich ihre Fähigkeit, ausschließlich unter Bedingungen des Totalitarismus und im Schutze der Staatssicherheit und der mächtigsten Armee der Welt voranzuschreiten und zu leben. Unter Bedingungen von Glasnost und Demokratie konnte sie dies nicht.

Die Geschichte kennt nur wenige Ereignisse, die so viele unterschiedliche Theorien und Konzeptionen für ihre Wertung und Deutung hervorgebracht haben, wie die Oktoberrevolution. Die Geschichte kennt aber auch nur wenige Ereignisse, die so sehr wie der Oktober verfälscht wurden. Das bezieht sich nicht nur auf die sowjetische Geschichtsschreibung. Es wurden Tatsachen verschwiegen, es wurden Tatsachen erfunden, ob dies die wirkliche Rolle Stalins oder Trotzki in den Tagen des Oktoberumsturzes⁷, oder die Bedeutung der Ausländer, der Freimaurer oder des deutschen Geldes betraf. Der Zusammenbruch der UdSSR und der KPdSU ermöglichte den Zugang zu zahlreichen neuen Dokumenten und Materialien aus den ersten Monaten der sowjetischen Geschichte und deren Analyse. Wir sind frei von Zensur und starren ideologischen Dogmen. Heute sind uns die Arbeiten von Wissenschaftlern aus dem Westen und Veröffentlichungen russischer Emigranten zugänglich. Zusammen mit neuen Tatsachen, von denen wir nichts oder nur wenig wußten, sind aber Konzeptionen zu uns gelangt, die man schwerlich als neu bezeichnen kann. Dazu gehört die Einschätzung der Oktobertage als eine verfrühte und daher zum Scheitern verurteilte Revolution.

Der Philosoph Pjotr Markowitsch Abowin-Egides ist der Auffassung, die Bolschewiki hätten »sich zu sehr beeilt, die Hoffnung der Menschheit in einem Lande zu verwirklichen, das für ein solches Experiment einfach nicht reif war«.⁸ Das hat bereits Georgi Plechanow 1917 in seiner Polemik gegen die Bolschewiki ins Feld geführt.⁹ Nach dem Sturz der Provisorischen Regierung schrieb er u.a. in seinem »Offenen Brief an die Petrograder Arbeiter«: »Ich sage Ihnen offen: Mir bereiten diese Ereignisse Verdruß. Sie bereiten mir nicht deshalb Verdruß, weil ich den Sieg der Arbeiterklasse nicht wollte, sondern im Gegenteil, weil ich diesen Sieg von ganzem Herzen herbeisehne. [...] Wenn das russische

7 Siehe den Beitrag von Sorja Leonidowna Serebrjakowa im vorliegenden Heft, S. 82ff.

8 Petr Markovic Abovin-Egides, in: Perspektivy, 1991, 4, S. 27.

9 G. Plechanov: God na Rodine, Paris 1921, Bd. 1, S. 26, 28, 218.

Proletariat die politische Macht zur unrechten Zeit erobert, wird es die soziale Revolution nicht durchführen, sondern nur den Bürgerkrieg auslösen, der es letzten Endes zwingen wird, sich weit hinter die im Februar und März dieses Jahres erkämpften Positionen zurückzuziehen.«¹⁰ – Alexander Solshenizyn hat diesen Brief im ersten Band des »Archipel GULAG« zitiert.¹¹

Im Kontext der Bedingungen und Ereignisse von 1917 scheinen heute die Auffassungen Lenins falsch gewesen zu sein. Kaum in Petrograd angekommen, schloß er seine erste Rede mit den Worten »Es lebe die sozialistische Revolution!« In den »Aprilthesen« erläuterte er diesen Appell: »Nicht ›Einführung‹ des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.«

Lenin war es nur mit Mühe gelungen, die Bolschewiki zur Annahme seiner Thesen zu bewegen. Die VII. Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B) im April 1917 wies darauf hin, daß bei der Verwirklichung »der genannten Maßnahmen die größte Umsicht und Vorsicht notwendig [ist], die Gewinnung einer festen Mehrheit der Bevölkerung und deren bewußte Überzeugung, daß diese oder jene Maßnahme praktisch reif ist, aber gerade nach dieser Richtung müssen die Aufmerksamkeit und die Anstrengungen der klassenbewußten Vorhut der Arbeitermassen gerichtet sein, die verpflichtet sind, den Bauernmassen zu helfen, einen Ausweg aus der entstandenen Zerrüttung zu finden«.¹² Die Bolschewiki handelten im Sommer 1917 logisch und konsequent, ihr Einfluß unter den Massen nahm beständig zu. Ende März zählte die Partei der Bolschewiki 40.000 Mitglieder, im August bereits über 200.000.

Im Unterschied zu den Bolschewiki zeichnete sich die Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre nicht durch Folgerichtigkeit aus. Diese Parteien riefen zur Unterstützung der Provisorischen Regierung auf, wobei sie es ablehnten, sich an dieser zu beteiligen und die Verantwortung der Macht mitzutragen. Obwohl Menschewiki und Sozialrevolutionäre in den Sowjets die Mehrheit hatten, riefen sie lediglich dazu auf, die Sowjets als »Tribüne« und »Kontrollleur« der Revolution zu verstehen. Aber die Regierung büßte die Unterstützung im Land so rasch ein, daß Regierungschef Fürst Lwow, Mitglied der Partei der Konstitutionellen Demokraten, dem Vorsitzenden des Petrograder Sowjets, Nikolai Tschcheidse, bereits im April vorschlug, in die Regierung einzutreten. Dieser Vorschlag wurde zunächst abgelehnt, dann sowohl von den Menschewiki und Sozialrevolutionären als auch von den Volkssozialisten und den Trudowiki angenommen. Seit Mitte Juli waren die meisten Ministerien in den Händen dieser Parteien; aber die Lage im Land wurde nicht besser, sondern schlechter. Die Sozialisten stimmten der Offensive an der Front zu, einer Offensive, auf die die russische Armee nicht vorbereitet war, und die mit einer schweren Niederlage endete. Die neuen Minister taten auch nichts für die Bauern, obwohl Viktor Tschernow, Führer und Theoretiker der Sozialrevolutionäre, Landwirtschaftsminister der Provisorischen Regierung war. Bei Tschernow handelt es sich um den Autor des sozialrevo-

10 G. Plechanov: ebenda, Bd. 2, S. 244-248.

11 Alexander Solschenizyn: Der Archipel GULAG 1, Reinbek 1978, S. 182.

12 Die VII. Allrussische Konferenz (»Aprilkonferenz«) der SDAPR(B) Über die gegenwärtige Lage, in: Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Berlin 1957, Bd. II, S. 220.

13 Proekt programmy Partii socialistov-revoljucionerov, vyrabotannyj redakciej »Revoljucionnoj Rossii« [1904], in: Partija socialistov-revoljucionerov. Dokumenty i materialy 1900-1907 gg. Moskau 1996, S. 121.

14 Noj Nikolaevic Zordanija: Moja zizn, Stanford 1968, S. 77.

15 Friedrich Engels: [Der thüringische, elsässische und österreichische Bauernkrieg], in: MEW, Bd. 7, S. 400.

lutionären Parteiprogramms, dessen Kerngedanke sich in einem Satz zusammenfassen läßt: »Man muß erreichen, daß sich alle Schichten des ausgebeuteten Volkes, vom Industrieproletariat bis hin zur werktätigen Bauernschaft als einheitliche Arbeiterklasse verstehen, in ihrer Klasseneinheit das Unterpfand ihrer Befreiung erkennen und ihre separaten und zeitweiligen Interessen der großen Aufgabe der sozial-revolutionären Umwälzung unterordnen.«¹³

Nicht anders stand es um die anderen sozialistischen Minister aus den Reihen der Menschewiki, Volkssozialisten und Sozialrevolutionäre. Alexander Kerenski, Minister für Heer und Marine und seit Juli Premierminister, gehörte nach knapp drei Monaten Amtszeit zu den vom Volk und vom Offizierskorps meistgehaßten Politikern. Noch im Juli 1917 zählte die Partei der Menschewiki 200.000, die Sozialrevolutionäre ca. 1.000.000 Mitglieder.

Bereits Ende August und im September ging der Einfluß dieser Parteien merklich zurück, sie begannen auseinanderzufallen. Noj Nikolajewitsch Shordanija, einer der Führer der Menschewiki, erinnert sich an das völlige Durcheinander in der Partei. »Niemand wußte, was zu tun ist, wie man handeln sollte [...] Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre waren vom Volk wie gleichermaßen von den Militärs isoliert.«¹⁴ »Den Abgang der Partei der Sozialdemokraten-Menschewiki von der politischen Bühne«, konstatierte die Zeitung der Sozialrevolutionäre »Delo Naroda« am 4. Oktober 1917, obgleich sich die Lage in dieser Partei nur wenig von der der Menschewiki unterschied.

Als Plechanow die Bolschewiki vor übereilten Maßnahmen warnte, berief er sich auf eine allen Sozialisten vertraute Aussage von Friedrich Engels: »Es ist das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert. [...] Er muß im Interesse der Bewegung selbst die Interessen einer ihm fremden Klasse durchführen und seine eigne Klasse mit Phrasen und Versprechungen, mit der Beteuerung abfertigen, daß die Interessen jener fremden Klasse ihre eigenen Interessen sind. Wer in diese schiefe Stellung gerät, ist unrettbar verloren.«¹⁵

Die Führer der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die vor den Bolschewiki die Macht im Land für kurze Zeit übernahmen, hätten viel für die Arbeiter und Bauern tun können, ohne in das von Engels 1850 prognostizierte Dilemma zu geraten.

Die Tätigkeit der Bolschewiki in den ersten hundert Tagen nach dem Oktoberumsturz war beinahe in jeder Hinsicht erfolgreich. Die Sowjetmacht hatte sich nicht nur in Petrograd und in Moskau, sondern auch in großen Teilen Rußlands, vom Baltikum bis zur Krim, durchgesetzt. Das Dekret über den Grund und Boden sah vor, daß »die Güter der Gutsbesitzer sowie alle Apanage-, Kloster- und Kirchenländereien mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör bis zur Konstituierenden Versammlung in die Verfügungsgewalt der Amtsbezirks-Bodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputier-

ten übergehen.«¹⁶ Die schnelle und radikale Aufteilung der großen Ländereien unter die Bauern erfaßte im Winter 1917/1918 auch die effektiv wirtschaftenden Güter der Großgrundbesitzer, die ursprünglich in Musterfarmen umgewandelt werden sollten. An allen Fronten begrüßten die Soldaten den am 2. Dezember 1917 in Brest-Litowsk zwischen Sowjetrußland auf der einen und Deutschland, Österreich Ungarn und der Türkei auf der anderen Seite geschlossenen Waffenstillstand. Die spontane Demobilisierung schritt rasch voran, die alte Militärmaschinerie war zerstört, die Macht in der Armee ging an die Soldatenkomitees und die Kommissare der Sowjetregierung über. Alle Dienstgrade und Titel wurden abgeschafft, die Wahl der Kommandeure eingeführt. Ein besonderes Dekret regelte die Trennung von Staat und Kirche. Im November fanden die immer wieder verschobenen Wahlen zur Konstituierenden Versammlung statt. Begonnen wurde mit der Nationalisierung der Banken, der Eisenbahnen, der Großbetriebe und Syndikate sowie mit der Organisation der Arbeiterkontrolle in den Betrieben. Für die Regelung und Leitung der Wirtschaft wurde der Oberste Volkswirtschaftsrat mit seinen Organen vor Ort geschaffen. Vereinzelt aufflammender Widerstand gegen die Sowjetmacht wurde schnell unterdrückt. Der Aufstand am Don war erfolglos. General Alexei Kaledin erschöß sich, nachdem er am 29. Januar 1918 seinen Posten niedergelegt hatte. Bereits im November waren alle Stände abgeschafft, die unteren Angestellten erhielten mehr, die höheren Angestellten weniger Lohn. Für den Kampf gegen die Sabotage der Angestellten wurde die Tscheka ins Leben gerufen. Einige höhere Beamte wurden verhaftet, bürgerliche Zeitungen und die Zeitungen der Kadetten verboten, in der »Iswestija« und in der »Prawda« wurden Namenslisten der »Konterrevolutionäre« und »Saboteure« veröffentlicht, die Sowjetmacht forderte sie auf, verantwortungsvoll zu handeln.

Zur gleichen Zeit wurden die ehemaligen Minister der Provisorischen Regierung und General Krasnow aus der Peter-Pauls-Festung entlassen. Exzesse waren an der Tagesordnung. Einige Führer der Kadetten wurden ermordet, Plechanows Haus durchsucht, John Reed, der beschuldigt wurde, ein amerikanischer Spion zu sein, konnte im letzten Augenblick der Erschießung entgehen. Dabei war die Todesstrafe an der Front und im Hinterland per Dekret verboten. Lenin hoffte auf einen friedlichen Verlauf der Revolution, ohne Bürgerkrieg und Terror. »Man wirft uns vor, daß wir Verhaftungen vornehmen. Jawohl wir nehmen Verhaftungen vor, und heute haben wir den Direktor der Staatsbank verhaftet. Man wirft uns vor, daß wir Terror anwenden, aber einen Terror, wie ihn die französischen Revolutionäre anwandten, die waffenlose Menschen guillotinierten, wenden wir nicht an und werden wir, wie ich hoffe, nicht anwenden.«¹⁷

Die Erfolge der Sowjetmacht waren von einer spürbaren Zunahme des politischen Einflusses der Bolschewiki begleitet. Die Anfang Dezember gegründete Partei der Linken Sozialrevolutionäre ging mit ihnen ein Bündnis ein. In der Sowjetregierung übernahmen Führer dieser Partei die Posten der Volkskommissare für Landwirtschaft, Justiz, Post und Fernmeldewesen sowie für Eigen-

16 Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen 25. Oktober bis 10. Juli 1918. Herausgegeben von Horst Schützler und Sonja Striegnitz, Berlin 1987, S. 54.

17 W. I. Lenin: Rede in der Sitzung des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zusammen mit den Vertretern der Front. 4. (17.) November 1917. Zeitungsbericht, in: LW, Bd. 26, S. 289.

tum der Republik. Im Januar 1918 nahm der III. Gesamtrussische Sowjetkongreß die Erklärung der Rechte der Werktätigen und des ausgebeuteten Volkes an, die erste verfassungsmäßige Amtshandlung der Sowjetrepublik. Die Bolschewiki stellten mehr als die Hälfte der Delegierten, die zahlenmäßig zweitstärkste Fraktion auf dem Kongreß stellten die Linken Sozialrevolutionäre. Im Smolny und im Taurischen Palais, hier tagte der Kongreß, herrschte Siegesstimmung. Viele, die die Entwicklung in jenen Tagen studieren, stehen Lenin und den Bolschewiki mit Sympathie gegenüber.

Die Erfolge der Sowjetmacht gestatteten den Bolschewiki zwei Krisen zu überwinden, die im Januar und Februar 1918 ausbrachen. Relativ schnell, ohne zu zögern und mit Einverständnis der Linken Sozialrevolutionäre wurde das Problem der Konstituierenden Versammlung gelöst, die ihre Arbeit am 5. Januar 1918 aufnahm. Die meisten Abgeordneten gehörten der Partei der Sozialrevolutionäre an, die bereits ihre Macht und ihren politischen Einfluß verloren hatten.

Die Konstituierende Versammlung lehnte es ab, den Rat der Volkskommissare und die bereits von ihm verabschiedeten Dekrete anzuerkennen. Die Bolschewiki und Linken Sozialrevolutionäre verließen daraufhin den Sitzungssaal. Am 6. Januar um fünf Uhr morgens wurde die Beratung durch den Leiter der Wache, den Matrosen Anatoli Shelesnjakow, abgebrochen: »Die Wache ist müde«. In derselben Nacht hatte der Rat der Volkskommissare das Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung angenommen.¹⁸

Größere Schwierigkeiten waren im Februar 1918 zu überwinden. Die sowjetische Delegation unter Leitung Trotzki hatte es abgelehnt, den von deutscher Seite vorgeschlagenen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die deutschen Divisionen griffen an, rückten vor, die demoralisierte russische Armee war nicht in der Lage, Widerstand zu leisten. In Anbetracht dieser Gefahr kam es in der sowjetischen Führung nicht zur Einigung, sondern zur Spaltung. Die Linken Sozialrevolutionäre und ein Teil der Bolschewiki unter Führung von Bucharin waren dafür, den revolutionären Krieg zu erklären. Trotzki stellte sich auf eine andere, mehrdeutige Position, er wollte »weder Krieg, noch Frieden«. Lenin forderte die Unterzeichnung des Friedensvertrages, ungeachtet seiner schweren und erniedrigenden Bedingungen. Der Friedensvertrag wurde im März 1918 unterzeichnet und ratifiziert. Diesen politischen Sieg hatte Lenin teuer erkaufte. Die Linken Sozialrevolutionäre beriefen ihre Parteimitglieder aus dem Rat der Volkskommissare ab. Auch einige Bolschewiki legten ihre Funktionen nieder und bildeten die Fraktion der »Linken Kommunisten«.

Im März 1918 begann in der Geschichte Sowjetrußlands eine neue Etappe, die neue Entscheidungen erforderlich machte. Die Situation, die sich im März 1918 herausgebildet hatte, war schwer, aber nicht ausweglos. Millionen bewaffnete Bauern und Kosaken kehrten in ihre Dörfer und Stanizy zurück und wollten arbeiten. Die Aussaat stand bevor. Der Staat mußte sich nicht mehr um die Versorgung und Ausrüstung der Armee kümmern, die Arbeit des Transportwesens wurde vereinfacht. In den Industriezentren wurde

18 Dekret über die Auflösung der Konstituierenden Versammlung, in: Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. a.a.O., S. 128ff.

gehungert, obwohl im Lande noch Getreide von 1916 vorhanden war. Es galt, die Wirtschaft anzukurbeln und die kriegsbedingten Einschränkungen aufzuheben, in erster Linie das Getreidemonopol. Die Rüstungsindustrie mußte auf Friedensproduktion umgestellt, der sich spontan entwickelnde Handel organisiert werden. Nur über den Warenaustausch zwischen Stadt und Land und zwischen den Gouvernements konnten die Industrie und die Finanzen stabilisiert werden. Während im Frühjahr 1917 der Friedensschluß das Hauptproblem für Rußland war, war es ein Jahr später der freie Handel.

Eine Antwort auf diese Fragen konnten die Bolschewiki aufgrund ihrer Konzeption nicht finden. Weder Marx noch Engels hatten eine detaillierte Theorie des Sozialismus ausgearbeitet. Auch W. I. Lenin wollte keine strengen sozialistischen Systeme einführen. Bereits im Februar 1918 hob er auf dem VII. Parteitag der KPR(B) hervor: »Wir können keine Charakteristik des Sozialismus geben; wie der Sozialismus aussehen wird, wenn er fertige Formen annimmt – das wissen wir nicht, das können wir nicht sagen [...] weil es noch keine Materialien für eine Charakteristik des Sozialismus gibt. Die Ziegel sind noch nicht hergestellt, aus denen der Sozialismus aufgebaut wird«.¹⁹

In einer solchen Gesellschaft war für Handel kein Platz. »Da der Austausch bestehenbleibt, ist es lächerlich, von Sozialismus zu reden«²⁰, hatte Lenin schon im Jahre 1908 geschrieben.

Heute braucht man keine Zeit mehr darauf verwenden, die Fehlerhaftigkeit und den utopischen Charakter solcher Sozialismusvorstellungen zu beweisen. Aber im Frühjahr 1918 waren es eben diese Vorstellungen, die der von Lenin entworfenen Wirtschaftspolitik zugrunde gelegt wurden.

Eine falsche Wirtschaftspolitik wurde von den Bolschewiki seit Januar 1918 praktiziert, als der sozialistische Staat die umfassende Nationalisierung nicht nur der Monopole, Banken und Syndikate, sondern auch Tausender Mittel- und Kleinbetriebe begann. Damals wurde auch der Versuch einer zwangsweisen Einbindung aller Bürger der Republik in die Genossenschaften unternommen, um die Kontrolle, Registrierung und Verteilung der Lebensmittel zu vereinfachen. Alles das brachte aber keine Ordnung in die Wirtschaftsführung. Im März nahmen die Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet des Freihandels zu. Außerdem gelang es nicht, den direkten Produktentausch zwischen Stadt und Land in Gang zu setzen. Es fehlte an Waren und der nötigen Erfahrung. Auf Lenins Initiative wurden Abteilungen gebildet, die in den Dörfern überschüssiges Getreide konfiszierten.

Erste Unruhen und bewaffneter Widerstand der Bauern flammten auf. Die Sowjetmacht antwortete mit der Hinrichtung der »Saboteure«. Der Hunger nahm ständig zu, und der Schwarzmarkt drohte das Land zu überschwemmen.

Der unmittelbare Einfluß der Bolschewiki auf dem Land war nicht groß. Ende 1917 gab es in den Dörfern lediglich 203 Grundorganisationen der bolschewistischen Partei mit 4.122 Mitgliedern. Im Dongebiet, in Sibirien und in den Gouvernements, die Zentren des Getreideanbaus waren, kannte man die Bolschewiki nur vom

19 W. I. Lenin: Reden gegen den Abänderungsantrag Bucharins zur Resolution über das Parteiprogramm 8. März (Abends), in: LW, Bd. 27, S. 134ff.

20 W. I. Lenin: Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts, in: LW, Bd. 15, S. 130.

21 Dekret über die Organisation und Versorgung der Dorfarmut, in: Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. a.a.O., S. 192ff.

Hörensagen, die rechten Sozialrevolutionäre hatten hier wesentlich mehr Einfluß. Um die soziale Basis der Bolschewiki auf dem Lande zu erweitern, traf Lenin Anfang Juni eine radikale, aber gefährliche Entscheidung. Mit dem Dekret vom 11. Juni »Über die Organisation und Versorgung der Dorfarmut«²¹ wurde die Arbeit der Dorfsowjets, in denen reiche Bauern und Mittelbauern das Sagen hatten, de facto abgebrochen. Die Macht in den Dörfern ging an die hier ins Leben gerufenen Komitees der Dorfarmut über, die das Recht erhielten, zu konfiszieren und zu requirieren – zum Nutzen des Staates und zum eigenen Nutzen. Dieses Dekret spaltete das Dorf. In kurzer Zeit entstanden über 100.000 Komitees der Dorfarmut, es begann die erste »Entkulakisierung« in unserer Geschichte, die jedoch nicht von der Schaffung großer Kollektivwirtschaften begleitet war. Den reichen Bauern wurden von den 80 Millionen Hektar Land, das sie besaßen, 50 Millionen abgenommen. Diese Enteignungskampagne hatte nichts mit Sozialismus zu tun und führte zu einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion. In dem Maße wie die Bolschewiki die ihnen auf den Nägeln brennenden Aufgaben lösten, erschwerten sie sich die Lösung der weiter reichenden und wichtigen Probleme. Es war kein Zufall, daß die Ernte 1918 schlechter ausfiel als 1917, obwohl auf dem Lande bereits Millionen von demobilisierten Soldaten arbeiteten.

Die Hauptgefahr resultierte aus der Zuspitzung der politischen Situation im Land. Die Gefahr eines Bürgerkrieges trat deutlich hervor. Beispiele gab es genug: der Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre, Unruhen in Südrußland, der sog. Aufstand des »tschechoslowakischen Korps« in Sibirien.

Bereits vor der Oktoberrevolution hatte Lenin die Bolschewiki zu überzeugen versucht: »Aber damit dieser Widerstand sich bis zum Bürgerkrieg steigern, bedarf es irgendwelcher Massen, die fähig sind zu kämpfen und die Sowjets zu besiegen. Über solche Massen aber verfügt die Bourgeoisie nicht, und sie wird sie nirgendwo hernehmen können.«²² Diese Prognose erwies sich als falsch.

22 W. I. Lenin: Die russische Revolution und der Bürgerkrieg, in: LW, Bd. 26, S. 20.

Im Sommer 1918 gab es in Sowjetrußland genügend Menschen, die bereit waren, gegen die Bolschewiki zu kämpfen. In der sowjetischen Literatur wurde lange Zeit behauptet, Bürgerkrieg und Intervention hätten »Kriegskommunismus« und »Roten Terror« nach sich gezogen. Aber eigentlich war es umgekehrt. Die ausgesprochen harte Wirtschaftspolitik der Bolschewiki mündete in Terror und Bürgerkrieg. Der Kampf der Komitees der Dorfarmut gegen die Kulaken war ein Akt des Bürgerkrieges.

In den Artikeln und Reden aus den Jahren 1921-1922 kam Lenin oft auf die Ereignisse von 1918 zurück und gab die damals von den Bolschewiki begangenen Fehler zu. »Wir nahmen an, ohne genügend zu rechnen –, daß wir durch unmittelbare Befehle des proletarischen Staates die staatliche Produktion und die staatliche Verteilung der Güter in einem kleinbäuerlichen Land kommunistisch regeln könnten.«²³ Lenin war bestrebt, diese Fehler zu rechtefertigen und berief sich dabei nicht nur auf fehlende Erfahrungen der Partei in der sozialistischen Revolution, sondern auch auf ein

23 W. I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution, in: LW, Bd. 33, S. 38.

angeblich allgemeingültiges Gesetz des revolutionären Kampfes. Am 20. September 1921 schrieb er an Adoratski: »Gen. Adoratski! Könnten Sie mir nicht behilflich sein, folgende zwei Sachen zu finden: 1. den Artikel (oder die Stelle aus einer Broschüre? oder den Brief?) von Engels, in dem er, gestützt auf die Erfahrungen von 1648 und 1789, davon spricht, daß es anscheinend ein Gesetz gibt, das von der Revolution fordert, *über das hinauszugehen, was sie bewältigen kann*, um weniger bedeutende Umgestaltungen zu festigen?«²⁴

Adoratskis Antwort ließ nicht lange auf sich warten: »Damit selbst nur diejenigen Siegesfrüchte vom Bürgertum eingeheimst wurden, die damals erntereif waren, war es nötig, daß die Revolution bedeutend über das Ziel hinaus geführt wurde – ganz wie 1793 in Frankreich und 1848 in Deutschland. Es scheint dies in der Tat eins der Entwicklungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zu sein.«²⁵

Es gibt kein Gesetz, das die Revolution zwingt, voranzupreschen, um ihre Errungenschaften zu verankern. Die rotgardistische Attacke gegen das Kapital und der Versuch der zwangsweisen Einführung des Kommunismus in Rußland gefährdeten die Errungenschaften der Revolution und führten zum Bürgerkrieg.

Bei der Einschätzung der kommunistischen Experimente und Sprünge im Jahre 1918 klingen Engels Vorbehalte aus dem Brief an Weydemeyer ausgesprochen aktuell. »Mir ahnt so was, als ob unsre Partei, dank der Ratlosigkeit und Schlawheit aller andern, eines schönen Morgens an die Regierung forciert werde, um schließlich doch die Sachen durchzuführen, die nicht direkt in unsrem, sondern im allgemein revolutionären und spezifisch kleinbürgerlichen Interesse sind; bei welcher Gelegenheit man dann, durch den proletarischen Populus getrieben, durch seine eignen, mehr oder weniger falsch gedeuteten, mehr oder weniger leidenschaftlich im Parteikampf vorangedrängten, gedruckten Aussprüche und Pläne gebunden, genötigt wird, kommunistische Experimente und Sprünge zu machen, von denen man selbst am besten weiß, wie unzeitig sie sind. Dabei verliert man den Kopf – hoffentlich nur physiquement parlant – eine Reaktion tritt ein, und bis die Welt imstande ist, ein *historisches* Urteil über so was zu fällen, gilt man nicht für eine Bestie, was Wurst wäre, sondern auch für eine bête, und das ist viel schlimmer. Ich sehe nicht gut ein, wie es anders kommen kann. [...] Indessen ist das alles Wurst, und das beste ist, daß für einen solchen Fall in der *Literatur* unsrer Partei schon im voraus ihre Rehabilitierung in der Geschichte begründet ist.«²⁶

Die Bolschewiki haben den Kopf – weder im unmittelbaren noch im indirekten Wortsinn – verloren. Sie haben einen Sieg unter großen Opfern errungen und konnten ihre Macht behaupten, obwohl ihr Ansehen bei Demokraten und Humanisten darunter gelitten hat. Zur ursprünglichen Politik konnten sie aber nicht mehr zurückkehren.

1921 sprach Lenin von der NÖP als zeitweiligem Rückzug. Den zurückgelegten Weg analysierend, wandte er sich unter Berücksichtigung der praktischen Erfahrungen einer Reihe wichtiger

24 W. I. Lenin an W. W. Adoratski, in: W. I. Lenin, Briefe, Berlin 1973, Bd. VIII, S. 215.

25 Friedrich Engels: Über historischen Materialismus. Einleitung zur englischen Ausgabe der Schrift »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft«, in: MEW, Bd. 22, S. 301.

26 F. Engels an Joseph Weydemeyer, 12. April 1853, in: MEW, Bd. 28, S. 580.

theoretischer Probleme zu. Er legte die utopischen Ideen vom Sozialismus als einem einheitlichem Büro oder einer Fabrik mit gleicher Entlohnung ad acta, und betrachtete den Sozialismus von nun an im Zusammenhang mit Disziplin und Selbsttätigkeit, dem Wechselverhältnis von gesellschaftlichen und individuellen Interessen, der Großindustrie und Kleinproduktion. Die Oktoberrevolution und die Politik der Bolschewiki im Jahre 1917 hielt Lenin nicht für einen Fehler. »Für die Schaffung des Sozialismus, sagt ihr, ist Zivilisiertheit erforderlich. Ausgezeichnet. Nun, warum aber konnten wir nicht zuerst solche Voraussetzungen der Zivilisiertheit bei uns schaffen, wie es die Vertreibung der Gutsbesitzer und die Vertreibung der russischen Kapitalisten ist, um dann schon mit der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus zu beginnen? In welchen Büchern habt ihr denn gelesen, daß derartige Modifikationen der üblichen historischen Reihenfolge unzulässig oder unmöglich seien?«²⁷

27 W. I. Lenin: Über unsere Revolution, in: LW, Bd. 33, S. 466.

Dieser Plan war ungewöhnlich für orthodoxe Marxisten, er widersprach auf den ersten Blick der Marxschen Theorie von der Herausbildung ökonomischer Gesellschaftsformationen. Der neue strategische Plan wurde von Lenin nicht in allen Details ausgearbeitet, es war eine Planskizze, aber keine Utopie mehr.

Stalin und eine Reihe von Bolschewiki haben Ende der zwanziger Jahre die Politik der NÖP ad acta gelegt, und auf einen anderen, bei weitem nicht den besten Teil des Leninschen theoretischen und praktischen Erbes zurückgegriffen. Auf dem Dorf wurde entkulakisiert, der Bauer an den Boden gefesselt und in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt, in den Städten wurde die Arbeitspflicht wieder eingeführt. Mit kriegskommunistischen Methoden und Repressalien, die auch massenhaften Terror einschlossen, sollte die Gesellschaft auf gewaltsamem Wege umgestaltet werden. Das Ergebnis dieser Politik war ein wenig effektiver totalitärer Staatssozialismus, der keine Anziehungskraft hatte und den meisten von uns noch gut bekannt ist.

Viele sprechen heute von einer neuen bürgerlich-demokratischen oder »kapitalistischen« Revolution in Rußland. Die Veränderungen in den letzten fünf Jahren haben unser Land noch nicht auf den normalen oder zivilgesellschaftlichen Entwicklungsweg zurückgebracht. Bei der Beseitigung der Mängel des totalitären Sozialismus bedienen sich die Reformer von heute derselben Zwangsmethoden, der Methoden von Zerstörung und Gewalt, wie die Bolschewiki im Jahre 1918. Nur wird nicht von »Kriegskommunismus«, sondern von »Schocktherapie« gesprochen, die neuen Anbeter des Marktes ähneln denen, die in den zwanziger Jahren über den Kriegskommunismus als die heroische Periode der russischen Revolution schrieben.

Es ist unmöglich, ein neues Gesellschaftssystem zu errichten, ohne eine hinreichend klare Vorstellung von dem zu haben, wie man bauen muß und aus welchem Baumaterial. Die Bolschewiki hatten im Jahre 1918 keine klaren Vorstellungen, ihr Scheitern war gesetzmäßig und entsprach ihren Anstrengungen und ihrer Energie. 1917 waren sich die Bolschewiki im klaren darüber, daß sie zerstören mußten. Zerstören bedeutet aber nicht aufbauen. Eine

vergleichbare Situation bestand in den neunziger Jahren. Die Reformen und Revolutionäre wußten genau, was es zu zerstören galt.

Die Konstituierende Versammlung konnte an einem Tag gestürzt werden. Die Übergabe des Großgrundbesitzes an die Bauern dauerte zwei bis drei Monate. Aber um neue gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, neue ideologische und moralische Werte zu verankern, bedurfte es mehrerer Generationen. Es ist unmöglich, eine neue Wirtschaftsordnung unter der Losung »Drei Jahre angespannte Arbeit – zehntausend Jahre glückliches Leben« zu errichten. Das haben Mao, Stalin, Chruschtschow, Gorbatschow und Jelzin vergeblich versucht.

Wenn von der neuen Gesellschaft und ihrer Entwicklung die Rede ist, sollte weniger von ihrem »Aufbau« die Rede sein. Die Gesellschaft ist ein lebendiger Organismus, er wird nicht erbaut, sondern wächst, seine Veränderungen müssen natürlicher Art sein. Man kann eine Gesellschaft nicht mit einem neuen Haus vergleichen, das nach diesem oder jenem Plan errichtet wird. Ein Gärtner kann das Wachstum der Bäume in seinem Garten beschleunigen, aber nicht jene Gesetze schaffen, die im Endeffekt die Entwicklung und das Wachstum der Bäume bestimmen. Unter diesem Blickwinkel haben wir heute nur unzureichende Lehren aus der Russischen Revolution 1917 gezogen, obwohl seitdem 80 Jahre vergangen sind.

Vorabdruck aus:
Die russische Revolution
1917. Wegweiser oder
Sackgasse?
Herausgegeben, eingeleitet,
kommentiert und übersetzt
von Wladislaw Hedeler,
Horst Schützler und
Sonja Striegnitz,
Dietz Verlag Berlin,
erscheint im April 1997.

BORIS KAGARLITZKIJ

Lehren der russischen Revolutionen und die Diskussionen in Rußland heute

Boris Kagarlitzkij – Jg. 1958, Dr., Experte der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für vergleichende Politologie und Probleme der Arbeiterbewegung der Russischen Akademie der Wissenschaften. 1980 von der Moskauer Universität relegiert und 1982 verhaftet, nach Breshnests Tod aus der Haft entlassen, Arbeit als Fahrstuhlführer, 1987 Mitbegründer des »Klubs der sozialen Initiativen«, 1988 Wahl in den Koordinierungsrat der Moskauer Volksfront, seit 1990 Mitglied der sozialistischen Partei und Mitglied des Moskauer Stadtsowjets. 1988 Auszeichnung mit dem Isaac-Deutscher-Preis.

Geschichte spielte in der sowjetischen Gesellschaft stets eine außerordentliche Rolle. Quelle für die Legitimität der Macht waren nicht die Ergebnisse der letzten Wahlen, sondern die aus der Oktoberrevolution abgeleitete Kontinuität. Deshalb reagierten die Regierenden stets sehr empfindlich auf Geschichtsinterpretationen, die den Zusammenhang des sowjetischem Regimes mit den revolutionären Ereignissen von 1917 in Zweifel stellten. Andererseits war jeder Wechsel der politischen Führung nicht nur von einer Kritik an der Politik und der Wirtschaftspolitik der Vorgänger, sondern auch ihrer Geschichtsschreibung begleitet. Die neue Führung beschuldigte die alte des Bruchs mit der Kontinuitätslinie und gab vor, diese wieder herzustellen. Daher ist es nicht verwunderlich, daß das Geschichtsbewußtsein der Gesellschaft hochgradig mythologisiert war. Symptomatisch ist, daß auch ein bedeutender Teil der Samisdatproduktion der Geschichte gewidmet war. Die von den Dissidenten vorgelegte Historiographie der Revolution zielte auf die Deligitimation der Macht vermittels der Entmythologisierung der Geschichte.

Es gab zwei Tendenzen, die zwei politischen Richtungen entsprachen. Die Linken stellten unter Berufung auf Trotzki die Erbfolge des Regimes aus der Revolution in Frage, während die Rechten im Gegenteil die offizielle Version anerkannten und danach strebten, die Revolution als Verbrechen, Fehler oder Katastrophe darzustellen. Die Bedeutung der inoffiziellen Geschichtsschreibung liegt darin, daß in ihr Quellen und Materialien verarbeitet wurden, die für die offizielle Geschichtsschreibung tabu waren. Doch auch dieses Studium der Vergangenheit war den Aufgaben der tagtäglichen ideologischen Auseinandersetzung untergeordnet.

Die Perestroika stellt keine Ausnahme dar. Die Welle der Publikationen in den Jahren 1986 bis 1989 hatte das Ziel, die »alte Garde« der bolschewistischen Partei zu rehabilitieren und Stalin, der mit ihr abgerechnet hatte, endgültig zu diskreditieren. Die ihrem Maßstab nach umfassende Rehabilitierung der revolutionären Helden sollte den – verglichen mit dem Chruschtschowischen Tauwetter – tiefgreifenderen Charakter der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft verankern. Die diesem Ziel am meisten entsprechende Persönlichkeit war Nikolai Bucharin, seine Auffassungen wurden in den zwanziger Jahren mit der Theorie eines »Marktsozialismus« verbunden, den auch die

Ideologen der Perestroika anstrebten. Es ist aufschlußreich, daß die Ideen Trotzki in der Perestroikapresse keine vergleichbare positive Rezeption erfuhren. Und das ungeachtet dessen, daß Trotzki der einzige bolschewistische Führer war, der (vor allem im Buch »Die verrätene Revolution«, 1936) den Versuch einer historischen Analyse der Lehren und Ergebnisse der Revolution unternommen hatte.

Diese Mißachtung gegenüber Trotzki hat nichts mit Vorurteilen gegen den »Trotzkismus« oder mit der Ablehnung seiner Schlußfolgerung, daß die russische Revolution im bürokratischen Thermidor endete, zu tun. Im Gegenteil, wesentliche Elemente der von Trotzki vorgenommenen Analyse waren in der spätsowjetischen Presse zu lesen, wurden oft zum zweiten Male entdeckt. In den Dokumenten der nach dem Verbot 1991-1992 wiederhergestellten Kommunistischen Partei der Russischen Föderation finden sich neben der traditionellen Verurteilung des Trotzkismus Passagen, die offensichtlich Trotzki's Schriften entnommen sind.

Die für die Jahre der Perestroika typische Orientierung auf Bucharin war ausgesprochen konjunktureller Natur. Bucharins Gefängnisschriften wurden erst Mitte der neunziger Jahre veröffentlicht, während die Aufsätze von Andrej Kolganow über die Geschichte der Neuen Ökonomischen Politik von den Massenmedien überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurden. Da Kolganow weder ein Apologet der NÖP noch ein Verteidiger stalinistischer Traditionen war, interessierten sich »Gestalter des gesellschaftlichen Bewußtseins« überhaupt nicht für die von ihm vorgelegte Analyse der realen Widersprüche in der postrevolutionären Ökonomik. Es gibt keinen Grund für die Annahme, daß die offizielle Gesellschaft oder die die Massenmedien kontrollierende intellektuelle Elite ein ernsthaftes Interesse am Studium der Geschichte der Revolution hat. Da es sich bei dieser Geschichte nach wie vor um eine ideologisierte und gewissermaßen für den Dienstgebrauch bestimmte handelte, war ein Streit über Trotzki's Konzeption völlig sinnlos. Der Stalinsche Mythos lag ohnedies am Boden, die neuen Mythen bedurften am allerwenigsten einer wissenschaftlichen Debatte.

Überhaupt war die Perestroika weder eine Zeit historischer Diskussionen noch von Diskussionen überhaupt. Es ging vor allem um eine massenhafte propagandistische Verbreitung von Ideen, Tatsachen und Meinungen, die früher der Bevölkerung nicht zugänglich gewesen waren. Gestritten wurde über sie eigentlich nicht.

Im Prozeß dieser Umwertung wurden die Historiker von den Publizisten verdrängt. Es ist völlig klar, daß sich akademische Forschungen nicht für ein breites Publikum eignen. Aber die Bevölkerung griff begierig nach diesen sehr preiswerten Broschüren aus dem Moskauer Wissenschaftsverlag. Man könnte annehmen, die Publizistik folgte und propagierte die Ergebnisse der akademischen Forschung. Nichts davon trifft auf die Jahre 1985 bis 1991 zu. Die Publizistik zu historischen Themen lebte ihr Leben und brauchte eigentlich die akademische Forschung nicht. Solange die Historiker in den sich nur sehr langsam öffnenden

Archiven arbeiteten, schöpfte die Publizistik ihren Stoff aus früher bereits veröffentlichten, aber für den breiten Leserkreis nicht zugänglichen Publikationen. Das erklärt die Oberflächlichkeit und die Nähe dieser Veröffentlichungen zur Sekundärliteratur.

Der professionellen Geschichtswissenschaft weitgehend entfremdet, lebte die Publizistik von der Konjunktur und bediente willig die bürokratische Elite. Die Jahre 1988 bis 1990 waren geprägt vom Verzicht auf die »Wiederherstellung revolutionärer Traditionen« und von der Hinwendung zur Entlarvung der Revolution. Es begann eine neue Phase der Umgestaltungen, in der die russische Bürokratie ihre strategischen Ziele mehr oder weniger offen benennen konnte. Gorbatschows Übergangsregime wurde durch das kapitalistische Restauration betreibende Jelzin-Regime abgelöst.

Das Jelzin-Regime hatte nie ein Geheimnis daraus gemacht, Rußland wieder in die Vergangenheit zu führen. Nach der sich hinschleppenden Entartung des kommunistischen Regimes erlebt das Land eine groteske und bedrückende Komödie der Restauration. Dabei ist es unmöglich, den Kapitalismus zu restaurieren, denn man kann nicht restaurieren, was es in der Vergangenheit nicht gegeben hat und in der Gegenwart nicht gibt. Die russische Bourgeoisie war immer hilflos, immer abhängig vom Staat und von Ausländern. Nach der Revolution verschwand sie spurlos und hinterließ nicht einmal eine kulturelle Tradition. Dafür haben der Absolutismus, die Macht der Korruption, die Gesetzlosigkeit und die staatliche Willkür bei uns tiefe Wurzeln geschlagen. Diese Kontinuität bestand stets. Heute träumen der verrohete russische Beamte und der mit einem Bein im kriminellen Milieu stehende Unternehmer davon, ihre Macht und ihre Privilegien mit Hilfe der bewährten traditionellen Symbole der russischen Selbstherrschaft zu festigen.

Die Restauration in der Geschichte der russischen Revolution ist, wie in der Geschichte anderer Revolutionen auch, eine völlig gesetzmäßige Entwicklungsphase. Es ist aufschlußreich, daß nicht Historiker, sondern Politologen, die sich – wie Alexander Tarasow – mit der Analyse aktueller Entwicklungsprozesse beschäftigen, auf sie aufmerksam gemacht und eine Diskussion initiiert haben. Es handelt sich um den Versuch der neuen, postrevolutionären Eliten, ihre Privilegien mittels eines Kompromisses mit den ehemals herrschenden Klassen zu verankern, denen ihre Symbole wiedergegeben werden. Die Besonderheit Rußlands besteht darin, daß zwischen der Revolution und der Restauration eine sehr große Zeitspanne liegt und die ehemals herrschenden Klassen schon nicht mehr existieren, oder genauer, durch das internationale, nicht aber das nationale Kapital, vertreten werden. Das ist die Erklärung für den »Kosmopolitismus« und das »Westlertum« der Restauration in Rußland, die eigentlich mehr in Richtung »Bodenständigkeit« – folgt man Losungen wie »Wiedergeburt Rußlands«, »Besinnung auf nationale historische Traditionen« tendieren müßte. Nicht zuletzt ist das auch der Grund für die hohe Kriminalität der Restauration. Die Kriminellen erweisen sich als die einzige organisierte Unternehmergruppe. Unter Bedingungen, unter denen die Verbun-

denheit mit dem »alten Regime« unmöglich ist, muß die Rückkehr zu den alten Traditionen simuliert werden.

Die ehemaligen Sekretäre der Gebietsleitungen der KPdSU, die Akteure der Schattenwirtschaft und die »roten« Direktoren traten zunächst als Spezialisten auf dem Gebiet der Aneignung von Staatseigentum in Erscheinung, später, als alles bereits angeeignet war, begannen sie sich, wie Zaren und Bojaren zu kleiden. Die Regierungspartei »Wybor Rossii« (»Rußlands Wahl«) hat nicht zufällig das Reiterdenkmal Peter des Großen zu ihrem Symbol erkoren, in dem Puschkin ein Symbol der autoritären imperialen Staatsmacht gesehen hatte.

Es liegt auf der Hand, daß sich die offizielle Geschichtsschreibung der Restaurationsepoche auf die weißgardistische und konterrevolutionäre Tradition stützen muß. Aber selbst das – von der Partei der Konstitutionellen Demokraten nahestehenden Historikern bereitgestellte Archivmaterial, genügte den »neuen Russen« nicht für das Umschreiben der Geschichte.

Alle weißgardistischen und in der Emigration entstandenen Interpretationen der Geschichte erlebten eine Renaissance: Lenin – ein deutscher Spion, die Revolution als eine von Juden und Freimaurern angezettelte Verschwörung, ein von Berufsrevolutionären inszenierter Putsch, durch die Krise des Staates und Fehler der Führung hervorgerufene Wirren. Stolypin galt als Persönlichkeit, die die Revolution hätte verhindern können. Seine Absetzung und spätere Ermordung galten als einzig rationelle Erklärung der nachfolgenden sozialpolitischen Katastrophe.

Das weißgardistische und Emigrantenmilieu hat keine eigene, in sich geschlossene historische Interpretation ausgearbeitet. Das ist mit Blick auf die Buntscheckigkeit der »weißen« Bewegung leicht zu erklären, die sogar in der Zeit ihrer militärischen Erfolge keine klare und einheitliche politische Alternative formuliert hatte. Mit anderen Worten, wir verfügen nicht einmal über eine oder gar mehrere Konzeptionen, sondern nur über eine Vielzahl subjektiver Interpretationen. Die Entscheidung für eine von ihnen zieht zwangsläufig den Verzicht auf die ernsthafte Auseinandersetzung mit den anderen nach sich. Für welche von ihnen man sich entscheidet, ist eine Frage des Geschmacks.

Diese Interpretationen weisen zahlreiche Gemeinsamkeiten auf: Es ist nicht nur die Ablehnung der Gesetzmäßigkeit der Revolution, die statt dessen als ein zufälliges Ereignis erscheint. Allen diesen Vorstellungen ist auch gemeinsam, daß sie die soziale Seite der Revolution ignorieren. Politische Ereignisse werden als Ergebnis des Handelns dieser oder jener Persönlichkeiten oder Gruppierungen und völlig unabhängig von den in der Gesellschaft stattfindenden Prozessen betrachtet, was übrigens den Vorstellungen der postsowjetischen Eliten von »Politik« voll und ganz entspricht.

Da die Revolution als Verschwörung, Putsch bzw. Umsturz interpretiert wird, interessieren sich die offiziellen Interpreten überhaupt nicht für die Periode 1918 bis 1929, für die Evolution des bolschewistischen Regimes und die Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei. Die Revolution wird als

einmaliger Akt verstanden, nicht als Prozeß, sondern als Ereignis. Auch dieses Ignorieren ganzer Perioden und Entwicklungsprozesse ist ein typischer Wesenszug der postsowjetischen Publizistik.

Die »Verschwörungstheorie« und die Vorstellung vom Bolschewismus als extremistischer, von einer utopischen Theorie beseelten Bewegung erklären überhaupt nicht, wieso es die »Roten« waren, die als Sieger aus dem Bürgerkrieg hervorgingen. Das war schon in den zwanziger Jahren eine Schwachstelle der von Emigranten vorgelegten Veröffentlichungen. Da die »Weißen« in militärischer Hinsicht stärker, organisierter und erfahrener waren, drängte sich geradezu die Schlußfolgerung auf, daß die »Roten« ungeachtet ihrer Brutalität und ihres Extremismus (in Wirklichkeit aber gerade deshalb) dem Volk näher waren. Zu dieser Schlußfolgerung gelangten einige Emigranten, u.a. Nikolai Berdjajew in seinem Buch »Quellen und Sinn des russischen Kommunismus«. Nicht nur der christliche Sozialist Berdjajew, auch andere aktive Teilnehmer der »weißen« Bewegung dachten so. Die Jelzin verpflichtete Publizistik jedoch kann nicht auf diese Weise argumentieren.

Ein Grund ist, daß die »weiße« Bewegung keinen Anspruch erhob, demokratisch zu sein. Die Anerkennung der Volksverbundenheit der Bolschewiki und deren autoritär-traditionalistischen Weltanschauung bedeutete längst nicht ihre Anerkennung durch die »Weißen«. Sogar die Anerkennung dessen, daß die Russische Revolution jahrzehntelang gereifte Bedürfnisse des russischen Volkes zum Ausdruck brachte, korrespondierte mit konterrevolutionärem und antidemokratischem Pathos. Die Jelzin-Administration und ihre Ideologen erheben hingegen den Anspruch, sowohl die alte vorsowjetische russische Staatlichkeit weiterzuführen, als auch Träger der Ideen der modernen westlichen Demokratie zu sein. Dieser Widerspruch ist absolut tödlich für alle Konstruktionen der offiziellen Ideologen und wirkt sich zwangsläufig auf das Geschichtsbewußtsein aus.

Überhaupt läßt sich die Frage nach den Erfolgen der UdSSR in den Jahren 1930 bis 1960 nicht ausgehend von einer negativen Einschätzung des Oktober beantworten. Sogar den Linken im Westen ist es heute unangenehm, davon zu sprechen, daß die Sowjetunion nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche, kulturelle und soziale Erfolge aufweisen konnte. Diese Erfolge hat es aber gegeben, und sie erklären die heute fast in allen ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR verbreitete Nostalgie. In den Jahren von 1917 bis 1991 gab es mehr, als nur den »Großen Terror« und den Zweiten Weltkrieg.

Eine weitere Besonderheit der neueren Publizistik ist, daß sie die Februarrevolution weitgehend »vergißt«. Denn jede der oben skizzierten subjektivistischen Interpretationen kommt sehr gut ohne einen Hinweis auf den Februar aus. Eigentlich wäre es logisch, wenn die jelzintreue Propaganda, die immer von der demokratischen Republik spricht, ihre Wurzeln bis in den Februar zurückverfolgen würde. Das ist aber nicht der Fall. Nicht Kerenski, sondern Stolypin ist die Leitfigur. Ungeachtet der demokratischen Fassade orientiert sich das postsowjetische Regime nicht an der Vor-Oktober-Periode, sondern an der Vor-Februar-Periode. Und

gerade aus dieser Zeit stammen auch die von ihr übernommenen Symbole, Namen, Wappen und Standarten. Das entspricht auch voll und ganz der geltenden Verfassung, in der den demokratischen Institutionen nicht mehr Bedeutung beigemessen wird als im zaristischen Rußland zwischen der Revolution 1905 und dem Februar 1917. – Februar und Oktober 1917 werden nicht als zwei Ereignisse unterschiedlicher Ordnung, sondern als zwei Phasen eines einheitlichen Prozesses verstanden.

Da aber der revolutionäre Prozeß nicht als solcher untersucht wird, erscheint er überhaupt als überflüssig. Mit der Verschwörungstheorie ist der Februar nicht zu entschlüsseln. Ihn als zufälliges Ereignis zu erklären, hat bisher z.B. Alexej Podbereskin, einer der Ideologen der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation und der Volkspatriotischen Union versucht.

Die patriotischen Publizisten sind mit der These von der Revolution als einer Machtergreifung durch ein Häuflein Extremisten, die unter dem Einfluß ausländischer Ideen standen, einverstanden. In den Veröffentlichungen der Kommunistischen Arbeiterpartei Rußlands und radikaler kommunistischer Gruppen sowie in den Provinzorganisationen der KPRF herrscht hingegen die traditionelle Interpretation der Revolution 1917, die sich nicht von der in den sowjetischen Lehrbüchern enthaltenen unterscheidet, vor – während die Ideologen der KPRF und der patriotischen Opposition der offiziellen Propaganda immer nahekommen.

Genadi Sjuganow erklärte in Auswertung der Wahlen 1996, in Rußland habe sich das Bedürfnis an Revolutionen erschöpft. In der ebenfalls von Sjuganow vertretenen These von den zwei Parteien in der einstigen KPdSU wird die von Stalin vernichtete »alte Garde« zum Sinnbild des Bösen, Stalin hingegen zum Sinnbild des Guten, des Schöpferischen erklärt. Dieser Kampf des Guten gegen das Böse habe von 1917 bis 1939 gewährt. 1950 hatte das Gute endgültig gesiegt. Damals sei es zu einer eigenartigen Synthese aus zaristischer und stalinistisch-sowjetischer Staatlichkeit gekommen. Jelzin, der ebenfalls dieses Ideal verfolgt, stehe heute erneut vor der Aufgabe, eine solche Synthese zu verwirklichen.

Dieses Geschichtsbild findet seine Entsprechung in der politischen Kraftlosigkeit und im Opportunismus der Duma-Opposition. Entgegen den Absichtserklärungen, als konstruktive Opposition zu wirken, sind die KPRF und die Mehrheit in der Duma nicht fähig, eine konstruktive Alternative anzubieten, da ihre Ideologie genau genommen eine Fortsetzung der politischen Kultur der Nomenklatura, der Ideologie der Macht ist. Unter dem Strich wird »Konstruktivität« als Bereitschaft verstanden, diesem oder jenem Aspekt der Regierungspolitik zuzustimmen. – Die politische und ideologische Annäherung von Regierung und Opposition kommt auf dem Gebiet der Geschichte sehr deutlich zum Ausdruck.

Die neue Macht hat es noch nicht vermocht, ein eigenes Geschichtsbild zu propagieren, einen Mythos zu schaffen, der in der Lage ist, mit dem sowjetischen zu konkurrieren. Für die heranwachsende Generation bleibt die Entwicklung nach der Revolution 1917 diffus. Solange es keine neuen Helden gibt, bleiben die alten (aus der bolschewistischen Propaganda bekannten) Helden die einzigen.

Vorabdruck aus:
Die russische Revolution
1917. Wegweiser oder
Sackgasse?
Herausgegeben, eingeleitet,
kommentiert und übersetzt
von Wladislaw Hedeler,
Horst Schützler und
Sonja Striegnitz,
Dietz Verlag Berlin,
erscheint im April 1997.

SORJA SEREBRJAKOWA

Stalins Fälschung von Dokumenten des Jahres 1917

Sorja Serebrjakowa – Jg. 1923, Dr. habil., Historikerin, Spezialgebiet sowjetische Geschichte. Tochter von L.P. Serebrjakow, enger Mitkämpfer von Lenin und 1937 hingerichtet. Sorja Serebrjakowa wurde nach der Verhaftung des Vaters mehrmals selbst verhaftet und anschließend nach Semipalatinsk in Kasachstan verbannt. Von 1947-49 durfte sie in Moskau studieren. 1955 Rückkehr aus der Verbannung nach Moskau, 1956 wurde Sorja Serebrjakowa rehabilitiert. Sie arbeitete bis 1992 am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, von 1992-94 in der Gorbatschow-Stiftung.

Vorabdruck aus:
Die russische Revolution
1917. Wegweiser oder
Sackgasse?
Herausgegeben, eingeleitet,
kommentiert und übersetzt
von Wladislaw Hedeler,
Horst Schützler und
Sonja Striegnitz,
Dietz Verlag Berlin,
erscheint im April 1997.

Seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden eine Reihe geheimer Dokumente aus den Spezchrany, den ehemals für die Forschung gesperrten Beständen der russischen Archive, publiziert. Leider finden nicht alle diese Veröffentlichungen die ungeteilte Aufmerksamkeit der Historiker. Das trifft auch auf den von Natalja Viktorowna Musitsch veröffentlichten Beitrag über die handschriftlichen Einfügungen Josef Stalins in das Protokoll der ZK-Sitzung vom 10. Oktober 1917 zu.¹

Leo Trotzki berichtete, daß gegen Ende der lange bis nach Mitternacht dauernden ZK-Sitzung auf Vorschlag Feliks Dzierzynskis beschlossen wurde, ein aus sieben Mitgliedern² bestehendes Büro zur Leitung des Aufstandes zu bilden.³ In der vom Sekretär angefertigten Niederschrift lautet der auf der Rückseite notierte – und das ist besonders wichtig – durchgestrichene Vorschlag: (Redaktion + zwei + Bubnow).⁴ Offensichtlich wurde das Politische Büro damals nicht bestätigt.

Wann aber tauchte es wieder auf? 1924 fügte Stalin in Anwesenheit seines persönlichen Sekretärs Iwan Towstucha in den am 10. Oktober verfaßten Text des ZK-Beschlusses ein: »Zur politischen Führung des Aufstandes ist ein aus Len[in], Sin[owjew], Kam[enew], Tr[otzki], Stal[i]n, Sokoln[ikow] und Bubnow bestehendes Büro zu bilden«.⁵

An verschiedenen anderen Stellen des mit Schreibmaschine geschriebenen Manuskripts finden sich einige von Stalin handschriftlich eingefügte Worte und die Erläuterung, aus der hervorgeht, daß diese im Text versehentlich ausgelassen worden seien, d.h. daß es sich um Ergänzungen handelt, die früher lediglich aus Nachlässigkeit nicht nachgetragen worden seien.

Auffällig ist, daß Stalin in dieses fiktive Büro außer Lenin, sich selbst, Trotzki und Bubnow auch Sinowjew, Kamenew⁶ und Sokolnikow aufgenommen hat, die 1924 auf Stalins Seite gegen Trotzki auftraten.

Die Fälschung wäre nicht entdeckt worden, wenn nicht Towstucha im Februar 1934, damals bereits todkrank und nicht mehr in Stalins Sekretariat arbeitend, erklärt hätte: »Die handschriftlichen Einfügungen, die sich auf dem Original dieses Dokuments finden, sind nicht 1917, sondern im Jahre 1924, während der Debatte über Trotzkis Einleitung ›Die Lehren des Oktober‹ zu seinen im Druck befindliche Reden und Schriften aus dem Jahre 1917, von Stalin vorgenommen worden, er sei Augenzeuge«.⁸

Was Towstucha bewogen hat, dieses Stalin entlarvende Geständnis nach zehn Jahren niederzuschreiben, ist unbekannt. Welche Motive es auch waren, die ihn dazu bewegten, das im Archiv aufbewahrte Dokument aus dem Jahr 1917 beweist die von Stalin vorgenommene Fälschung.

Die Stalinisten brauchten jedoch diese scheinbar wiederentdeckten Tatsachen nicht ausnutzen, denn sie stellten sich bald als überflüssig heraus: 1925 gehörten die drei ehemaligen Kampfgefährten Stalins, Kamenew, Sinowjew und Sokolnikow zur Opposition.⁹

Aber die Idee als solche, ein Zentrum in die Geschichte einzubringen, das dem, den Aufstand leitenden, revolutionären Militärkomitee des Petrograder Sowjets mit Trotzki an der Spitze entgegengesetzt werden konnte, blieb aktuell.

1924 stieß – so berichtet Trotzki in seinen Erinnerungen – die Kommission für Parteigeschichte bei der Sichtung und Sammlung von Material auf die sorgsam versteckte Aufzeichnung der Sitzung des ZK der bolschewistischen Partei vom 16. Oktober 1917, die den Beschluß enthielt, ein aus fünf Mitgliedern bestehendes Zentrum zur Leitung des bewaffneten Aufstandes zu bilden. Dieses Zentrum, lautet die von Lenin formulierte Entschließung, »ist Bestandteil des revolutionären sowjetischen Komitees«¹⁰.

Trotzki hat ausführlich darüber berichtet, womit sich die fünf Mitglieder dieses Zentrums vom 24. bis 25. Oktober beschäftigt haben. Jakow Swerdlow wirkte unmittelbar mit Trotzki, dem Vorsitzenden des revolutionären Militärrates zusammen, Michail Uritzki, Feliks Dzierzynski und Andrej Bubnow erfüllten verschiedene Aufgaben des revolutionären Militärrates. Was Stalin angeht, schreibt Trotzki, so lehnte es dieser damals strikt ab, im Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets sowie im revolutionären Militärkomitee mitzuarbeiten, und nahm an keiner der Sitzungen teil.¹¹

Daher war Trotzki so erstaunt über die Mitteilung, es seien neue Dokumente entdeckt worden. Er schrieb: »Ich erinnere mich, daß Serebrjakow, der überall Freunde und Bekannte hatte, mir mitteilte, daß man in Stalins Sekretariat über die Entdeckung des ›Zentrums‹ frohlockte. Was kann das für eine Bedeutung haben, fragte ich erstaunt. Sie bereiten auf dieser Grundlage etwas vor, antwortete Serebrjakow.«¹²

So war es dann auch vor allem von der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre bis Anfang der fünfziger Jahre. In Veröffentlichungen zur Geschichte, in der Agitations- und Propagandaliteratur tauchte ein »Parteizentrum zur Leitung des Aufstands mit Genossen Stalin an der Spitze« auf. »Dieses Parteizentrum war der leitende Kern des Revolutionären Militärkomitees des Petrograder Sowjets und leitete praktisch den ganzen Aufstand.«¹³ Entgegen der historischen Wahrheit wurde Stalin zum Führer der Oktoberrevolution erklärt. Es ist kein Zufall, daß Stalin in jenen 10 Tagen, die die Welt erschütterten, weder John Reed noch anderen Beobachtern aufgefallen ist.

Der Beschluß, ein Zentrum zu schaffen, und Stalins Einfügungen wanderten aus dem Original in die veröffentlichten Protokolle des ZK der SDAPR(B) und gingen so in die Geschichtsschreibung ein.

Bis vor kurzem zweifelten die meisten sowjetischen Historiker, die über die Oktobertage publizierten, nicht an der Existenz eines

solchen Büros. In der 1996 veröffentlichten Enzyklopädie »Politische Parteien in Rußland Ende des 19. – erstes Drittel des 20. Jahrhunderts«, ist davon die Rede. In der Biographie Sinowjews heißt es sowohl: »Sinowjew wandte sich in den ZK-Sitzungen am 10. und 11. Oktober gegen den Aufstand«, als auch: »Sinowjew war Mitglied des zur Leitung des Aufstandes gebildeten Politischen Büros«. ¹⁴

Es ist bedauerlich, daß in den letzten Jahren in unserem Land Arbeiten zur Geschichte veröffentlicht werden, die nicht nur einzelne Fehler, sondern auch Fälschungen enthalten. Erneut und hartnäckig wird die im »Kurzen Lehrgang« enthaltene Behauptung von der Einheit Lenins und Stalins wiederbelebt, von der Partei Lenins-Stalins gesprochen und dem Leninismus-Stalinismus das Wort geredet. Derartige Auffassungen verbreiten nicht nur Stalinisten, sondern auch jene, die sich heute Demokraten nennen.

Es hat sich ein neues Klischee herausgebildet: Stalin – ein schrecklicher Tyrann, dem Niedertracht jedoch fremd war. Unter Hinweis auf seine Persönlichkeit und seinen Charakter bestreiten nicht nur prostalinistische Autoren seine Zusammenarbeit mit der Ochrana.

Jedoch entlarven der Genozid am eigenen Volk, die Ermordung der in Lenins Testament¹⁵ Erwähnten und ihrer Söhne, Stalins pathologischer Haß auf die tatsächlichen Führer der bolschewistischen Partei, das jetzt entdeckte Dokument vom Vorabend des bewaffneten Aufstandes Stalin als heimtückischen, brutalen und zu allem fähigen Gegner der Oktoberrevolution von 1917.

- 1 N. V. Music: Komu ne povezlo v Oktjabskoj revoljucii. Archiv. In: Nezavisimaja gazeta, 8. 2. 1994.
- 2 »Am 7. Oktober wurde ein Büro eingerichtet, das »Informationen über den Kampf gegen die Konterrevolution sammeln« sollte. Seine Mitglieder waren Trotzki, Swerdlow und Bubnow. Erst am 10. Oktober, einen Tag nach der Bildung des Militärischen Revolutionskomitees, fand jene historische Sitzung statt, auf der Lenin anwesend war, und auf der die Parteiführer nach ernster Debatte mit zehn gegen zwei die Entscheidung für den Aufstand trafen. Auf dieser Sitzung wurde auch das erste Politische Büro gewählt – Lenin, Sinowjew, Kamenew, Trotzki, Stalin, Sokolnikow und Bubnow – um der Partei tagtäglich mit Anweisungen für den Aufstand zur Seite zu stehen. Aber am nächsten Tag appellierten Sinowjew und Kamenew an die unteren Reihen der Organisation gegen die Entscheidung des Zentralkomitees.« I. Deutscher: Trotzki. Der bewaffnete Prophet 1879-1921, Stuttgart 1972, S. 286).
- 3 L. Trockij: Stalin. V 2-ch tomach. T. 1, Moskau 1990, S. 312. »In der Sitzung vom 10. wurde auf Dserschinskis Antrag ein politisches Büro aus sieben Mann gewählt [...] Die neue Institution erwies sich jedoch als völlig lebensunfähig [...]« – L. Trotzki: Geschichte der russischen Revolution. Zweiter Teil: Oktoberrevolution (2), Frankfurt am Main 1973, S. 821.
- 4 Protokoly Central'nogo Komiteta RSDRP(b). Avgust 1917 – fevral' 1918. Moskau 1958, S. 86. Siehe auch die Veröffentlichung des Protokolls in: Lenin, Socinenija, T. XXI, Moskau 1931, S. 492-494.
- 5 N. V. Music, a.a.O.
- 6 L. Kamenew und G. Sinowjew veröffentlichten ihre kritischen Diskussionsbeiträge unter dem Titel »Leninismus oder Trotzismus« bzw. »Bolschewismus oder Trotzismus«. Nachdruck in: Die linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928. Herausgegeben und eingeleitet von Ulf Wolter. Bd. II 1924-1925, Westberlin 1975, S. 271-390.
- 7 L. Trotzki: Die Lehren des Oktober, in: Die linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928. Herausgegeben und eingeleitet von Ulf Wolter. Bd. II 1924-1925, Westberlin 1975, S. 192-251. Der Band »1917« erschien im Herbst 1924 (d. Hrsg.).
- 8 N. V. Music, a.a.O.
- 9 Erklärung der Opposition vom 16. 10. 1926. In: Die linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928. Herausgegeben und eingeleitet von Ulf Wolter. Bd. IV 1926, Westberlin 1976, S. 185-187.
- 10 L. Trockij: Stalin. V 2-ch tomach. T. 1, Moskau 1990, S. 313. Siehe Sitzung des ZK der SDAPR 16. (29.) Oktober 1917. Protokollarische Niederschrift, in: LW, Bd. 26, S. 179-181.
- 11 L. Trockij: Stalin. V 2-ch tomach. T. 1, Moskau 1990, S. 316.
- 12 L. Trockij: Stalin. V 2-ch tomach. T. 1, Moskau 1990, S. 319.
- 13 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Moskau 1939, S. 249.
- 14 Politiceskie partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka. Enciklopedija, Moskau 1996, S. 218.
- 15 Gemeint ist Lenins Brief an den Parteitag. Siehe: LW, Bd. 36, S. 577-582.

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

In den Medien dauerte das Renten- und Steuergewese auch in den letzten Wochen an. Und je mehr sich Kommentatoren, Sachverständige, Laien sowie Politiker und Polikaster sich auch weiterhin zu den verschiedenen Reformvorstellungen äußern werden, um so weniger werden jene, die von der Verwirklichung der einen oder der anderen Variante in irgendeiner Form betroffen sein könnten, noch durchsehen. Das macht aber nichts. Es gibt noch genug andere Sachen in den Zeitungen zu lesen, die der Normalverbraucher – ist es nicht erstaunlich, wie lange sich so ein Wort hält? – versteht. Zum Beispiel Anzeigen. Oder Leserbriefe. – Eine Zeitung kann sich ihre Leser nicht aussuchen. Demzufolge wäre es einigermaßen unredlich, ein Blatt für die Briefe verantwortlich zu machen, die ihm von Lesern geschickt werden. Aber wenn das Blatt Leserbriefe abdruckt, wird es die Auswahl beeinflussen und in der Regel darauf achten, daß die Leserbriefschreiber nicht seinen Ruf ruinieren. Wer aufmerksam und über die Jahrzehnte Leserbriefe verfolgt, hat längst gemerkt, daß das Schreiben von Briefen für manche Leser fast zur Profession wurde und sie landesweit für ihre Äußerungen bekannt sind. Zu DDR-Zeiten hatten es zum Beispiel die Briefschreiber Ernst Draheim, Eisenhüttenstadt, und Werner Klopsteg, Berlin, zu einigem Ruhm gebracht. Werner Klopsteg ist uns auch in der Neuen Zeit erhalten geblieben, was aus Ernst Draheim, Eisenhüttenstadt, geworden ist, weiß ich nicht.

Was nun die Auswahl von Briefen angeht: Nicht immer hat ein dafür zuständiger Redakteur eine glückliche Hand, und er wählt einen Brief aus, über den sich dann gewundert werden darf. Doch vielleicht sind wir auch manchmal einfach zu blöd, hintergründige

Intentionen zu begreifen. Nehmen wir folgendes Beispiel: Ernst Gehrke aus 10319 Berlin teilte am 31. Januar seiner Sozialistischen Tageszeitung zu einem Artikel in dieser Zeitung in einem gruseligen Brief folgendes mit: »Mit nackten Füßen und halberfroren, so kamen die 16 Männer und Jungen aus Bangladesch und Irak. Ihre Heimat, ihre Landsleute ließen sie zurück. Dies erinnert auch an Zeiten bei uns... Was soll der Artikel bewirken? Geht es etwa darum, das Grenzregime humaner, durchlässiger zu gestalten. Ist es die Aufforderung, noch mehr Menschen nach Deutschland zu locken? Nein, damit muß Schluß sein. Zu dieser realistischen Politik muß sich auch das ND bekennen. Herr Kalbe, sicherlich ist das in Ihrem Artikel Geschilderte tragisch. Ich muß aber hinzufügen: Für Strümpfe hatten diese Leute kein Geld, an ihre Schleuser zahlten sie jedoch pro Kopf 9.000 Mark. Das ist in der Tat unglaublich.« Gelobt sei, was hart macht.

Vielleicht handelte es sich bei dem Brief um einen Irrläufer, und das Schreiben war nicht dem »Neues Deutschland« zgedacht, sondern der »Jungen Freiheit«.

Sollte Ernst G. allerdings das »Neue Deutschland« doch für die richtige Adresse gehalten haben, bleiben immer noch zwei Fragen offen: 1. Warum hat der Redakteur jenen Brief nicht dahin befördert, wo er hingehört (nämlich in den Papierkorb)? 2. Ist Ernst G. Abonnent dieser Zeitung, und ist er gar Mitglied jener Partei, die Hauptgesellschafter dieses Unternehmens ist?

Eine Antwort auf die Frage 2 mag ich mir gar nicht vorstellen, da beschleicht mich eine schlimme Ahnung.

Es gibt übrigens manchmal auch ungeheuerliche Vorgänge, die durchaus schlagzeilenträchtig wären, uns aber dennoch vorenthalten bleiben. Zum Beispiel weil sie uns peinlich sind, oder weil wir uns für andere genieren (das nennt man dann »außenpolitische Rücksichtnahme« oder »kritischen Dialog«). Da können Leserbriefe zuweilen Abhilfe schaffen. Hätte Herr Eberhard Radczuweit vom »Verein für Kontakte zu Ländern der ehemaligen Sowjetunion« Anfang Februar nicht an den »Tagesspiegel«, Berlin, geschrieben, hätten wir wohl nie mehr erfahren, was 1991 der damalige lettische Parlamentspräsident geäußert hatte. Bei einer Gedenkkundgebung am Massengrab im Wald von Rumbula anläßlich des 50. Jahrestages der Ermordung von 27.800 lettischen Juden hielt es dieser Neudemokrat für richtig, anzumerken, »die Juden hätten an ihrem Schicksal insofern selbst Schuld, als sie 1940 den Einmarsch der Roten Armee »begrüßt« hätten.« In Lettland leben derzeit noch 88 Juden, die das Rigaer Ghetto überlebt haben. Angesprochen auf eine Entschädigung für diese Gruppe, hatte – lt. Briefschreiber Radczuweit – Theo Waigel gemeint, »der Verwaltungsaufwand sei zu groß für diese kleine Gruppe«.

Im Berichtszeitraum fand in Deutschland auch der Karneval statt. In einer Sonntagsausgabe titelte »Der Tagesspiegel« seine dritte Seite mit der Überschrift »Feiern im Exil des Frohsinns«. In seiner Korrespondenz aus Mainz kolportiert der Artikelschreiber den Mainzer Publizisten Bernd Funke, der ihm erzählte: »Ich kenne bei den traditionellen Gruppen keinen linken Fastnachter.«

Das glaube ich ihm aufs Wort.

Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität
Hamburg (IFSH):

Die Europäische
Sicherheitsgemeinschaft:
Das Sicherheitsmodell
für das 21. Jahrhundert,
Texte der Stiftung Entwicklung
und Frieden. Bd. 15,
Bonn 1995, 360 S. (15,00 DM)

Hans-Joachim Gießmann,
Ursel Schlichting (Hrsg.):
Handbuch Sicherheit.
Militär und Sicherheit
in Mittel- und Osteuropa.
Daten – Fakten – Analysen,
Schriftenreihe: Demokratie,
Sicherheit, Frieden – herausgegeben
von Dieter S. Lutz, Bd. 91,
Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
Baden 1995, 460 S. (48,00 DM)

Hans-Joachim Gießmann:
Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa.
Probleme – Konzepte – Perspektiven,
Schriftenreihe: Demokratie,
Sicherheit, Frieden – herausgegeben
von Dieter S. Lutz, Bd. 98,
Nomos Verlagsgesellschaft Baden-
Baden 1995, 294 S. (44,00 DM)

»Bundeswehr nur noch 100.000 Mann! Bonn verzichtet zugunsten ESG auf Kommando!« – Schlagzeilen, wenn der visionäre Entwurf einer »Europäischen Sicherheitsgemeinschaft« (ESG) Wirklichkeit würde. Ihn haben Wissenschaftler des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) unter Leitung von Dieter S. Lutz konkret und politikfähig ausgearbeitet. Unter dem Eindruck des tiefen sicherheitspolitischen Umbruchs am Ende des Kalten Krieges wollen sie der Politik konkrete Schritte

für eine Friedens- und Sicherheitsstruktur des 21. Jahrhunderts anbieten. Die erhoffte »Friedensdividende« soll nun ebenso eingefahren, die aufbrechenden Konflikte zwischen und innerhalb der Staaten angemessen gezügelt werden.

Erfolg ist den Friedensforschern zu wünschen, denn sie sind konsequent auf dem Weg, den Egon Bahr und Lutz zu Zeiten der Systemauseinandersetzung beschritten. Aber, vorab ist bereits zu vermuten, ihren Plänen wird auch diesmal kein Durchbruch beschieden sein.

Hier sind drei Bücher eines konzeptionellen Zusammenhangs zu besprechen: das Gesamtkonzept für eine ESG als »Sicherheitsmodell für das 21. Jahrhundert«, gleichzeitig zwei umfassende Studien, die das fundierte analytische Material repräsentieren, auf deren Grundlage ein solches Konzept entstehen konnte. Naturgemäß haben derartige Studien, hier wesentlich von H.-J. Gießmann, einem einstigen IPW-Wissenschaftler, erstellt, eine geringe Halbwertszeit. Die Analysen zu Mittel- und Osteuropa dürften jedoch in der Bestimmung von Trends und Rahmenbedingungen mittelfristig unverzichtbares Referenzmaterial bleiben.

Für das IFSH haben sich die Erwartungen an die Epochenwende nicht erfüllt: »Aus dem Graben zwischen Blöcken und Ideologien wurde ein Steilhang des Wohlstandes und der Stabilität« (IFSH/S. 9). Konfliktfelder entstanden in ungeahnter Zahl und Schärfe neu. Verfechter eines »Endes der Geschichte« erleben nun, daß die Übernahme marktwirtschaftlicher und westlich-demokratischer Standards nicht zu den beteuerten positiven und raschen Veränderungen führt. »Geschichtsdeterminismus einer solchen Provenienz steht letztlich vor dem gleichen Dilemma wie der historische Materialismus staatssozialistischer Prägung« (Gießmann/S. 16). Vielmehr kam es zur Herausbildung eines »enormen sozialen Konfliktpotentials«. Das geht einher mit ethnischen Konflikten sowie einer zumindest in Osteuropa sichtbaren Machtverwerfung nach dem Ausfall der sowjetischen Führungsmacht und dem Anmelden neuer Ansprüche Rußlands.

Der kritische Blick in Richtung Osteuropa als besonderer Herausforderung an die

europäische Sicherheit ist begründet, wenn gleich die Stabilität des Westens und damit mögliche innere wie bereits heute (zunächst noch oder »nur«) ökonomische Konfliktfolgeableitung in Gestalt eines dominierenden und gar aggressiven Verhaltens völlig ausgeblendet wird. Das ist generell ein Mangel des doch sehr wohlhabenden Herangehens westlicher Analytiker. Sie unterschätzen Schwachstellen des eigenen Systems und seine möglichen außen- wie sicherheitspolitischen Gefahrenpotentiale sowie die zunächst ökonomischen Machtverhältnisse und damit zwangsläufigen Globalisierungs- und genauer Unterwerfungstendenzen.

Trotzdem, akute Gefährdungen sind zuerst ostwärts auszumachen. Da ist es hilfreich, im sich rasch wandelnden Umfeld sowohl im »Handbuch Sicherheit« wie in »Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa« detaillierte Angaben zu sicherheitsrelevanten Potentialen zu finden. Die Auswahl der Analyseobjekte zeigt aber wiederum die gleich dem Kaninchen auf die Schlange fixierte Sichtweise. Gerade einmal Österreich findet sich wieder, solche »Randstaaten« zum einstigen Ostblock wie Türkei, Griechenland, Skandinavien, aber auch Deutschland werden ausgeklammert.

Die heutigen Sicherheitssysteme, hier werden NATO, EU, WEU, K/OSZE und GUS sowie UN analysiert, sind trotz aller verbalen Bekundungen und manch ergebnislosem Aktionismus nicht in der Lage, wirklich Frieden auf dem Kontinent herzustellen. Vielmehr ist nach 1989/90 seitens der westeuropäischen Politik eher eine tiefere Fragmentierung Europas das Resultat. Die Auseinandersetzungen um Partnership for Peace, NATO- und EU-Ost-Erweiterung, die Abstufungen in der Sympathie für einzelne »Reformstaaten« und der faktische Ausschluß Rußlands vertiefen die Spaltungen neu.

Die EU erweist sich als Klub der Reichen. Mit Maastricht geht »es um die Sicherheit der Union und nicht Europas. Konkreter noch: Es geht um die Sicherheit nur der privilegierten Mitgliedsstaaten der Union, nicht um die Sicherheit aller Länder Europas« (IFSH/S. 42).

Die Abrüstung blieb auf halbem Wege stehen. Die Friedensforscher zählen immer noch 45.000 Kernsprengköpfe, zu 98 Prozent im Besitz der beiden Supermächte – trotz

aller Abrüstungsmaßnahmen. Gleichzeitig verzeichnen sie eine gezielte High-Tech-Aufrüstung, die eine Verlagerung der Kampffelder und der Erfolgskriterien künftiger Kriege ermöglicht und den westlichen Industriestaaten eine – wie sie hoffen – unüberholbare Überlegenheit verschaffen soll.

Als besonders verhängnisvoll wird der Verlust der Einsicht in die Überholtheit des Krieges als Mittel der Politik gesehen, ja noch mehr: »Die noch zu VKSE-Zeiten geförderte Defensivorientierung von Streitkräften hat die westliche Strategiedebatte in die Versenkung verschwinden lassen. Sie ist in Gänze abgelöst worden durch Postulate größerer Mobilität, punktgenauer Waffenwirkung, gesteigerter Manöverkriegsführung und höherer Offensivfähigkeit« (IFSH/S. 120f.). Über konventionelle Abrüstung wird nicht mehr geredet, es sei denn, die Kassen sind leer.

Der Westen nutzt seinen Sieg im Kalten Krieg schamlos aus – auch wenn das so nicht geschrieben wird –, der Befund ist eindeutig: »Was der Westen dem Osten anbot und mit dem Namen Kooperation versah, war im Kern der Versuch, die asymmetrische Machtverteilung des geschichtlichen Augenblicks auf Dauer festzuschreiben« (IFSH/S. 194f.). Dabei sieht das IFSH die neue Rolle Deutschlands durchaus realistisch: den Versuch, die neugewonnene Einheit als Rückkehrchance zur »Normalität« deutscher Großmachtpolitik mißzuverstehen und als »Militärmacht Deutschland« die Politik um eine aktive militärische Komponente zu erweitern. Krisen sollen präventiv »bewältigt« werden – und das Militär ist immer dabei. Deutsche Sicherheitspolitik, so machen sie in den offiziellen Erklärungen ohne Umschweife aus, ist Interessenpolitik. Und es entstehen alte Feindbilder neu: Rußland als der große, bedrohliche Nachbar im Osten.

Die Schlußfolgerungen sind verständlich und zweckmäßig, wenn auch die realen Interessen- und Kräftelagen sie gegenwärtig kaum realisieren lassen dürften: An die Stelle einer nationalstaatlich bestimmten zwischenstaatlichen Zusammenarbeit muß ein übernationaler Mechanismus treten; »deshalb wird die Gewaltoption, die letzte Zuflucht des Rechts auf Sicherheit, aus der Verfügung der Ein-

zelstaaten bzw. ständiger oder zeitweiliger Interessenkoalitionen in die Obhut der internationalen Rechtsgemeinschaft überführt«. So könne es zur »Ablösung des Rechts des Stärkeren durch die Stärke des Rechts« kommen (IFSH/S. 10f.).

Ziel ist deshalb »eine Sicherheitsorganisation ..., die jeden in dieselbe Pflicht nimmt, aber niemanden von gleichberechtigter Teilhabe ausschließt« (IFSH/S. 195). Das soll in der vorgeschlagenen neuen Sicherheitsstruktur ESG erreicht werden, als Resultat eines Entwicklungsprozesses. In einem solchen neuen Sicherheitssystem soll der Krieg nur noch Ultimo ratio sein, militärische Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung des Friedens nur die Ausnahme sein, im Unterschied zur gegenwärtig inflationären Entwicklung. Mit konkreten Abstimmungsstrukturen ohne Vetorechte, der vollständigen oder teilweisen Supranationalität der Streitkräfte, ihrer fast vollständigen Defensivorientierung, einer abgestimmten und weitgehenden Truppenreduzierungen von derzeit über 4 Mio. Soldaten in Europa auf max. 2 Mio. soll ein solches System funktions- und zukunftsfähig werden. Letztlich könnte sich so eine »Europäische Friedensgemeinschaft« entwickeln.

Allerdings, so anregend sich dieser Entwurf liest, so wenig werden die Zweifel ausgeräumt. Große Friedensordnungen zu entwerfen, daran hat es nie gemangelt. Sie zu verwirklichen, das ist sicher nicht bloß eine Angelegenheit der großen Gelehrtenrepublik mit ihren humanistischen Ideen. Aber möglicherweise sind es gerade die Befürchtungen, die hinsichtlich der Bedrohungen und Risiken für die Staaten Ostmitteleuropas formuliert werden, wo strukturell »vor allem ... die möglichen politischen Folgen einer sich zuspitzenden ökonomisch-sozialen Krise, ... den befürchteten allmählichen Zerfall der Legitimation staatlicher Autorität sowie ... berechnete Zweifel an der Stabilität der europäischen Verankerung nationalstaatlicher Sicherheit« geltend gemacht werden (Gießmann/S. 30f.). Aber: sind das nur Probleme Osteuropas? Oder nicht generelle sozialökonomische Voraussetzungen eines aktuellen Bedrohungsszenariums, gerade für die scheinbar so stabilen westlichen Metropolen?

STEFAN BOLLINGER

Christa Luft:

Die Lust am Eigentum. Auf den Spuren der deutschen Treuhand, Orell Füssli Verlag, Zürich 1996, 239 S. (29,80 DM)

Daß die Sache mit der deutschen Treuhandanstalt irgendwie »dumm gelaufen« ist, kann zwei Jahre nach dem Ende dieser bestgehaßten und oft geschmähten Institution durchaus als bekannt vorausgesetzt werden. Was könnte also ein Buch zu dieser leidigen Angelegenheit interessant machen? Das bloße Nachvollziehen der vulgären Geschichte dieser »Anstalt« sicherlich nicht. Zunächst müßte es zweifellos um die Aufklärung ihrer hintergründigen Geschichte gehen. D.h. es wäre erstens zu erhellen, was dahinter gesteckt hat; welche Akteure waren mit welchen Interessen beteiligt, wo lagen die kritischen Wegscheidungen, an denen jene Weichen gestellt wurden, die den späteren Lauf der Dinge bestimmten? Ferner wäre zu zeigen, welche systembedingten Konstellationen diesem Lauf der Dinge zugrunde lagen. D.h. es geht zweitens um eine theoriegeleitete Verdichtung von Realgeschichte und ihre Projektion auf eine systemanalytische Ebene. Damit könnte nicht zuletzt einiges dazu beigetragen werden, die Nebelschleier des alltäglichen Politiktheaters zu lüften sowie seine Mythen und Rituale zu delegitimieren.

Christa Luft ist als exzellente Wissenschaftlerin und herausragende politische Akteurin der Wendezeit und danach wohl wie kaum eine zweite prädestiniert, diese doppelte Aufgabe zu meistern.

Den ersten Teil dieser Aufgabe betreffend – für den mehr der Untertitel des Buches steht – leistet die Autorin beachtliches. Da sie als Ministerin im Modrow-Kabinett selbst mit an der Wiege der »Ur-Treuhand« (wie sie die DDR-Version der Anstalt nennt) stand und auch später offenbar noch vielgefragter Gesprächspartner der politisch entscheidenden Akteure war, weiß sie eine Fülle von Details zu berichten, die insgesamt belegen, daß die »Kohlschen Pläne« so »ganz uneigennützig (nicht) waren« (S. 115). Ob die einzelnen Aktivitäten denn immer auch tatsächlich so plan- und absichtsvoll inszeniert wurden, wie

die Autorin des öfteren meint, muß gerade in Anbetracht der heutigen Konzeptionslosigkeit Bonner Politik freilich bezweifelt werden. Einiges spricht vielmehr dafür, daß die politischen Akteure in West wie Ost – und das beginnt in der DDR bereits mit der Endphase der »Honecker-Mittag-Führung« (S. 65) und setzt sich in der von H. Modrow geführten Regierung fort – von der Komplexität der Aufgabe einfach überwältigt wurden. In der Not hat dann insbesondere die Bundesregierung als die maßgebliche politische Institution zur Gestaltung der Vereinigung auf ihr in der Vergangenheit ausgebildetes strategisches Reservoir an Instrumentarien zurückgegriffen und dort, wo das nicht möglich war, wurde in der Verzweiflung des Augenblicks der Lauf der Dinge einfach den spontanen Mechanismen des Marktes überantwortet. Das spricht zwar nicht generell gegen das politisch-ökonomische Nutzenskalkül, aber relativiert es doch beträchtlich.

Zudem ist es gerade die situations- und systembedingte Borniertheit der Akteure, die auch die Diskussion über Alternativen so schwierig macht. Die von Christa Luft erörterten Alternativen und ihre sicherlich bedenkenswerten Vorschläge wie z.B. dem Kardinalproblem der kapitalistischen Gesellschaft – der wachsenden Arbeitslosigkeit – begegnet werden könnte (vgl. S. 158ff.), kranken alle am Mangel, daß auch sie nicht sagen kann, wie dieses notwendigen Reformen gegen den in die Gesellschaft eingebauten Konservatismus durchgesetzt werden könnten.

Wenn es darum geht, die Verhaltensmuster der Akteure zu erklären und vor allem zu zeigen, wie diese so verändert werden können, daß eine »Akzeptanz neuer Lebensziele« (S. 163) erreicht wird, stellt sich unausweichlich die Systemfrage. Es ist genau diese »Lust am Eigentum«, die einer gründlichen – und wahrscheinlich auch über Marx mit Hilfe des Marxschen Denkansatzes hinausgreifenden – theoriegeleiteten Analyse bedürfte. Aber gerade dies leistet die Autorin im vorliegenden Buch nicht. Ihr Credo heißt Marktwirtschaft und Weltmarkt Konkurrenz. Mit diesem Instrumentarium – mit »richtiger« Marktwirtschaft, konvertibler Währung, vorbehaltloser Integration in den Weltmarkt und dem Betritt zum internationalen Währungsfonds – wäre nach

ihrer Meinung sogar die DDR zu retten gewesen (vgl. 64ff.) – was zwar tatsächlich wenig wahrscheinlich, aber zumindest theoretisch gut denkbar ist. Daß damit Sozialismus zu machen ist, ist dagegen ausgeschlossen. In dieses marktfixierte Bild paßt dann auch ihre Vorstellung von einem zukunftsfähigen Wirtschaftssystem, bezüglich dessen sich Christa Luft als bemerkenswert visionlos erweist. Marktwirtschaft, Industrialisierung, Exportorientierung und vor allem Privatisierung – hier überholt die Autorin in der Radikalität ihrer Forderungen sogar die Weltbank »links« (vgl. S. 211) – heißen die alleinseelig machenden Ingredienzien, mit denen freilich nur die Vergangenheit in die Zukunft verlängert werden kann. Wenn das die gefragten Visionen sind, »zu denen sich die Landsleute in Ost und West bekennen, aus denen sie Mut und Zuversicht schöpfen« (S. 223) sollen, dann ist die Gegenwart bereits die Zukunft, dann muß alles so bleiben wie es ist – nur etwas sozialer dürfte es vielleicht noch werden.

Auch wenn sich die Luftschen »Visionen« reichlich bescheiden ausnehmen, das wirklich Ärgerliche an diesem Buch sind sie nicht. Dies ist zum einen vielmehr die Sicht der Autorin auf die Gründe für das Scheitern der DDR, die ausschließlich in der politischen Sphäre verortet werden. Schuld sind allein »Honecker und seine Vasallen« (S. 110), die haben nämlich angeblich nicht nur »ein Fibern« nach »richtigem Geld« bei der Bevölkerung provoziert, sondern das Gesellschaftsmodell auch »moralisch und politisch total diskreditiert« (S. 67). Wirklich sozio-ökonomische, im System angelegte Ursachen für den Zusammenbruch des realen Staatssozialismus gab es nicht; das steht nach Christa Luft fest: »Entscheidend für den Untergang der DDR war nicht eine drohende Pleite« (S. 66). Zum anderen wäre die Autorin sicherlich gut beraten gewesen, die Würdigung ihrer eigenen Rolle in den Wendewirren und danach anderen zu überlassen.

ARNDT HOPFMANN

Bertrand Schneider:
Krieg den Hütten.
Der Nord-Süd-Skandal:
Wie die Industrienationen
die armen Länder ausbeuten,
C. Bertelsmann Verlag,
München 1995, 222 S. (42,80 DM)

In den sogenannten Entwicklungsländern vegetieren 1,2 Milliarden Menschen in Armut und Elend. 800 Millionen, darunter 200 Millionen Kinder, leiden chronisch an Hunger und Unterernährung. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in der UdSSR und Osteuropa breiten sich weitere Zonen der Armut mit besorgniserregender Geschwindigkeit aus, und sie greift auch die reichen Länder an. Die Entwicklungspolitik der westlichen Staaten dient nicht im geringsten dazu, diesen verheerenden Zustand zu verändern. Sie ist nichts weiter als ein öffentlich sanktionierter Schwindel, bei dem die reichen Länder den armen ihre »Lösungen« der Armut vorschreiben und das Gefälle zwischen Arm und Reich in der Welt zementieren. Dahinter wuchern soziale Unruhen, Fluchtbewegungen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, steigende Gewalt, Drogenwirtschaft und Umwelterstörung wie Krebsgeschwüre.

Dieses vernichtende Urteil fällt einer der intimsten Kenner der globalen Probleme: der Franzose Bertrand Schneider, derzeit Generalsekretär des Club of Rome. Er hat bereits mit »Die barfußige Revolution« (1985) und »Die globalen Probleme« (1991) Aufsehen erregt. Dieser Bericht an den Club of Rome ist eine schonungslose Analyse eines weltweiten Versagens, das uns alle, so warnt er, teuer zu stehen kommen wird.

Schneider sieht in der sich ausbreitenden Armut, Hunger und Unterentwicklung, »diesen Schandflecken der sogenannten zivilisierten Welt am Ende des 20. Jahrhunderts« (S. 93), die eigentliche Wurzel der sich häufenden Weltentwicklungsprobleme. Während die offizielle Entwicklungspolitik und -theorie heute – fast wie zu Unzeiten – Armut und Unterentwicklung weitgehend auf strukturelle Hemmnisse in den Entwicklungsländern reduziert und als Phänomene nachholender

Entwicklung auf dem Weg zu westlicher Modernität betrachtet, stellen sie für Schneider »einen globalen Mißstand« dar, für den zum großen Teil die industrialisierten Länder des Nordens die Verantwortung tragen. »Der wahre Grund für diese skandalöse Situation ist ... die seit über 40 Jahren praktizierte Entwicklungspolitik, die in den allermeisten Fällen als Fiasko endete« (S. 31).

Überzeugend weist Schneider an Beispielen und Mechanismen der entwicklungspolitischen Praxis der reichen Länder nach, wie sie zum »Nährboden für Skandale« und »Gegenstand internationaler Heuchelei« (S. 33) entartet ist. »Hilfe« für Schuldenzinstilgung, »Hilfe« für Waffenkäufe, »gebundene Hilfe«, Abhängigmachen von Empfängerstaaten etc. sind nur einige Stichworte. Er geißelt die »Entwicklungsprofiteure« im Norden (Experten, Unternehmen, Weltbank, UNO) und ihre korrupten Nutznießer im Süden, die öffentliche Gelder verschleudern, veruntreuen oder schlicht zweckentfremden. Auch ist es für ihn Heuchelei, wenn »gewisse westliche Regierungen lauthals Demokratie und Menschenrechte als Kriterien, wenn nicht als Bedingung für Entwicklungshilfe einfordern, während sie unterderhand einige der übelsten Regimes in Afrika und sonstwo finanziell und militärisch unterstützen« (S.33). Eine derart massive Kritik ist in der deutschen entwicklungspolitischen Literatur eher selten.

Die Schrift Schneiders enthält aber auch Vorschläge für Auswege, wenn sie auch die Grenzen derzeitiger Horizonte nicht überschreiten. Sie gehen von der Notwendigkeit eines neuen Entwicklungskonzepts aus, das er mit dem englischen Kürzel WISE (klug oder weise), spricht »Wohlbefinden aller Individuen und Gesellschaften« (S. 111) definiert. Es umfaßt neun Prinzipien (S. 95f.) wie »der Mensch hat Vorrang«, »die Initiative muß aus dem Süden kommen«, »ökonomische Partnerschaft statt Beistand«, »Schutz der Umwelt, untrennbar mit Entwicklung verknüpft«, »Ungehinderter Zugang zur internationalen Gemeinschaft«, »Lernen, den Markt zu benutzen«, »Entwicklungsplanung« u.a. Bei der Realisierung des WISE-Konzepts setzt Schneider auf angemessene Förderung von Erziehung und Ausbildung, Beherrschung des Bevölkerungswachstums, Schaffung von

Landbesitz und Eigentumsrechten für Besitzlose, eine radikal andere Finanzierung von Entwicklung und vor allem eine Stärkung der bürgerlichen (zivilen) Gesellschaft und Nichtregierungsorganisationen (NRO). Es ist im Kern der Weg über eine Demokratisierung der Gesellschaft. »Die bürgerliche Gesellschaft hält ... den Schlüssel zu einer lebendigen Demokratie und einer effektiven Entwicklung in Händen« (S. 173), glaubt Schneider.

Bedenkenswert auch die Vorschläge zu Entbürokratisierung und Zusammenschluß von UN-Organisationen (UNDP, UNICEF, FAO, UNEP) zu einer Internationalen Entwicklungsgesellschaft und zu Kontrolle und Verbot des Waffenhandels.

Er ist sich darüber im klaren, daß wenig Änderung eintreten wird, wenn der Norden nicht diesen Kampf unterstützt, wenn bei den Konzernen und Regierungen in Nord und Süd kein Umdenken eintritt, wenn die NRO nicht als echte Partner anerkannt und gefördert, sondern nur als »kostengünstig verfügbare Instrumente« (S. 168) benutzt werden. Das wird nicht – wie bisweilen in der Schrift aufscheint – über Aufklärung und einsichtsvolle Herausbildung eines vernunftgeleiteten Konsenses erfolgen, geht es doch um Macht, Privilegien und Profite. Die Voraussetzungen für eine echte Beteiligung des Volkes an der Macht – »eine neue demokratische Form« (S. 175) – wie sie Schneider vorschweben, sind heute (noch) nicht gegeben.

STEFFEN FLECHSIG

Hans-Joachim Stadermann:

Wie der EURO kommt.

Das Green Paper der Europäischen Kommission und die Folgen,
Metropolis-Verlag Marburg 1996,
184 S. (36,80 DM)

Daß der Euro kommt, steht inzwischen fest. Wann er kommt auch, zumindest für die Kernländer der Währungsunion. Offen ist dagegen, wie er kommt. Dieser Frage ist das vorliegende Buch gewidmet.

Viele Gründe sprechen für eine rasche Einführung der gemeinsamen Währung, nicht

wenige auch dagegen. Während die prominenteste Gegnerin der Währungsunion, die Wirtschaftswissenschaftlerin Renate Ohr, die Währungsunion am liebsten ganz abblasen würde (vgl. »Die Zeit« vom 29. März 1996), ziehen es andere Kritiker vor, sich in ihren Attacken auf das »wie« der Währungsumstellung zu beschränken. Das sogenannte *Green Paper*, von der Europäischen Kommission herausgegeben, um »unter den Europäern Stolz auf ihre Währung zu begründen und sie zu ermutigen, an deren Verwirklichung voll Anteil zu nehmen« (S. 88), bietet hierfür eine geeignete Grundlage. Auf ca. 90 Seiten versucht die Kommission in diesem Papier die Hauptprobleme, mit denen die Konsumenten im Zuge der Einführung der gemeinsamen Währung konfrontiert werden könnten, gedanklich vorwegzunehmen und auf offene Fragen eine Antwort zu geben. Die Farbe Grün ist dabei symbolisch gemeint (S. 96) – als Farbe der Hoffnung!

Im einzelnen verfolgt das Dokument drei Aufgaben: »Erstens soll es dazu dienen, möglichst die Ungewißheiten zu beseitigen, die unverändert den Übergang zur Einheitswährung umgeben« (S. 97). Zweitens hat es zur Aufgabe, die technische Durchführbarkeit des Übergangs zur Einheitswährung zu demonstrieren. Und drittens definiert es mögliche Annäherungen zur Ermutigung einer öffentlichen Akzeptanz des Übergangs zu einer Einheitswährung.

Der dritte Punkt dürfte, angesichts der schwindenden Zustimmung zur Euro-Einführung von besonderem Gewicht sein. Nicht zuletzt in Deutschland, wo sich die nationale Währung, die D-Mark, einer ganz besonderen, beinahe sakralen Wertschätzung erfreut und die Kontroversen um ihre Ablösung bisher eher dazu angetan waren, bei der Bevölkerung Ängste hervorzurufen als Vertrauen zu schaffen.

Dies belegt zum Beispiel der offene Brief von Altbundeskanzler Helmut Schmidt an den Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer (vgl. »Die Zeit« vom 8. November 1996) sowie die zahlreichen Entgegnungen und Meinungsäußerungen in den Medien, die daraufhin erfolgten. Es ist auch verständlich, daß sich besonders die Bundesbürger in Westdeutschland mit der Ablösung der D-Mark durch den Euro

schwer tun: Immerhin ist dies in diesem Jahrzehnt, nach der Umstellung der Postleitzahlen, nun schon der zweite schwere Eingriff in die Lebensumstände der Bürger. Dies kann naturgemäß nicht ohne Widerstand bleiben. Auch wenn es schwerfällt, diesen immer in geeigneter Form zu artikulieren.

Hans-Joachim Stadermann tut dies auf seine Weise: wissenschaftlich, volkswirtschaftstheoretisch, monetärkeynesianisch. Er stellt dem Green Paper der Europäischen Kommission eine achtzigseitige Einleitung voran, worin er die Chancen und Gefahren der Realisierung der Einheitswährung aufzeigt. Diese Einleitung ist der Form nach ein Fragenkatalog. Sachlich und auf hohem wissenschaftlichen Niveau werden Fragen gestellt und Antworten versucht. Dabei wird die Distanz des Verfassers gegenüber dem »Unternehmen EURO« in mannigfacher Weise evident: in der Wortwahl, in der kritische Fragestellung, in der Mehrfachbeantwortung von Fragen, in historischen Bezugnahmen und nicht zuletzt in der Abweisung jeglicher Verantwortung für Entscheidungen, die von Politikern getroffen werden. Für Stadermann ist die geplante Einheitswährung der Europäischen Union vor allem ein »Abenteuer« (S. 15), und zwar ein »bedrohlich erscheinendes« (S. 45) und mit »Gefahr« für die Teilnehmer und »noch weit dramatischeren Aussichten« (S. 69) verbundenes. Kursverluste, »Turbulenzen im Kreditmarkt« und eine Entwertung von Realvermögenswerten sind nicht auszuschließen (vgl. S. 58f.). Dabei geht es dem Berliner Wirtschaftswissenschaftler nicht um eine vordergründige Kritik an der Währungsunion. Im Kern implizieren seine Überlegungen ein durchaus geldtheoretisches und -politisches Problem. Er sieht im Euro nicht einfach nur eine andere Währung, eine internationale statt der bisherigen nationalen, sondern zugleich auch ein anderes Geld. Das bisherige nationale Kreditgeld, dessen Emission auf dem Ankauf und der Beleihung gesicherter Vermögenswerte der deutschen Wirtschaft beruht, soll abgelöst werden durch ein supranationales Staatsgeld. Damit ist die Gefahr potentieller Instabilität verbunden, denn die Europäische Zentralbank könnte Staatszahlungsmittel emittieren, deren Zirkulation keinerlei realwirtschaftliche Verankerung aufweist, son-

dern allein auf den Beziehungen zwischen öffentlichen Haushalten, Geschäftsbanken und der Zentralbank beruht (vgl. S. 18).

Ist die bisherige Geldverfassung der D-Mark eine ökonomische und die Stabilität der Währung damit gesichert, sofern die Wirtschaft prosperiert, so wird der Grad der Stabilität der Euro-Währung »zum Gegenstand einer europäischen Verhandlungslösung« (S. 25). Nicht der Markt entscheidet dann über Menge und Wert des Geldes, sondern die Politik. Das Geld wird damit in bestimmtem Maße zu »Willkürgeld« (S. 53). Fehlentscheidungen gleich zu Anfang könnten möglicherweise verhindert werden, wenn die Emission des Euro in der Einführungsphase als Parallelwährung erfolgen würde. Die Europäische Zentralbank müßte dann bei der Emission der Gemeinschaftswährung mit den nationalen Zentralbanken um die beleihbaren oder zum Ankauf geeigneten Vermögenswerte auf dem Geldmarkt konkurrieren. Aber eine solche Möglichkeit der Euro-Einführung ist nicht vorgesehen. Vielmehr wird davon ausgegangen, daß Behörden und Regierungen durch die Emission von speziellen Schuldtiteln, die ausschließlich auf Gemeinschaftswährung lauten, das Material schaffen, das notwendig ist, um in ausreichendem Maße die neue Währung zirkulieren zu lassen (vgl. S. 36). Diese Vorgehensweisen birgt (aus deutscher Sicht) erhebliche Gefahren für die Stabilität des Euro in sich. Die »parallele Zirkulationsoption« stellte dagegen eine wirkungsvolle »institutionelle Absicherung des Stabilitätsgebotes« (S. 71) dar.

Stadermann argwöhnt, daß die Ablehnung des Parallelwährungskonzeptes im vorliegenden Green Paper bedeutet, daß »die Mehrheit der Kommission offenbar den Stabilitätswang nicht einführen will«, sondern umgekehrt die Deutsche Bundesbank zwingen möchte, »auf ein minderes Niveau gemeinschaftlicher Härte in der Geldpolitik abzustiegen« (S. 71). Im Ganzen bedeutet das, daß die Europäische Union durch die Währungsunion nicht an Stabilität gewinnen wird, sondern »daß sie ihren Mitgliedern, die entweder eine Stabilitätspolitik nicht durchführen wollen oder können, größere Spielräume als bisher« (S. 41) eröffnet.

Man muß gewiß kein Fatalist sein, um die

Einschätzung Stadermanns zu teilen, daß sich nach der Einführung des Euro »alle unerwünschten Ergebnisse einer undisziplinierten Finanzpolitik einzelner Mitgliedsländer der Währungsunion« ganz wie bisher auch einstellen werden. Anders als bisher entfällt dann aber die Möglichkeit, dies über Wechselkursänderungen auszugleichen. Realeinkommensveränderungen müssen nunmehr über Beschäftigungsschwankungen und Kapitalstromänderungen ausgeglichen werden (vgl. S. 72), was nicht ohne Vermögensumverteilungen und -transfers abgeht. Ein Szenario, daß sich in Deutschland niemand wünschen kann! Stadermann setzt dem das Konzept einer marktmäßigen Einführung und Durchsetzung des Euro entgegen. Im letzten Kapitel formuliert er eine Reihe von Mindestbedingungen, die eine Gemeinschaftswährung erfüllen muß (vgl. S. 79ff.). Diese beziehen sich zum einen auf die »erlaubten« Transaktionen zum Ankauf von Refinanzierungsmaterial. Hier schlägt der Autor eine bundesbankadäquate Verfahrensweise vor. Zweitens setzt er sich mit der Regelung der Beziehungen zwischen den Teilnehmern der Währungsunion und den vorerst nicht teilnehmenden Ländern auseinander. Hier fehlt eine Überlegung zu den Ländern Mittel- und Osteuropas, die zwar an einer EU-Mitgliedschaft interessiert sind, aber auf lange Sicht die Konvergenzkriterien nicht erfüllen werden. Drittens geht es um Maßnahmen zur Absicherung der finanzpolitischen Disziplin der Mitgliedsländer der Währungsunion.

Obwohl theoretisch zum Teil anders fundiert, stimmen alle Argumente und Zielset-

zungen des Autors mit den von der Bundesbank favorisierten Grundsätzen überein. Dies provoziert die Frage nach der Allgemeingültigkeit der formulierten Ziele und nach der Interessenkonstellation im Falle eines Zielkonflikts. In Deutschland scheint (beinahe) Konsens darüber zu bestehen, daß die Sicherung der Geldwertstabilität das oberste wirtschaftspolitische Ziel darstellt, dem im Zweifelsfalle alle anderen Ziele zu opfern sind. In dem (immer noch gültigen) Stabilitäts- und Wachstumsgesetz liest sich dies jedoch ganz anders! Und daß man die Prioritäten in Frankreich, Italien, Spanien usw. in dieser Frage anders setzt als in Deutschland, hat doch wohl Ursachen und ist nicht bloßes Resultat mangelnder Einsicht oder eines fehlerhaften Denkens. Zuwenig wird in der vorgetragenen Argumentation deutlich, daß es sich hierbei nicht nur um eine theoretische Überzeugung handelt, sondern daß damit auch bestimmte Interessen bedient werden. Um dies zeigen zu können, ist es allerdings notwendig, die währungsintrovertierte Ebene der Diskussion zu verlassen und in die Tiefen sozialwissenschaftlicher Recherchen hinabzusteigen. Vermögensverteilung, Einkommensströme, Redistributionsprozesse – national wie international –, soziale Polarisierungen, ökonomische Disparitäten und eine Bilanz über Gewinne und Verluste einzelner Gruppen, Schichten usw. in vergleichbaren Aktionen wären hierzu notwendig. Die bisherigen Arbeiten zur europäischen Währungsunion leisten dies nicht. Man wird aber künftig nicht umhinkommen, sich auch damit auseinanderzusetzen.

ULRICH BUSCH

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht

ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.)
Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER
Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Geschäftsführerin: RUTH KAMPA
Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK
Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)
Druck: Druckerei am Bärenzwinger GmbH,
Rungestraße 3-6, 10179 Berlin
Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,
12414 Berlin (Tel.: 030 - 68 83 43 62)
Einzelverkaufspreis: DM 7,50
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00